

Ene, mene, muh- und raus bist du!

Ungleichwertigkeit und
frühkindliche Pädagogik

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR




FACHSTELLE

**GENDER GMF UND
RECHTSEXTREMISMUS**

Herausgeberin: Amadeu Antonio Stiftung
Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus
Novalisstr.12, 10115 Berlin, Germany
Telefon 030. 240 886 10
fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.gender-und-rechtsextremismus.de

Amadeu Antonio Stiftung Niedersachsen
Otto-Brenner-Str. 1, 30519 Hannover
Telefon 0511. 89 73 43 33

Redaktion: Daniela Boch, Enrico Glaser und Judith Rahner
Autor*innen und Interviewpartner*innen: Melike Çınar, Enrico Glaser, Stephan Höyng,
Jörg Maywald, Esther Lehnert, Eva Prausner, Heike Radvan, Judith Rahner,
Rebecca Seidler, Petra Wagner
Mit freundlicher Unterstützung von Marius Hellwig, Simone Rafael, Rachel Spicker,
Wiebke Warkentin und Marie Wilpers.

Gestaltung:  Design

Abbildungen: ©Bundesregierung_JescoDenzel (S. 2), Amadeu Antonio Stiftung (3), epd-bild/Rolf
Zoellner (7), 30 Jahre TRIP TRAP – 035, verkleinert/Thomas Link (CC BY-SA 2.0)(15), Auszeichnung
KlimaKita.NRW 24.11.17 Hürth/EnergieAgentur.NRW, Uwe Schinkel (CC BY 2.0)(41), Kita Tamar
(54), alle anderen AAS/allefarben-foto

Druckzone Cottbus, gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier.
ISBN: 978-3-940878-36-6



©Amadeu Antonio Stiftung 2018

Alle Rechte bleiben bei den Autor*innen.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Die Broschüre wurde gefördert von:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



FREUDENBERG
STIFTUNG



Inhaltsverzeichnis

Geleitwort der Bundesministerin Dr. Franziska Giffey	2
Was macht eine gute Kindertagesbetreuung aus?	3
Kindertagesbetreuung in Zeiten rechtspopulistischer Mobilisierungen	4
Fallanalysen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis	10
Handlungsempfehlungen aus unserer Arbeit	28
Perspektiven	
Kindern Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen	33
Antirassistisches Handeln in der frühkindlichen Bildung	37
Kindeswohl und Kinderrechte	40
Vorurteilsbewusste Erziehung	45
Elternarbeit zwischen Wertschätzung und Positionierung	49
Für Empowerment und Diversität – die jüdische Kita Tamar	52
Weitere Informationen, Hilfe und Beratung	55
Anmerkungen und Quellen	55

Geleitwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren zusehends polarisiert. Wir haben viel Unterstützung für geflüchtete Menschen erlebt. Wir erleben aber auch ein neues Ausmaß an menschen-verachtendem Verhalten und einen deutlichen Anstieg rechtspopulistischer Bewegungen. Diese Entwicklung macht auch vor den Kindertagesstätten nicht Halt. Kinder schnappen rassistische Bemerkungen oder antisemitische Einstellungen auf und geben sie weiter. Oder Eltern kommen damit auf die Erzieherinnen und Erzieher zu. Was tun? Wie reagieren, wie vorbeugen? Auch wenn die Kinder noch klein sind: Die neuen Herausforderungen für die Fachkräfte sind groß.



Die Kinder von heute werden morgen unsere demokratische Gesellschaft tragen. Deshalb ist es wichtig, die frühkindliche Bildung demokratisch zu gestalten und an Kinderrechten zu orientieren. Man kann nicht zu früh damit anfangen. Die Bedürfnisse der Kinder sollten Ausgangspunkt des pädagogischen Handelns sein; von dort aus geht es in Richtung demokratischer Werte, in Richtung eines selbstbewussten Lebens in einer vielfältigen Welt. Kinder bringen die Neugier auf Unterschiede ebenso mit wie die Bereitschaft, Vorurteile zu übernehmen. Als Erwachsene sollten sie möglichst immun sein gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, religiös oder politisch motivierte Gewalt. Bildung begleitet und unterstützt auf diesem Weg, angefangen mit der Kita und den Menschen dort, die für Kinder Bezugspersonen mit erheblichem Einfluss und Vorbildcharakter sind.

Dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist es deshalb ein wichtiges Anliegen, Handlungsempfehlungen für den Umgang mit den geschilderten neuen Herausforderungen zu entwickeln und zu verbreiten. Über das Bundesprogramm »Demokratie leben!« fördern wir aktuell 17 Träger und Maßnahmen, die einen ausdrücklichen Schwerpunkt auf Demokratiebildung und vorurteilsbewusste Bildung für die Jüngsten der Gesellschaft sowie auf Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter legen. Dazu zählt auch das Kooperationsprojekt »Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung« zwischen dem Bundesfamilienministerium, den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ). Zahlreiche weitere geförderte Projekte, die in unterschiedlichsten Disziplinen angesiedelt sind, haben ebenfalls die Kindertagesstätten im Blick.

Ich möchte, dass diejenigen, die sich um die Kinder kümmern, bestmögliche Unterstützung in ihrer tagtäglichen Arbeit erhalten. Denn Sie, liebe Fachkräfte, leisten eine wichtige Arbeit! Deshalb unterstütze ich die Broschüre »Ungleichwertigkeit und Frühkindliche Pädagogik« der Amadeu Antonio Stiftung. Sie führt die unterschiedlichen fachlichen Perspektiven der frühkindlichen Bildung und Elternarbeit einerseits und der Demokratiepädagogik und rassismuskritischen Perspektiven andererseits zusammen. Besonders begrüße ich die Handlungshinweise und Hilfsangebote. Wir lassen die Praxis mit den neuen Herausforderungen nicht im Stich. Fachkräfte kümmern sich um die Kinder, und wir kümmern uns um die Kümmerer.

Für das Engagement aller an der Broschüre Beteiligten möchte ich mich herzlich bedanken. Ihnen und den Fachkräften, denen diese Broschüre in der Praxis an die Hand gegeben wird, wünsche ich viel Erfolg und Beharrlichkeit bei dieser so wichtigen Arbeit!

A handwritten signature in blue ink that reads "Dr. Franziska Giffey".

Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Liebe Leser*innen,

was macht eine gute Kindertagesbetreuung aus? Ist es der erste Eindruck der Räumlichkeiten, das Einrichtungskonzept oder das Bio-Mittagessen? In der Öffentlichkeit werden meist der Betreuungsschlüssel oder die Höhe der Kitagebühren diskutiert. Deutlich wird dabei: Noch immer fehlt ein Maßstab für gute Kita-Arbeit, der sich nicht nur an den Erwartungen der Eltern orientiert, sondern auch an den Bedarfen von Kindern und pädagogischen Fachkräften. Wer mit Kindern arbeitet, weiß, dass ihre Wünsche relativ klar sind: Liebe, Anerkennung und Respekt. Maßstab der Arbeit muss also sein, den Bedürfnissen der Kinder Rechnung zu tragen und ihre Rechte umzusetzen, die im Rahmen der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen festgehalten sind. Pädagogische Fachkräfte brauchen ebenfalls zuallererst Wertschätzung für ihre Arbeit, in mehrfacher Hinsicht: finanziell und persönlich, mit ausreichend Zeit und fachlicher Unterstützung.



Die Amadeu Antonio Stiftung arbeitet seit 20 Jahren im Bereich Demokratiebildung mit Kitas, Schulen und im Gemeinwesen. Wir fördern zivilgesellschaftliche Initiativen und setzen eigene Stiftungsprojekte um – mit Partnern wie den Bürgerstiftungen oder den »Regionalen Arbeitsstellen für Demokratie, Jugendarbeit und Schule« in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung von Kindern und der praktischen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, der Arbeit mit und der Unterstützung von Pädagog*innen und Fachkräften sowie der Entwicklung und Einführung von fachlichen Standards und Leitbildern. Eine unserer ersten Handreichungen hieß »Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag«. Das Titelmotiv gilt noch heute. Nicht umsonst wird im englischen Sprachraum davon gesprochen, »that children should enjoy their rights«. Während bei dieser Handreichung noch die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Kindertagesstätten im Vordergrund stand, stehen Kitas und Schulen mittlerweile im Zentrum der politischen Auseinandersetzung durch Rechtspopulist*innen.

Wenn es um grundsätzliche Fragen unserer Demokratie geht, kann eine falsch verstandene Neutralität, wie sie häufig eingefordert wird, keine Lösung sein. Gerade erst haben viele Kitas die Integration von geflüchteten Kindern und häufig auch von deren Eltern mit großem Engagement erfolgreich gemeistert. Kitas sind näher als viele andere Einrichtungen mit aktuellen Entwicklungen konfrontiert. Auch die Demokratieforschung betont die erhebliche Relevanz der frühkindlichen Demokratiebildung für eine freiheitliche Gesellschaft. Wer mit Kindern arbeitet, weiß, wie prägend Erfahrungen des demokratischen Streitens und das Recht auf eigene Meinung sind. Erfreulicherweise haben pädagogische Fachkräfte dabei gute Partner*innen. Wir hoffen, dass unsere Handreichung Sie bei Ihrer Arbeit für eine demokratische Kultur und gegen Ausgrenzung im Kitaalltag unterstützt!

Timo Reinfank

Timo Reinfank

Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung

Kindertagesbetreuung in Zeiten rechtspopulistischer Mobilisierungen

Enrico Glaser und Judith Rahner (Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus)

Die Vorstellung, dass Menschen nicht gleichwertig sind, ist die Grundlage für Abwertungen und das ideologische Fundament extrem rechter Haltungen. Auch im Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung spielen Vorstellungen von Ungleichwertigkeit bereits eine Rolle, in Diskussionen im Team, in der Arbeit mit Eltern, aber auch in der frühkindlichen Pädagogik. Ungleichwertigkeitsvorstellungen können sich sehr unterschiedlich äußern: Sie reichen von glasklaren rassistischen Abwertungen bis hin zu Äußerungen, die angeblich nur »falsch verstanden wurden«, als »kritisch« daherkommen und gegen »die Anderen« hetzen. Sie sind als »Sorge« getarnt, mit populistischen Sprüchen gegen »die da oben« verbunden oder werden mit zunächst harmlos klingenden Wörtern zum Ausdruck gebracht, die aber aus dem Jargon der Neuen (oder alten) Rechten stammen und denen eine zutiefst menschenverachtende Haltung zugrunde liegt.

Dabei sind natürlich nicht alle geäußerten Sorgen per se unbegründet und alle unüberlegten Äußerungen immer rassistisch motiviert. Wenn jedoch Ungleichwertigkeitsvorstellungen dahinter stehen und damit transportiert werden, muss reagiert werden. Denn diese vergiften das soziale Klima in den Einrichtungen. Die Grenze des Sag- und Denk- und damit auch Machbaren verschiebt sich. Ein Nichtumgang und Wegsehen kann Türöffner für weitere menschenfeindliche und rassistische Agitationen und Akteur*innen sein.

Abwertungen und Ausschlüsse verhindern zudem einen gleichwertigen Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Kinder. Das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religion, Herkunft oder des Geschlechts ist durch die UN-Kinderrechtskonvention geregelt. Seit 2010 sind verbrieft Kinderrechte auch in Deutschland verbindlich und gelten für **alle** in Deutschland lebenden Kinder – auch für jene mit Fluchterfahrung, mit muslimischen Eltern und für intergeschlechtliche Kinder oder jene mit zwei Vätern. Diskriminierung und Ungleichwertigkeit in der Kindertagesbetreuung zu verhindern und Institutionen bewusst und gezielt für Kinder mit vielfältigen Lebens- und Familienrealitäten zu öffnen und zu professionalisieren, ist wichtig und notwendig, um Kinderrechte in die Praxis umzusetzen.¹ Damit lassen sich nachhaltige Teilhabe und Chancengerechtigkeit ermöglichen.

Rechtspopulistische Herausforderungen machen neue Gegenstrategien notwendig

Wege zur Stärkung frühkindlicher Bildungseinrichtungen als Orte demokratischer Früherziehung und zur Prävention von Diskriminierung sind vielfach in der Fachliteratur beschrieben.² Wie ein demokratischer Umgang mit Rechtsextremismus in diesem Arbeitsfeld aussehen kann, haben wir in der Publikation »Demokratie ist kein Kindergeburtstag«³ dargelegt. Diese Phänomene besitzen nach wie vor Relevanz.

Darüber hinaus gibt es nun mit der Ausbreitung von Rechtspopulismus⁴, mit rassistischen Debatten um Flucht und Asyl sowie weit verbreiteten Feindlichkeiten gegenüber geflüchteten Menschen neue, drängende Herausforderungen für das Arbeitsfeld Kita. Zusätzlich ragen neue Themen, wie die Angst vor einer Indoktrination bzw. »Frühsexualisierung unserer Kinder«, also die Ablehnung von Sexualpädagogik und Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, oder eine befürchtete »Islamisierung des Abendlandes« in das Arbeitsfeld Kita hinein.

Die vorliegende Publikation nimmt vor allem diese neuen Herausforderungen in den Blick, die durch Demokratie- oder Diversity-Pädagogik bzw. eine Pädagogik der Vielfalt allein nicht bearbeitet werden können. Aus der umfangreichen Beratungspraxis der **Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus** wird deutlich: Der Umgang mit menschenfeindlichen Argumentationen oder rassistischen, antisemitischen und vielfaltsfeindlichen Einstellungen und Handlungen

rechtspopulistischer Akteur*innen im Kita-Alltag erfordert eine klare menschen- und kinder-rechtsorientierte Haltung von Seiten aller in dem Arbeitsfeld Tätigen sowie eine gezielte Entwicklung und konsequente Umsetzung von Gegenstrategien.

Fünf Fallbeispiele aus der Praxis

Folgende fünf bekanntere Fälle aus den Medien verdeutlichen die Bandbreite gegenwärtiger Problemlagen, mit denen wir in unserer Beratungspraxis konfrontiert werden. Sie illustrieren die aktuellen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Klima exemplarisch.

Beispiel 1: Rechtsextremismus in der Kita

Am 29. November 2011 wird die Ehefrau von Ralf Wohlleben, der als Unterstützer der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) im NSU-Prozess in München zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde, fristlos gekündigt. Sie hatte im Jenaer Ortsteil Kunitz in einer privaten Kindertagesstätte gearbeitet. Durch die Festnahme wurde bekannt, dass Frau Wohlleben bis 2009 selbst Mitglied der NPD und zeitweise gar Schatzmeisterin im Kreisverband Jena war. »Die 31-Jährige galt als qualifizierte Betreuerin, von den Eltern geschätzt und bei den Kindern beliebt«, berichtet Julia Jüttner bei Spiegel Online.⁵ Frau Wohlleben klagt gegen die Kündigung und einigt sich später mit ihrem früheren Arbeitgeber.

Rechtsextreme Erzieher*innen – auch solche mit einer aktiven Funktion für die verfassungsfeindliche NPD – sind keine Einzelfälle. Ihnen begegnet man nicht nur zufällig im Arbeitsfeld. Kindergärten und den frühkindlichen Erziehungsbereich als Aktionsraum zu wählen ist seit jeher eine gezielte Strategie von Rechtsextremist*innen, um Einfluss auf die kommende Generation zu nehmen. Häufig bleiben sie dabei – wie im vorgestellten Fall – von ihren Kolleg*innen, Vorgesetzten und anderen im Arbeitsfeld Tätigen unbemerkt. Dabei kommt Frauen das in der Wissenschaft vielfach beschriebene Phänomen der »doppelten Unsichtbarkeit« zugute: Frauen werden gesellschaftlich per se als unpolitischer, »friedfertiger«, weniger aggressiv und gewaltbereit angesehen als Männer. Ihre politische Einstellung oder ihr Weltbild wird dabei oft nicht ernstgenommen oder unterschätzt. Diese stereotype Wahrnehmung verschärft sich in extrem rechten Milieus. Da Frauen eine rassistische oder menschenverachtende Ideologie und ein rechtsextremer politischer Aktivismus weniger zugetraut wird, können sie sich in sozialen Sphären – wie im Kindergarten – unbemerkt bewegen und »nebenbei« menschenverachtenden Ideen verbreiten. Das gilt auch für in Elternvertretungen aktive Mütter.

Beispiel 2: Kita und feindliche Stimmung gegen Menschen auf der Flucht

Doch die Beschäftigung rechtsextremer Funktionär*innen oder von Unterstützer*innen von Rechtsterrorist*innen als Erzieher*innen in Kitas ist nur die Spitze des Eisbergs. Sehr viel verbreiteter und virulenter sind rassistische, flüchtlings- und islamfeindliche Einstellungen und Äußerungen von Menschen, die nicht unbedingt rechtsextremen Szenen zugeordnet werden. Eine Vielzahl von Beratungsanfragen zeigen, dass diese auch im Kitaalltag sehr häufig zu finden sind und von Kindern, Eltern, Angehörigen, Erzieher*innen oder Vorgesetzten geäußert und vertreten werden. Debatten werden heftiger und zugespitzter, wenn in der Nachbarschaft eine Unterkunft für geflüchtete Menschen errichtet wird oder wenn Kinder und Eltern mit Fluchtgeschichten einen Betreuungsplatz bekommen (sollen). Oftmals zeigt sich dann in den in der Kita geführten Diskussionen, dass es nicht einfach nur um (un-)berechtigte Sorgen von Eltern oder Erzieher*innen geht, sondern diskriminierende und auch menschenverachtende Positionen geteilt werden, die Kinderrechten oder dem ethischen Selbstverständnis eines frühkindlichen Erziehungsbereichs entgegenstehen. In einigen Beratungsfällen zeigt sich zudem, dass örtliche Vertreter*innen rechtspopulistischer oder rechtsextremer Gruppierungen die Debatten anheizen und für ihre Agenda instrumentalisieren.

In diesen polarisierten Debatten gilt es, sich innerhalb und außerhalb der Kita menschenrechtsorientiert zu positionieren. Dazu ist es dringend erforderlich, dass Fachkräfte Strategien, Erzählungen und Mythen extrem rechter Akteur*innen (er-)kennen, um diesen begegnen zu können, wie der folgende Fall zeigt:

Ein Kindergarten in der Nähe von Lüneburg teilt Ende Januar 2016 in einem Aushang mit, dass »aufgrund der nachvollziehbaren Sorge einiger Eltern, einen männlichen Syrer bei uns zu beschäftigen«, der Mann doch nicht eingestellt werde. Die Kita-Leiterin habe damit auf zum Teil heftige Vorbehalte von Eltern reagiert, heißt es auf Nachfrage der Presse. Die evangelische Kindertagesstätte wollte den syrischen Flüchtling befristet als sogenannte Ein-Euro-Kraft einstellen, mit der Betreuung der Kinder hätte er nichts zu tun gehabt. Das führte dennoch zu heftig geführten, polarisierten Diskussionen: Auf der einen Seite reagierten mehrere Eltern ablehnend bis rassistisch und äußerten Ängste um ihre Kinder. Auf der anderen Seite empörten sich nun andere Eltern über die Entscheidung der Kita-Leitung, fotografierten den Aushang und stellten das Foto ins Netz. Auch Kirche und Diakonie in Niedersachsen reagieren empört und distanzieren sich von dem Schreiben.⁶

Als 2015 mehr Menschen nach Deutschland flüchteten, gab es neben einer breiten Willkommenskultur und gesellschaftlichen Debatten zum Thema Flucht und Asyl auch einen rasanten Anstieg rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Stimmungsmache. In zahlreichen Demonstrationen und einem massiven Anstieg von gewalttätigen Angriffen auf geflüchtete Menschen und deren Unterkünfte entlud sich die feindselige öffentliche Debatte. Ein wichtiges mobilisierendes Feindbild stellte und stellt dabei der Mythos des »übergriffigen Fremden« dar, der eine Gefahr für »unsere Kinder« oder »unsere Frauen« sei⁷ – ein Mythos, den vor allem rechtspopulistische bis rechtsextreme Akteur*innen gezielt verbreiten, um Angst zu schüren. Mit dieser rassistischen Erzählung ist bereits zur Zeit vor und während des Nationalsozialismus gegen Juden und Schwarze gehetzt worden. Es ist also kein Zufall, wenn heute die extreme Rechte ebenso Sorgen um Kinder und Frauenrechte rassistisch instrumentalisiert. Der Fall aus Niedersachsen zeigt, wie sich diese Stimmungsmache auch in Kitas, unter Eltern und über soziale Medien schnell aufschaukeln kann. In diesem Fall ist der Leidtragende ein Arbeitssuchender aus Syrien. Über dessen Qualifikation wird nicht gesprochen, sondern darüber, dass er männlich und geflüchtet ist. Um derartige Eskalationen und Diskriminierungen zu verhindern, ist es wichtig, dass Handlungskonzepte bereits präventiv ausgearbeitet sind, um auf konkrete Situationen und eventuelle Stimmungsmache im Sozialraum vorbereitet zu sein.

Beispiel 3: Kita und rechtspopulistische Akteur*innen

Für den 17. November 2017, den sogenannten »Bundesweiten Vorlesetag«, hatte die veranstaltende Stiftung Lesen auch Politiker*innen der Alternative für Deutschland (AfD) aufgefordert, sich zu beteiligen. Ziel des Aktionstages ist es, Kinder fürs Lesen zu begeistern, u.a. in Kindergärten. Die Einladung sorgte für Empörung. Zwar hätte man in den vergangenen Jahren die NPD ausdrücklich von den Einladungen ausgeschlossen, da diese »nachweislich verfassungsfeindlich und undemokratisch« sei. Bei der AfD wollte die Stiftung Lesen diesen Schritt aber nicht vollziehen. Der deutsche Schriftstellerverband PEN sah das anders: »Die Grundsätze der AfD, die sich gegen die bestehende kulturelle Vielfalt und Toleranz richten«, sind »nicht vereinbar mit den an Schulen und Kitas vertretenen und unsere Gesellschaft bereichernden Leitbildern.«⁸

Das Beispiel aus der Presse zeigt, dass eine selbstverständliche Abgrenzung, die gegenüber der rechtsextremen NPD besteht, gegenüber der Alternative für Deutschland nicht vorhanden ist. Obwohl auch Vertreter*innen dieser Partei rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte verbreiten und die AfD immer wieder Werte der offenen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft zur Diskussion stellt oder diese Ideen zumindest in ihren Reihen duldet.⁹ Als demokratisch gewählte Partei und in der Selbstdarstellung als »gewählte Volksvertreter« hat die

AfD selbstverständlich Zugang zu Podien, Medien und zu öffentlich geförderten Einrichtungen der Bildungs- und Erziehungsarbeit. Die Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft besteht darin, dass sie dort auch eine Normalisierung rassistischer, antisemitischer und antifeministischer Positionen vorantreibt. Diese Inhalte dürfen und müssen Kitas allerdings nicht akzeptieren. Solche Positionen stehen international verbrieften Kinderrechten, dem demokratischen Erziehungsauftrag und, sofern es ein solches gibt, zumeist auch dem Leitbild der Einrichtungen fundamental entgegen. Nicht zuletzt stellt die AfD die Arbeit von Kitas grundsätzlich in Frage, wenn sie sich gegen die »Fremdbetreuung« durch Kitas ausspricht.¹⁰ Es ist also notwendig, sich innerhalb des Teams, der Einrichtung und des Trägers eine Haltung zu menschenfeindlichen und extrem rechten Inhalten und deren parteipolitischen Vertreter*innen in der eigenen Region zu erarbeiten.

Beispiel 4: Kita in Zeiten rechtspopulistischer Mobilisierungen

Die neurechte und islamfeindliche Bewegung »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« und ähnliche Akteur*innen machten Ende Oktober 2017 in Sozialen Medien gegen die Neugestaltung eines Spielplatzes in Berlin-Neukölln als »Orientalische Burg mit Basar« mobil. Anstoß erregte vor allem ein Holzturm im Sandkasten, der oben einen Halbmond trägt. Die AfD-Fraktion stellte daraufhin in der Bezirksverordnetenversammlung den Antrag, »religiöse Symbole von öffentlichen Spielplätzen zu entfernen und zukünftig fernzuhalten«. Ausgedacht hatte sich die Idee für den Spielplatz die Leiterin der nahe gelegenen Kindertagesstätte »Ali Baba und seine Räuber«, unter Einbeziehung der Kinder.¹¹

Ein Spielplatz, gestaltet nach einem Motiv aus der Märchensammlung »Tausendundeine Nacht«, ruft Menschen auf den Plan, die eine »Islamisierung« vermuten. Sie fürchten einen kämpferischen Angriff »des Islam« auf eine imaginierte »europäische Kultur« – in diesem Fall subversiv auf einem Kinderspielplatz. Die Verschwörung von einer bewussten oder gar gesteuerten »Islamisierung« Europas ist eine zentrale Erzählung rechtspopulistischer und neurechter Bewegungen. Die Kitaleiterin findet sich mit ihrem partizipativ erarbeiteten Vorschlag plötzlich in einer heftigen



öffentlichen Diskussion wieder, die in weiten Teilen islamfeindlich und rassistisch geführt wird und in der sie und weitere Personen zudem öffentlich diffamiert und beleidigt werden. Dieser Fall zeigt exemplarisch, wie schnell rechtspopulistische Dynamiken und Mobilisierungen in extrem rechten Kreisen angestoßen und von dort aus verbreitet werden und mit welcher öffentlichen Wucht sie auch den Kita-Alltag treffen und Mitarbeitende unter Druck setzen können.

Beispiel 5: Geschlechtervielfalt und die »Mitte der Gesellschaft«

Im Februar 2018 titelt die Berliner Zeitung (BZ): »Berliner Senat verteilt Sex-Broschüre für Kita-Kinder«. Gemeint ist eine Broschüre, die von der Bildungsinitiative »Queerformat« und dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) herausgegeben und vom Berliner Senat finanziert wurde. Die Handreichung »Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben« richtet sich nicht an Kinder, sondern an Fachkräfte, Teams und Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Sie bietet Ideen und Hilfestellungen, wie die Einrichtungen sich mit den Vielfaltsdimensionen Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung beschäftigen können. Die Berliner CDU will die Verteilung der Broschüre stoppen, da »Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt nicht in Kindertagesstätten gehören«, die AfD bezeichnet sie als »Sex-Broschüre«¹² im »fragwürdigen Trend zur Hypersexualisierung«.¹³ Queerformat verweist in einer Stellungnahme darauf, dass die Veröffentlichung Geschlechtervielfalt und Familienvielfalt im Kontext von Menschenrechten und insbesondere Kinderrechten thematisiere.¹⁴

Kindern Geschlechtergerechtigkeit und die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen zu vermitteln, ist Teil des Erziehungsauftrags. Das Erlernen einer demokratischen Haltung, z.B. vermittelt durch Methoden der Vielfaltspädagogik, ist zentral, um Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexuellen Orientierung zu verhindern und um inter- und transgeschlechtliche Kinder zu empowern. Zudem ist für viele Kinder das Aufwachsen in Regenbogenfamilien gelebte Realität und sollte damit auch gelebte Normalität in der Kita sein. Rechtspopulistische, neurechte oder religiös-fundamentalistische Gruppierungen hetzen gegen die Vermittlung von Vielfalt mit diffamierenden Wörtern wie »Genderismus«, »Genderwahn« oder eben »Frühsexualisierung«. Gemeint ist eine angebliche »Umerziehung unserer Kinder«, die dann nicht mehr »richtige« Mädchen oder Jungen sein dürften. Verbunden sind damit antifeministische, aber auch homo-, inter- und trans*feindliche Positionen. Und die sind hochgradig anschlussfähig an die gesellschaftliche Mitte: Gender-Themen sind eine wichtige Klammer im rechtspopulistischen Spektrum und eignen sich für emotionale Debatten – gerade mit Bezug auf Kinder. Diese Themen sind aktuell sehr relevant. Für die Praxis bedeutet das, eine geschlechterreflektierende Perspektive zu stärken, sich eine gemeinsame Haltung zu erarbeiten und auf entsprechende Vorwürfe, die nicht selten durch Elterninitiativen vorgebracht werden, fachlich professionell zu reagieren.

Sensibilisieren, positionieren und professionell agieren

Seit 2015 muss eine starke Zunahme rassistischer und flüchtlingsfeindlicher Stimmungen auch jenseits des rechtsextremen Spektrums beobachtet werden. Repräsentative Bevölkerungsstudien und Umfragen weisen auf den massiven Umfang an Vorurteilen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft hin. Debatten um **Hate Speech** in den Sozialen Medien zeigen, wie unverhohlen und offen gegen politische Gegner*innen, Demokrat*innen und sogenannte »Gutmenschen« – Journalist*innen, Geflüchtete, Muslim*innen oder Feminist*innen – gehetzt wird. Menschenfeindliche und für ganze Bevölkerungsgruppen herabwürdigende Positionen werden mittlerweile in Landesparlamenten und sogar im Bundestag vertreten. Zu dieser besorgniserregenden Entwicklung kommt, dass sich Fachkräfte in Kitas nicht mehr sicher sein können, ob sie im Kolleg*innenkreis mit einer demokratischen Haltung zum Beispiel zum Menschenrecht auf Asyl oder zur Gleichwertigkeit aller Menschen noch in der Mehrheit sind. Eine Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen sowie neue Themenfelder fordern

die pädagogischen Fachkräfte in Kitas heraus. Eltern bringen ihre unter Umständen menschenfeindlichen Positionen vehementer ein als noch vor wenigen Jahren, und Soziale Medien stellen dafür Resonanzräume dar und setzen Dynamiken in Gang, die aggressiv und unübersichtlich sind. Fachkräfte berichten von einer Zunahme von Konflikten mit Eltern, von einer Verschärfung der Tonlage, von Bedrängen bis hin zu Bedrohungen.¹⁵ Fachkräfte müssen sich hier im Sinne des verbrieften Rechts der Teilhabe und der demokratischen sowie menschen- und kinderrechtlichen Ausrichtung ihrer Einrichtung positionieren.

Mit dieser Handreichung wollen wir Hinweise dafür geben und aufzeigen, wie im Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, gegen Abwertungen und Rechtsextremismus gehandelt werden kann. Zunächst werden detaillierte Fallanalysen vorgestellt und Handlungsmöglichkeiten auf den Ebenen der Arbeit mit Kindern, mit Eltern und im Team abgeleitet. Daran schließen sich unterschiedliche Perspektiven auf das Themenfeld von im Arbeitsfeld professionell Tätigen an: geschlechterreflektiert, antirassistisch, antisemitismuskritisch und vorurteilsbewusst sowie kinderrechte- und bedürfnisorientiert, wertschätzend und positioniert. Den Abschluss der Handreichung bilden Verweise auf Hilfs- und Beratungsangebote.

Wir hoffen, dass diese in der Praxis hilfreich und unterstützend sind.

Die »**Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus**« der Amadeu Antonio Stiftung berät und schult mit einem besonderen Fokus auf Gender bundesweit Zivilgesellschaft, Politik, Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF): Was bedeutet die Arbeit zu GMF konkret in der Praxis? Wie kann hier auf den aktuellen gesellschaftlichen Rechtsruck und das Erstarken völkischer Positionen reagiert werden? Warum können Menschen sowohl Diskriminierte als auch Diskriminierende sein? Welche Rolle spielt Geschlecht bei abwertenden Einstellungen und Äußerungen? Warum sind die Themen Feminismus, Gender oder Geschlechtergerechtigkeit Feindbilder bei rechten Akteuren, werden von ihnen aber auch instrumentalisiert und wie erkenne ich das?

Die Fachstelle entwickelt geschlechterreflektierte Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Ungleichwertigkeit für die Demokratie- und Präventionsarbeit, bietet Beratungs- und Fortbildungsangebote, stößt Fachdiskurse an und unterstützt den Transfer zwischen Praxis und Wissenschaft. Mehr Infos unter:

Amadeu Antonio Stiftung
Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.gender-und-rechtsextremismus.de

Fallanalysen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis

Prof. Dr. Esther Lehnert (Alice Salomon Hochschule Berlin) und Prof. Dr. Heike Radvan (Brandenburgische Technische Universität Cottbus - Senftenberg). Beide sind freie Mitarbeiterinnen der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus.

Die Fälle und Handlungsmöglichkeiten gliedern sich auf verschiedene Ebenen: Pädagogisches Handeln mit Kindern, Elternarbeit sowie professionelles Handeln im Team und beim Träger.

Ebene I: Pädagogisches Handeln mit Kindern

Fall I.1: »Morgenkreis«

Sie arbeiten als Erzieher*in in einer Kita. Sie erleben im Morgenkreis, dass ein 5-jähriges Kind sich weigert, ein anderes Kind im Kreis anzufassen. Das Kind »begründet« dies mit der Aussage: »Ich mag keine Asylantenkinder«.

In unserer Beratungspraxis begegnet es uns sehr häufig, dass in solchen Fällen zu allererst das Kind Aufmerksamkeit erhält, von dem die Diskriminierung ausgeht. Es wird gestoppt, zurechtgewiesen. Hierbei jedoch gerät das betroffene Kind aus dem Blick. Es ist wichtig, unmittelbar und verlässlich auf Diskriminierungserfahrungen zu reagieren – und zwar so, dass das betroffene Kind erfährt, dass das, was passiert ist, nicht ok bzw. ungerecht ist und dass es keine Schuld dafür trägt. Das Kind muss sich durch die*den Erzieher*in geschützt fühlen. In dem konkreten Fall kann es zum Beispiel sehr sinnvoll sein, wenn Sie sich als Erzieher*in unmittelbar an die Seite des Kindes setzen, es an die Hand nehmen und den Kreis schließen.

Im zweiten Schritt wichtig: Reden Sie mit der ganzen Gruppe. Mit wenigen Worten sollte klar und deutlich werden, dass solch ein Verhalten verletzend ist. Es verstößt gegen die Regeln, die alle gemeinsam ausgehandelt haben über den Umgang miteinander. Kein Kind darf mutwillig verletzt, abgewertet und ausgeschlossen werden. Grundsätzlich darf jedes Kind so sein, wie es ist – wenn es mit seinem Verhalten andere nicht verletzt oder begrenzt. Wichtig ist ein solidarisches, also sich gegenseitig unterstützendes Miteinander.

Mit dem Kind, von dem die Diskriminierung ausgegangen ist, führen Sie zeitnah ein Einzelgespräch. In einem ersten Schritt fragen Sie nach den Gründen des Verhaltens und nach dem Verständnis des Wortes »Asylantenkinder«. Motivieren Sie das Kind, einen Perspektivwechsel einzunehmen und fördern Sie Empathiefähigkeit: Wie würdest Du Dich fühlen, wenn so mit Dir umgegangen wird? Ist das Kind bereits in der Vergangenheit durch diskriminierendes Verhalten aufgefallen, sollte dem Kind noch einmal sehr deutlich vermittelt werden, dass solch ein Verhalten nicht erwünscht ist.

Sowohl die Erziehungsberechtigten des betroffenen Kindes als auch die Erziehungsberechtigten des tätlichen Kindes sollten am selben Tag (ggf. beim Abholen des Kindes) kurz über den Vorfall und ihre Art der Intervention informiert werden. Ein Gesprächsangebot sollte unterbreitet werden (siehe die Ausführungen zur Elternarbeit im Folgenden).

Der zeitnahe Austausch zum Vorfall im Team ist wichtig. Es sollte – neben den bereits erwähnten Fragen des Umgangs mit Diskriminierung – besprochen werden, wie das Festschreiben von spezifischen Rollen (»Täter«, »Opfer«) gegenüber Kindern verhindert werden kann. Des Weiteren ist es in der Nachbearbeitung des Vorfalles unabdingbar, eine Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht im Team sicherzustellen, insbesondere für die Arbeit mit den Kindern unter der Perspektive **Pädagogik der Vielfalt** und **Demokratiepädagogik**. Zudem kann eine Informationsveranstaltung für Eltern sinnvoll sein (Institutionen die Hilfe bieten können, finden Sie am Ende der Handreichung).

Pädagogik der Vielfalt

»Die Pädagogik der Vielfalt stützt sich auf die Grundannahme, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Jeder Mensch hat das Recht auf Lebensglück, Achtung seiner Persönlichkeit und Menschenwürde sowie darauf, sein eigenes Leben wie gewünscht zu gestalten. Demzufolge sind alle Menschen gleich, denn sie sind gleichberechtigt. Trotz dieser Grundannahme ist jeder Mensch einmalig, einzigartig und individuell, da jeder Mensch durch seine individuellen Lebensumstände und -erfahrungen eine eigene Perspektive auf die Welt entwickelt. Schlussfolgernd wird in der Theorie Pädagogik der Vielfalt also davon ausgegangen, dass jeder Mensch gleich und verschieden ist« (www.inklumat.de/glossar/paedagogik-der-vielfalt-nach-prengel, siehe auch: Annedore Prengel 2003: Gleichberechtigung der Verschiedenen. Plädoyer für eine Pädagogik der Vielfalt, <http://liga-kind.de/fk-603-prengel/>).

Demokratiepädagogik

Demokratie ist eine historische Errungenschaft, deren Verständnis, Bedeutung und praktische Geltung durch politisches wie durch pädagogisches Handeln immer wieder aktiv erneuert und verwirklicht werden muss – als Regierungsform, als Gesellschaftsform und als **Lebensform**. Unter Bezug auf das Konzept »Lernen durch Erfahrung« lernt man Demokratie demnach dadurch, dass man demokratisch handelt. Bei Demokratiepädagogik geht es darum, Demokratie mit unterschiedlichen Konzepten erfahrbar zu machen und einzuüben im Sinne einer Demokratie als Lebensform (John Dewey). Dazu zählen Wissen, Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft, die erforderlich sind, um als mündige*, verantwortungsfähige* Bürger*innen in der modernen Welt bestehen und mitwirken zu können (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. 2014): ABC der Demokratiepädagogik).

Fall I.2: »Nationalsozialistische Symbole und problematisches Verhalten«

In einer Kindertagesstätte fällt ein Kind dadurch auf, dass es Hakenkreuze und Runen zeichnet und dies auf Nachfrage rechtfertigt (»Das gibt es bei uns zu Hause. Meine Eltern finden das gut.« »Meine Mama sagt, das Kreuz ist etwas Gutes!«). Gleichzeitig verweigert es, mit Kindern zu spielen, die eine dunklere Hautfarbe oder eine Beeinträchtigung haben. Zudem spielt es sehr gern Krieg und ist gegenüber anderen Kindern aggressiv und gewalttätig.

Dass Kinder Hakenkreuze oder auch Runen zeichnen, macht deutlich: Sie haben diese Symbole an anderer Stelle gesehen. Hier sollte nachgefragt werden, woher das betreffende Kind diese kennt und was es damit verbindet.

Grundsätzlich muss eine Kita auf juristisch verbotene Symbole reagieren, z.B. auf das Hakenkreuz – auch wenn sie von Kindern gezeichnet sind. An dieser Stelle ist uns der Verweis wichtig: Kinder können aufgrund ihres Alters und ihres Wissens keine Nazis sein und sollten daher auch nicht als solche bezeichnet werden. Kita-Kinder können durchaus über Vorurteile verfügen. Es ist die Aufgabe von Pädagog*innen, diese in ihrer Ausprägung zu hinterfragen und zu kritisieren.

Betrachtet man diesen Fall, so deutet sich an, dass es sich hier um eine primäre Sozialisation in einem rechtsextremen Kontext handeln kann. Dafür spricht u.a., dass das Kind in der Lage ist, das Zeichnen eines Hakenkreuzes zu legitimieren oder auch zu relativieren (wie es in der Praxis zu beobachten ist). Pädagogisch ist es notwendig, mit dem Kind verständlich und altersgerecht darüber zu reden, wofür dieses Symbol steht und was daran problematisch ist. So kann beschrieben werden, wie zum Beispiel eine entsprechende Gesellschaft aussieht. Sollte sich im Gespräch mit dem einzelnen Kind herausstellen, dass im Elternhaus eine rechtsextreme Orientierung wahrscheinlich ist, so gilt es, zu reflektieren: Kinder geraten in solchen Fällen in Loyalitätskonflikte, sie lernen in der Kita etwas anderes als zu Hause. Kinder haben oft den Wunsch, ihre Eltern, die sie lieben, zu schützen und zu verteidigen. Solche Loyalitätskonflikte überfordern Kinder und

schränken ihre Persönlichkeitsentwicklung ein. Es handelt sich um eine klassische pädagogische Dilemmata-Situation, in der es keine guten Lösungen gibt. Hilfreich ist, dies als Fachkraft, aber auch im Team kontinuierlich zu reflektieren und pädagogisches Handeln darauf abzustimmen.

Zusätzlich zum Gespräch mit dem betreffenden Kind ist es wichtig, mit der gesamten Kindergruppe zum Thema zu arbeiten. Es gilt, altersgerecht zu vermitteln, dass das Hakenkreuz für eine menschenfeindliche Gesellschaft steht. So kann zum Beispiel gesagt werden: »Das Zusammenleben ist dann ganz anders, als wir das hier gemeinsam in unserer Kita tun möchten, dann werden Kinder ausgegrenzt und es gibt Gewalt.«

Wir empfehlen, zeitnah einen Gesprächstermin mit den Eltern zu vereinbaren. Hier ist es sinnvoll, offen nachzufragen, ob die Eltern wissen, dass ihr Kind Hakenkreuze malt und wie sie sich das erklären. Konkrete Hinweise für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten oder engagierten Eltern finden Sie im weiteren Verlauf der Broschüre. Nicht zuletzt sollte das Thema auf einer Elternversammlung eingebracht werden. Hier geht es darum, mit den Eltern darüber zu sprechen, wie sie mit ihrem Kind thematisieren können, wofür das Hakenkreuz steht – und zu vermitteln, warum ein derartiges Symbol mit dem Leitbild der Kita nicht zu vereinbaren ist.

Nationalsozialistische Symbole

Politische Symbole drücken bildhaft eine Weltanschauung aus, doch ihre Funktion reicht weit über den Transport einer politischen Botschaft hinaus: Sie dienen als Erkennungszeichen für Gleichgesinnte, vermitteln ein Zusammengehörigkeitsgefühl und stehen zugleich für Abgrenzung. Symbole zeigen: Ich bin anders, ich pflege einen bestimmten Lifestyle, ich bin Teil einer Bewegung oder einer bestimmten Gruppe innerhalb dieser Bewegung.

Bestimmte rechtsextreme Symbole bzw. solche mit Bezug zum Nationalsozialismus sind verboten: das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen nach §86 Strafgesetzbuch (StGB) sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86a StGB, ebenso Kennzeichen verbotener Vereine nach §20 Vereinsgesetz (VereinsG).

Die »Versteckspiel«-Broschüre informiert über Symbole, Codes und Lifestyle von Neonazis und extrem Rechten in Bildern und kurzen Texten. Auf jugendkulturelle Codes wird ebenso ausführlich eingegangen wie auf Zahlenkombinationen, mit denen strafrechtlich relevante Begriffe, Grußformeln oder Organisationszeichen verschlüsselt werden. In pädagogischen Feldern sind Symbole nicht allein danach zu beurteilen, ob sie juristisch »verboten« sind oder nicht. Ein Verbot kann die notwendige Auseinandersetzung mit den dahinter stehenden Inhalten nicht ersetzen. (<https://dasversteckspiel.de>)

Fall I.3: »Kinder aus völkischen Elternhäusern«

In einer Kita fallen zwei Geschwister auf, die besonders zurückhaltend sind und wenig von zu Hause, z.B. vom Wochenende, erzählen. So verhalten sie sich im Morgenkreis zum Wochenbeginn schweigsam und passiv. Gleichzeitig gibt es keine sogenannten Disziplinprobleme, diese Kinder scheinen besonders ‚gut zu spüren‘. Außerdem sind traditionelle Geschlechterrollen in den Erziehungsstilen erkennbar: Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert und gedrillt. Beide kommen häufig am Morgen in die Einrichtung, nachdem sie bereits einen 1,5-km-Lauf absolviert haben.

Nun lädt das Mädchen mehrere andere Kinder aus der Kita zum Kindergeburtstag ein. Einige Eltern, deren Kinder eingeladen sind, wissen um die Zugehörigkeit der Eltern in einer rechtsextremen Kameradschaft und machen sich Sorgen, was auf dem Kindergeburtstag passieren könnte. Gleichzeitig möchten sie ihren Kindern nicht so einfach die Teilnahme und damit auch die Möglichkeit zur Freundschaft mit dem Mädchen verbieten. Sie bitten die Erzieher*innen um Rat.



Im Fallbeispiel gibt es Hinweise darauf, dass die Kinder in einem rechtsextremen **völkischen Elternhaus** aufwachsen. Völkische Erziehungsstile sind in der Gegenwart – wie bereits im Nationalsozialismus – stark darauf ausgerichtet, Kinder zu Gehorsam und Unterordnung in eine völkische Gemeinschaft zu erziehen. Die Erziehung in den Familien ist dabei sehr auf die Ausbildung klassischer Geschlechterrollen bedacht. Es geht darum, ein »richtiger Junge« und ein »richtiges Mädchen« zu sein und um die Perspektive, dass aus Mädchen »deutsche Mütter« werden und aus Jungen »politische Kämpfer«. Auch wenn man nicht von einem einheitlichen Erziehungsstil im aktuellen Rechtsextremismus sprechen kann, sind Erziehungsstile weit verbreitet, die auf Härte, Durchhaltevermögen und Folgsamkeit ausgerichtet sind. Unabhängig davon verfolgen Eltern, die Teil der Neonazi-Szene und von deren weltanschaulichen Ideen überzeugt sind, das Ziel, ihren Nachwuchs ideologisch zu prägen. Hinweise auf solche Erziehungsstile finden sich in rechtsextremen Online-Foren und rechtsextremen Erziehungsratgebern. Das sind zumeist Bücher aus der Zeit des Nationalsozialismus, die z.T. aber auch nach 1945 partiell überarbeitet in der Bundesrepublik aufgelegt wurden, z.B. das Buch von Johanna Haarer »Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind«. Darin wird eine strenge, autoritäre Erziehung empfohlen und dazu geraten, Kinder nicht zu »verzärteln«. Die Mutter solle »hart werde(n)«¹⁶ und auf das Weinen des Kindes gerade nicht mit emotionaler Zuwendung reagieren. Haarer vermittelt in ihren Büchern nationalsozialistische Ideologie. Die in der Bundesrepublik erschienene Neuauflage des Buches ist sprachlich bereinigt; empfohlen werden auch hier Erziehungsmaßnahmen im Sinne von Härte, Gehorsam und Unterwerfung.

Ein sinnvolles pädagogisches Angebot für Kinder generell, insbesondere aber für Kinder, die in autoritären, disziplinierenden Kontexten aufwachsen¹⁷, können Angebote der Primärprävention sein – z.B. Ansätze der Vielfalt- und Demokratiepädagogik sowie Projekte zu **Kinderrechten**. Grundsätzlich hilfreich ist es, das pädagogische Konzept der Einrichtung zu überdenken und ggf. dahingehend zu ergänzen. So ist es wichtig, auf eine Vielfalt der Zugehörigkeiten zu achten – sowohl aufseiten der pädagogischen Fachkräfte als auch aufseiten der Kinder (siehe Interview mit Petra Wagner oder den Beitrag von Melike Çinar). Stereotype jeglicher Art können unterlaufen werden, wenn zum Beispiel Toberäume nicht nur für Jungen und Kuschelecken nicht nur für Mädchen gedacht werden, das Speiseangebot in der Einrichtung unterschiedlichen religiösen und kulturellen Ansprüchen gerecht wird und unterschiedliche ethnische Herkünfte sich auch im pädagogischen Material spiegeln. Vielfalt aufzugreifen kann auch heißen, gezielt Eltern anzuspre-

chen, die einer anderen Einkommensgruppe oder Bildungsschicht als die Mehrheit angehören oder die eine Migrationsgeschichte mitbringen, sowie Kinder einzubeziehen, die aus Regenbogenfamilien kommen. Eine Alltagskultur, die Verschiedenheiten für alle als gleichwertig erfahrbar werden lässt, ist bereits ein wirksamer Ansatz der Primärprävention gegen Rechtsextremismus. Es gilt, eine Kultur der Verschiedenheit und Gleichwertigkeit aller im Alltag der Kinder erfahrbar zu machen. Damit wird der Vorstellung einer homogenen ‚Volksgemeinschaft‘ und der Ungleichwertigkeit verschiedener Gruppen – zentrale Ideologeme von Neonazis – praktisch etwas entgegengesetzt.

Kinderrechte

Jeder Mensch hat Rechte – dafür gibt es die Charta der Menschenrechte. Kinder sind auch Menschen, aber sie haben besondere Bedürfnisse in Bezug auf ihre Förderung, ihren Schutz, ihre Mitbestimmung und ihre Entwicklung. Darum hat die UNO 1989 die UN-Konvention über die Rechte des Kindes verabschiedet. Den Kinderrechten in der UN-KRK liegen vier zentrale Grundprinzipien zugrunde: der Schutz vor Diskriminierung, der Vorrang des Kindeswohls, das Recht jedes Kindes auf Leben, Überleben und Entwicklung sowie die Berücksichtigung der Meinung des Kindes (<http://www.kinderrechte.de/kinderrechte/>, siehe auch das Interview mit Jörg Maywald).

»Völkische Familien«

Die Vorstellung einer ethnisch homogenen, über Jahrhunderte bestehenden »Schicksalsgemeinschaft« eint die rechte Szene. Sowohl im Rechtsextremismus als auch im Rechtspopulismus, in Reichs- und Verschwörungsideologien und rechter Esoterik existiert die Angst vorm Aussterben des bedrohten »Volkes«. Tatsächlich prägt in der rechten Szene der »völkische Blick« die Haltung zu Einwanderung, Geschlechterverhältnissen, Sexualität und Fortpflanzung, die Sicht auf Ökologie und Natur, Bildung von Kindern, die Gesellschaftsordnung und vieles mehr. Diese Ideologie findet in der völkischen Bewegung ihren politischen Ausdruck. Sogenannte »Völkische Siedler*innen« lassen sich gezielt in strukturschwachen Regionen nieder, um ihr rassistisches und antisemitisches Weltbild ungehindert ausleben und als Alternative zum »System« etablieren zu können. Diese Rückzugsorte bieten ihnen auch die Chance, ihre Kinder mit »weniger Einflüssen von außen« zu erziehen. Ihre Weltanschauung geht auf das rassistisch-antisemitische Denken der völkischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, das im Nationalsozialismus seinen Höhepunkt fand (siehe Amadeu Antonio Stiftung 2017: »Die letzten von gestern, die ersten von morgen«? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen. <https://bit.ly/2KmkUsw>).

In der konkreten Situation ist es hilfreich, die Eltern zum persönlichen Gespräch in die Kita einzuladen. Hierbei sollte es um die bestmögliche Unterstützung der Kinder gehen – ausgehend davon, dass fast alle Eltern ein gutes und bildungserfolgreiches Aufwachsen ihrer Kinder wünschen. Es sollte deutlich gemacht werden, inwiefern autoritäre und geschlechterstereotype Erziehungsstile die vielfältigen Möglichkeiten von Kindern einschränken und Entwicklungen erschweren. Auf dieser Basis kann eine strategische Arbeitsbeziehung mit den Eltern eingegangen werden, in deren Vordergrund das Kindeswohl steht. Für die Arbeit im Team ist hierbei zu bedenken: Fachkräfte, die möglicherweise von Neonazis als Feind*innen wahrgenommen werden, sollten von ihren Kolleg*innen solidarisch unterstützt und geschützt werden. Sinnvoll kann die Entwicklung eines Schutzkonzeptes sein. Arbeitsbeziehungen mit rechtsextrem orientierten oder organisierten Eltern einzugehen, beinhaltet nicht das Tolerieren von Diskriminierung – vielmehr ist wesentlich, dass sich Pädagog*innen eindeutig positionieren und auch das Einhalten der gemeinsam ausgehandelten Regeln einfordern.

Im Umgang mit den Eltern, die im Vorfeld des Kindergeburtstages um Rat gebeten haben, ist es



zunächst wichtig, ihnen für das Vertrauen zu danken und wertzuschätzen, dass sie rechtsextreme Orientierungen als Problem wahrnehmen und diese ansprechen. Das ist leider nicht selbstverständlich. Zudem ist anzuerkennen: Sie begeben sich auf die Suche nach einer Lösung, die die Situation aller Kinder mitbedenkt, sowohl der eigenen als auch der Kinder, die zum Geburtstag einladen. Auf einem Elternabend in der Kita können mögliche Alternativen besprochen werden – z.B. das Begleiten der Kinder durch ihre Eltern oder das alternative Angebot, das Fest in der Kita auszurichten.

Nicht zuletzt kann es in diesem Fall sinnvoll sein, Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, (Alltags-)Rassismus und/oder andere Diskriminierungsformen mit allen Eltern in der Einrichtung zu thematisieren. Das kann zum Beispiel in Form eines Elternabends geschehen oder mittels eines Infotages mit externen Expert*innen. Grundsätzlich kann es in diesem Fall sinnvoll sein, eine externe Fachberatung zum Thema Rechtsextremismus für das Team und den Träger begleitend hinzuzuziehen. Auf jeden Fall sollte diese Situation im Team besprochen werden.

Die Frage von Kindeswohlgefährdung

Im Kontext der pädagogischen Arbeit mit Kindern, die in rechtsextrem organisierten Familien aufwachsen, geht es auch um die Diskussion einer möglichen Kindeswohlgefährdung. Oft geraten Kinder in einen Loyalitätskonflikt zwischen den Ansprüchen der Herkunftsfamilie und den dazu diskrepanten Anforderungen im Außen. Viele werden in Freund-Feind-Bilder einsozialisiert. Das schränkt letztlich den möglichen Erfahrungsraum Heranwachsender ein. Beide Themen können den Straftatbestand der **Kindeswohlgefährdung** berühren.

Allgemein ist zu beachten: Das Elternrecht auf Pflege und Erziehung der Kinder ist ein hohes Gut in unserem Grundgesetz. Es kann, gerade aus demokratischer und historischer Perspektive, nicht darum gehen, Kinder ohne Weiteres aus ihren Elternhäusern herauszunehmen. Nicht zuletzt ist dies eine pädagogische Frage, die sich angesichts der Loyalität von Kindern gegenüber ihren Eltern stellt. Man weiß aus der Arbeit mit Kindern, die in Familien aufwachsen, die sich in christlich-fundamentalistischen Gruppierungen oder Sekten bewegen, um die kontraproduktive Wirkung, die eine gegen den Willen von Kindern durchgesetzte Herausnahme haben kann. Kinder versuchen, die ihnen zugewiesenen Pflegefamilien zu verlassen, ihnen zu ‚entfliehen‘ und zu ihren Eltern zurückzukehren – auch wenn es sich dort um nachweisbare Zwangs- und Gewaltsituationen handelt.

Aufgabe demokratischer pädagogischer Institutionen sollte es sein, Kinder zu stärken und ihnen in diesem Fall einen alternativen Erfahrungsraum zu ihrem Elternhaus zu eröffnen. Eine

Ausgrenzung der betroffenen Kinder ist keine Lösung und ist keinesfalls anzustreben. Vielmehr sollte versucht werden, den Zugang zu den Kindern zu erhalten. Kita und Schule sind diejenigen Institutionen, die es ermöglichen können, den Kindern einen demokratischen Alltag erlebbar zu machen. Insofern sehen wir die Aufgabe von Pädagog*innen zuallererst darin, hier anzusetzen und letztlich ein Fenster offenzuhalten, damit diese Kinder eines Tages selbstständig entscheiden können, ob sie einen anderen Weg gehen wollen oder erwachsener Teil der rechtsextremen Szene werden/bleiben. Es ist sinnvoll, den Kontakt zu diesen Kindern nicht zu verlieren. Von Aussteiger*innen wissen wir: Oft war ein Mensch für sie entscheidend, der sie als Person akzeptiert hat, aber – und hier reden wir vom späteren Jugend- und Erwachsenenalter – in ideologische Widersprüche verwickelt hat. Ausgrenzung ist in der Arbeit mit Kindern keine Lösung.

Rechtsextremismus und Kindeswohlgefährdung

»Kindeswohlgefährdung liegt vor, wenn die persönliche Entfaltungsfreiheit der Kinder und Jugendlichen behindert wird, denn dem im Grundgesetz verbürgten Elternrecht steht das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit seitens der/des Minderjährigen aus Art. 2 Abs. 1 GG gegenüber. (...) Es ist davon auszugehen, dass auch bei rechtsextremistisch orientierten bzw. organisierten Eltern eine große Breite des Umgangs mit Kindern und der Qualität von Eltern-Kind-Beziehungen existiert. Eine Kindeswohlgefährdung ist nicht allein durch das Aufwachsen im rechtsextremen Milieu gegeben. (...) Eine Kindeswohlgefährdung aufgrund rechtsextremistischer Erziehung kommt in Betracht, wenn es zu körperlichen Bestrafungen, seelischen Verletzungen oder anderen entwürdigenden Maßnahmen kommt. Wenn also aufgrund der Ausübung der elterlichen Sorge die körperliche und/ oder psychische Entwicklung behindert wird, persönliche Bindungen unterdrückt oder überfordernde Loyalitätskonflikte hervorgerufen werden« (Kati Lang 2010: Rechtsextremismus als Thema in der Jugendhilfe. pad e.V./ LICHT-BLICHE Projekt ElternStärken (Hrsg.), <https://bit.ly/2oGQRxH>).

Ebene II: Elternarbeit

Bevor wir uns im Folgenden mit konkreten Fällen befassen, möchten wir vorab auf die Situation von Eltern aufmerksam machen, deren Kinder von Diskriminierung betroffen sind. Nicht selten geraten diese mit ihren Bedürfnissen und Bedarfen aus dem Blick. Dies betrifft sowohl die direkte Intervention (siehe Fall 1 im Bereich »pädagogische Arbeit mit Kindern«) als auch generell präventive Aspekte. Es ist wichtig, den Eltern zu versichern, dass ihre Kinder geschützt werden und eine diskriminierungssensible Haltung Bestandteil des pädagogischen Einrichtungskonzeptes ist. Gleichzeitig ist es wichtig, darauf zu verweisen, dass Eltern sich jederzeit an die Fachkräfte wenden können und es ein kritisches, selbstreflexives Bewusstsein gerade auch in der Leitungsebene gegenüber zum Beispiel alltagsrassistischen Vorfällen gibt.

Fall II.1: »Frühzeitiges Erkennen«

Sie sind Erzieher*in in einer Kindertageseinrichtung im ländlichen Raum. In der Elternvertretung engagiert sich eine Mutter, die mit ihrer Familie vor eineinhalb Jahren in den Ort gezogen ist. Sie hat sich dafür eingesetzt, dass der Spielplatz im Ort – seit Langem zerstört und kaum benutzbar – von den Eltern in einer Gemeinschaftsaktion repariert und wiederhergestellt wird. Sie hat mittlerweile viele Freund*innen im Ort. Auf der Elternversammlung wirft sie die Frage auf, ob die Gruppenräume nicht mal gemalert und in diesem Zusammenhang neue Bilder aufgehängt werden sollten. Sie würde gern Fotos aufhängen, auf denen »unsere Kinder« zu sehen seien. »Solche Kinder, wie auf den jetzigen Bildern zu sehen sind, haben wir hier doch eh nicht«, sagt sie. Viele Eltern finden das nachvollziehbar, auch ihre Kollegin.

Diese Fallbeschreibung zeigt, wie auf subtile Art und Weise eine Unterscheidung zwischen »unseren Kindern« (»Wir«) und »anderen Kindern« (»Fremde«/»nicht dazugehörig«) sprachlich entsteht

und in den Alltag eingeschrieben wird. Die Differenzkonstruktion zwischen »Wir« und »die Anderen« ist die sprachliche Basis für verschiedene Diskriminierungsformen wie Rassismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma, Lesben, Schwulen, Trans* etc. An dieser Stelle ist uns wichtig, deutlich zu machen: Die Aussage, »Bilder mit unseren Kindern« aufhängen zu wollen, kann zunächst völlig unproblematisch sein. Wenn jedoch über »andere Kinder, die wir hier eh nicht haben«, gesprochen wird, ist es notwendig, hellhörig zu werden und nachzufragen. Insofern ist einerseits die Frage zu stellen: Wie inklusiv ist die Bezeichnung »unsere Kinder« gemeint, sind also alle Kinder einbezogen oder werden Kinder ausgeschlossen, die bestimmten Vorstellungen nicht entsprechen? Letzteres ist hier der Fall: Auch wenn in der Falldarstellung nicht beschrieben, so ging es der Mutter auf dem Elternabend darum, Bilder auszutauschen, auf denen Kinder of color¹⁸ und Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen abgebildet waren. Andererseits geht es darum zu erkennen, inwiefern mit diesen Differenzkonstruktionen Menschen bestimmten Gruppen zugeordnet und dadurch von einer »Wir-Gruppe« ausgeschlossen und/oder abgewertet werden.

Im Zuge unserer Beratungsarbeit der Kolleg*innen dieser Kita-Einrichtung und unserer Recherche vor Ort wurde deutlich: Es handelte sich bei der betreffenden Mutter um eine rechtsextreme Aktivistin. Sie beteiligte sich regelmäßig an rechtsextremen Aufmärschen und war in der Ortsgruppe des **»Ring Nationaler Frauen«** aktiv. Wie in der Fallbeschreibung deutlich wurde, ging die Mutter sehr strategisch vor: Sie versuchte, als Neuzugezogene in der Ortschaft Freund*innen zu finden und Beziehungen zu knüpfen, sie engagierte sich sozial und brachte hier zunächst nicht ihre Weltanschauung ein. In dem Moment, als sie belastbare Beziehungen aufgebaut und Vertrauen gefunden hatte, begann sie auf äußerst subtile Weise, ihre rechtsextreme Ideologie zu zeigen. Dies ist kein Einzelfall. Vielmehr handelt es sich um eine rechtsextreme Strategie, die Frauen besonders häufig in sozialen Kontexten, z.B. Kitas, Schulen, Sportvereinen, erfolgreich anwenden. Insofern ist es wichtig und unabdingbar – dies zeigt der Fall –, Diskriminierung frühzeitig wahrzunehmen, beispielsweise durch das Erkennen sprachlicher Differenzkonstruktionen von »Wir« und »die Anderen« und eine adäquate Reaktion darauf.

»Ring Nationaler Frauen«

Der »Ring Nationaler Frauen« (RNF) ist eine Unterorganisation der rechtsextremen NPD. Der RNF wurde 2006 gegründet und sieht sich als Sprachrohr für »nationale Frauen«, unabhängig von einer NPD-Mitgliedschaft. Rechtsextreme Frauen sollen durch den RNF stärker in die politische Arbeit einbezogen werden. Rechtsextreme Frauen haben sehr unterschiedliche Möglichkeiten, die rechtsextreme Ideologie voranzutreiben. Hierfür eignen sich im Besonderen Bereiche und Orte, die gemeinhin als »weiblich« und »unpolitisch« gelten (siehe Amadeu Antonio Stiftung 2015: Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Analysen und Handlungsempfehlungen, <https://bit.ly/2tFSY8v>).

Gleichzeitig möchten wir an dieser Stelle festhalten: Sozial engagierte, freundliches und ggf. sympathisches Auftreten der Frauen erschwert es deutlich, wahrzunehmen, dass es sich um rechtsextreme Aktivistinnen handelt bzw. handeln kann. Verschiedene Beispiele der letzten Jahre belegen dies. So haben sich rechtsextreme Kaderfrauen in mehreren Fällen erfolgreich über längere Zeit in die Elternarbeit in pädagogischen Einrichtungen eingebracht.¹⁹

In der konkreten Praxis war es wichtig, dass die Kollegin, die auf dem Elternabend ein ungutes Gefühl hatte, dies ernstgenommen und sich Beratung bei Expert*innen gesucht hat. In einem nächsten Schritt wurden die Kolleg*innen aus der Einrichtung auf einer Teamsitzung angesprochen, in deren Verlauf die Idee einer internen Fortbildung eingebracht und angenommen wurde. Im Team wurde entschieden, auf der folgenden Elternversammlung das Thema noch einmal aufzugreifen, also über den vorgeschlagenen Austausch der Bilder an den Wänden zu sprechen und deutlich zu machen, wo das Problem liegt. Auch mit externen Expert*innen konnten Fragen der Eltern besprochen werden. Parallel suchten zwei Kolleg*innen das Einzelgespräch mit der betreffenden Mutter und machten ihr deutlich, dass die Werte der Kita (demokratisches Leitbild)

nicht vereinbar sind mit rechtsextremer Ideologie. Perspektivisch geht es darum, mit der Mutter eine strategische Arbeitsbeziehung aufzubauen, in der das Wohl des Kindes im Vordergrund steht (siehe Interview mit Eva Prausner in dieser Broschüre).

Im Sinne von Transparenz und Offenheit empfiehlt es sich, die gesamte Elternschaft über den Fall zu informieren sowie generell über Erscheinungsformen von Rechtsextremismus lokal/regional aufzuklären.²⁰ Eltern haben ein Recht darauf, zu wissen, wer sich rechtsextrem engagiert und in welchen Elternhäusern ihre eigenen Kinder ggf. zu Gast sind. Nicht zuletzt kann dies wichtig sein, um zu thematisieren, wer sich zur Wahl in den Elternrat aufstellen lässt. Eine klare Position gegen rechts seitens der Einrichtung kann andere Eltern ermutigen, sich dagegen zu stellen.²¹ Ein Verschweigen des Problems aus Angst und Unsicherheit ist zu kritisieren und nicht hilfreich.

Fall II.2: »Bildung für das eigene Kind«

Auf der Elternversammlung wird angekündigt, dass im nächsten Quartal geflüchtete Kinder aufgenommen werden. Eine Mutter macht sich Sorgen um die Qualität der Bildung für ihre Tochter, »man wisse ja, wie sehr das Niveau sinke in diesen Multi-Kulti-Einrichtungen, nicht zuletzt aufgrund der Sprachprobleme«. Am Ende der Sitzung gibt sie eine Liste herum, auf der Unterschriften gegen die Aufnahme von geflüchteten Kindern gesammelt werden.

In der Praxis kommt es häufig vor, dass Eltern Befürchtungen darüber äußern, dass ihre Kinder weniger Bildung erfahren, wenn die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund steigt (aber zum Beispiel auch solche der sog. »Unterschicht«). Aus der Forschung und Erkenntnissen der **Migrationspädagogik**²² wissen wir: Diese Sorgen sind unbegründet. Vielmehr ist eine Vielzahl von Erfahrungshintergründen und Zugehörigkeiten von Kindern in einer pädagogischen Einrichtung ein Garant dafür, dass vielfältige Lernmöglichkeiten für alle gegeben sind.²³ Auch in der frühkindlichen Pädagogik zeigen die Praxiserfahrungen: Der Übergang Kita-Schule in multiethnischen Gruppenkontexten kann durchaus sehr erfolgreich verlaufen. Voraussetzung hierfür ist ein adäquater Personalschlüssel, entsprechende Qualifikationen und ausreichende strukturelle Ressourcen.

In der konkreten Situation auf dem Elternabend lassen sich diese Erkenntnisse aus der Wissenschaft leicht verständlich einbringen. Insofern kann es hilfreich sein, auf die geäußerten Sorgen mit einer positiv begründeten Perspektive für die zukünftige Arbeit in der Einrichtung zu reagieren und auf bereichernde Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten für alle Kinder zu verweisen. Zudem ist es möglich, eine zusätzliche Informationsveranstaltung zum Thema vorzubereiten und anzubieten. In Reaktion auf die Unterschriftenliste sind mehrere Aspekte zu betrachten. Grundsätzlich geht es um die Wahrung von Kinderrechten: So sollten alle Kinder – und somit auch geflüchtete Kinder – einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Dementsprechend ist es wichtig, freundlich und bestimmt darauf zu verweisen, dass das Sammeln von Unterschriften für diesen Zweck in der Einrichtung nicht erwünscht ist. Falls notwendig, kann auf das demokratische Leitbild der Einrichtung verwiesen werden oder auf das verfolgte Konzept einer inklusiven Pädagogik bzw. Vielfaltspädagogik.

Migrationspädagogik

Mit der Perspektive »Migrationspädagogik« richtet sich der Blick auf pädagogische Fragen, die unter den Bedingungen einer Migrationsgesellschaft bedeutsam sind. Ein zentraler Inhalt ist, wie der oder die »Andere« unter Bedingungen von Migration erzeugt werden und welchen Beitrag Pädagogik hierbei hat. Es geht also um die Macht der Unterscheidung, die Zugehörigkeitsordnungen bewirken und um die Bildungsprozesse, die diese wiederholen, (re-)produzieren oder verschieben. Migrationspädagogik richtet sich an alle Kinder und bleibt nicht bei der Beschreibung und Analyse von Unterschieden und Praxen der Unterscheidung »wir« und »nicht wir« stehen, sondern versucht diese zu verändern und zu verflüssigen (siehe dazu Mecheril, Paul 2004: Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Verlag, S. 7ff.).



Fall II.3: »Besorgte Mutter«

In ihrer Kita gibt es eine Verkleidungsecke mit Kostüm- und Schminksachen, welche die Kinder rege nutzen. Ein Junge lässt sich von ihnen die Fingernägel lackieren. Am nächsten Tag sucht dessen Mutter vehement ein Gespräch mit ihnen. Sie fragt, was das solle und erklärt, das habe einen schlechten Einfluss auf ihr Kind, Kinder sollten heutzutage nicht noch zusätzlich verunsichert werden; Jungen seien Jungen, Mädchen seien Mädchen und sie möchte, dass ihr Junge »später mal ein richtiger Mann wird«. Sie als Erzieher*in erklären, dass in ihrer Kita geschlechtliche Vielfalt und Toleranz begrüßt werden, Kinder sich ausprobieren können und dafür auch unterschiedliche Materialien zum Lesen und Spielen ausliegen, u.a. zum Schminken und Kostümieren. Die Mutter lehnt das lautstark ab, es fallen Worte wie **»Frühsexualisierung«** – hier sollten wohl Kinder mit dem »Genderquatsch« indoktriniert werden, sie erziehe ihre Kinder selbst.

In der beschriebenen Situation in der Kita geht es um altersgerechte pädagogische Angebote, die es Kindern ermöglichen, sich in unterschiedlichen Rollen und Inszenierungen auszuprobieren. Dies ist Teil der kindlichen Entwicklung. Die Annahme, Jungen würden sich nicht die Fingernägel lackieren, verweist auf geschlechtsspezifische, gesellschaftliche Zuschreibungen. Aus Perspektive von Kinderrechten, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und weiteren fachlichen Einschätzungen werden mit geschlechtsstereotypen Interventionen Bedürfnisse und Bedarfe des einzelnen Kindes nicht angemessen wahrgenommen. Kindern werden individuelle Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten, sie verlieren »unpassende« Ausdrucksmöglichkeiten, werden auf »typisches« festgelegt – kurz: Sie werden beschränkt (siehe Interview mit Stephan Höyng).

Jenseits dessen sind rechtsextreme Positionen in hohem Masse anschlussfähig an die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Anders gesagt: So finden sich beispielsweise sexistische Aussagen, stereotype Geschlechtervorstellungen (binäre und traditionelle Vorstellungen vom Junge- und Mädchen-Sein, Männlichkeit und Weiblichkeit) in vielen Milieus. Sie sind insofern anschlussfähig bzw. haben sie eine Brückenfunktion an rechtsextreme Ideologie.

»Frühsexualisierung«

Bereits 2007 wird die Formulierung einer sogenannten »Frühsexualisierung« u.a. von Gabriele Kuby, ultra-konservative katholische Publizistin, in eine Debatte eingebracht, in der eine Broschüre des Bundesamtes für gesundheitliche Aufklärung für Eltern zum Thema kindliche Sexualität diskreditiert wird. Die Neue Rechte und christlich-fundamentalistische Akteur*innen haben dieses Wort aufgegriffen und verwenden es seitdem als Kampfbegriff, um geschlechtliche Vielfalt und Sexuaufklärung anzugreifen. Mit den Mobilisierungen gegen Bildungspläne greifen weitere gesellschaftliche Gruppen das Thema auf. Familistische, homofeindliche Initiativen wie die »Besorgten Eltern« und die »Demo für alle« können sich hierüber etablieren. Letztere gehören wie die Initiative »Familienschutz« zum Kampagnennetzwerk »Zivile Koalition« von Beatrix von Storch (AfD). Die Initiative Familienschutz verschickt gezielt Flyer »gegen Gender und Frühsexualisierung« und verunsichert damit Eltern und Kita-Fachkräfte. Inhaltlich lässt sich festhalten: Die mit dem Wort »Frühsexualisierung« verbundenen Kampagnen entsprechen keinerlei fachlichen Erkenntnissen und Standards. Die Verwendung des Wortes »Genderquatsch« durch die Mutter in der beschriebenen Situation verweist auf einen weiteren Kampfbegriff der Neuen Rechten: »Genderwahn«. Diese Debatte begann 2006 im bürgerlichen Feuilleton und wurde umgehend von der rechtspopulistischen Zeitung »Junge Freiheit« aufgegriffen. »Gender« hat sich als Chiffre etabliert und fungiert als zentrale rechtsextreme Klammer gegen Gender Mainstreaming, Gleichstellungspolitiken, Gender Studies, Feminismus und Sexuaufklärung (vgl. zum Thema den Diskursatlas Antifeminismus, <http://www.diskursatlas.de> oder Laumann, Vivien/Debus, Katharina 2018: »Frühsexualisierung« und »Umerziehung«? Pädagogisches Handeln in Zeiten antifeministischer Organisationen und Stimmungsmache. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Hamburg: Marta Press, S. 275 – 301).

Pädagogik der vielfältigen Lebensweisen

Kinder wachsen heute in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft auf. Die Auseinandersetzung mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten von Menschen und die Beschäftigung mit Strategien von Antidiskriminierung und Solidarität werden daher in der pädagogischen Arbeit immer wichtiger. In Kitas sind Kinder meist zum ersten Mal in einer größeren Kindergemeinschaft. Sie haben dort die Möglichkeit, die Vielfalt an Unterschieden und Gemeinsamkeiten auf der Grundlage von gleichen Rechten und gleichen Möglichkeiten kennenzulernen. Es gibt nicht die eine »Bilderbuchfamilie«, wie wir sie noch immer in den meisten Kinderbüchern vorfinden. Materialien in den Einrichtungen und der pädagogische Umgang sollte die Vielfalt von Lebensrealitäten berücksichtigen, die für Kinder eine Rolle spielen. Das bedeutet möglichst einen Verzicht auf Klischees und Zuschreibungen. Eine Pädagogik der vielfältigen Lebensweisen zielt auf die Auseinandersetzung mit Grundfragen des vielfältigen menschlichen Zusammenlebens, z.B. durch die sichere und selbstverständliche Beschäftigung mit unterschiedlichen Familien (vgl. Queerformat 2013: Vielfalt fördern von klein auf, <https://bit.ly/2tGmLxI>, S. 18f.). Für Berlin hat die Initiative Queerformat einen Medienkoffer »Familien und vielfältige Lebensweisen« erarbeitet, der ausgeliehen werden kann. An den Materialien kann sich aber auch außerhalb Berlins gut orientiert werden: <https://bit.ly/2MoCAkn> und <https://bit.ly/2yISDHT>.

In der konkreten Bearbeitung des Falles würden wir empfehlen, die Mutter zu einem Einzelgespräch in die Kita einzuladen. Die aktuelle Gesprächssituation scheint nicht geeignet, um ein fachliches Gespräch mit ihr zu führen. In einem extra vereinbarten Einzelgespräch ist es möglich, die Vorteile der **Pädagogik vielfältiger Lebensweisen**²⁴ und der Wahlfreiheit in Sozialisationsprozessen konstruktiv aufzuzeigen. Hilfreich ist die Grundannahme, dass die allermeisten Eltern ihre Kinder lieben und sie fördern und unterstützen. Die Wortwahl der Mutter (»Gender-Quatsch«, »Frühsexualisierung«, »richtiger Mann«) gibt Grund zu der Annahme, dass diese sich im Kontext (neu-)rechter oder fundamentalistischer Ideologien verortet oder bewegt. Daher wäre es gut, dar-

auf vorbereitet zu sein, dass das Gespräch durchaus kontrovers verlaufen kann. Wichtig ist es, das Kindeswohl und das damit verbundene Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit als Ziel des Gespräches im Blick zu behalten. Hier kann auch darauf verwiesen werden, dass sie in der Kita selbstverständlich dem Jungen weiterhin ermöglichen, sich vielfältig auszuprobieren und diese fachliche Haltung generell der pädagogischen Arbeit im Team zugrunde liegt. Der Dialog mit der Mutter kann eine wichtige Basis für eine strategische Arbeitsbeziehung sein, in der die Interessen und Bedürfnisse des Kindes im Vordergrund stehen.

Zudem wäre es förderlich, im Team darüber zu beraten, ob eine Fachveranstaltung mit externen Expert*innen für einen Elternabend zum Thema »Geschlechtliche Vielfalt« sinnvoll ist. Auf jeden Fall ist es hilfreich, pädagogisches Informations- und Fortbildungsmaterial zum Thema zu bestellen, den Kolleg*innen im Team und den Eltern zu empfehlen und in die pädagogische Arbeit mit den Kindern einzubeziehen.

Ebene III: Arbeit im Team und mit Träger

Fall III.1: »Feindschaft gegenüber Geflüchteten«

Sie laden als Leiterin einer Kita das Team zu einem gedanklichen Austausch ein. Sie kündigen an, dass in Absprache mit dem Trägerverein nach den Sommerferien geflüchtete Kinder aufgenommen werden sollen. Sie möchten hierzu mit den Kolleg*innen in den fachlichen Austausch treten. Unmittelbar nach Ihrer Ankündigung äußert sich eine Kollegin emotional: »Wenn hier Flüchtlinge reinkommen, dann werde ich sofort schwanger oder kündige.« Die Kollegin erhält Unterstützung von einer anderen langjährigen Mitarbeiterin. Gegenwind wird deutlich, als der neue Praktikant von der Hochschule durchaus ebenso emotional äußert, dass er dies äußerst rassistisch finde und in solch einer Kita nicht arbeiten wolle.

Hier zeigt sich ein Konflikt im Team. Als Leitungskraft sind Sie herausgefordert, unmittelbar auf zwei Ebenen zu reagieren: Zum einen ist es unabdingbar, Rassismus und Geflüchtetenfeindlichkeit zurückzuweisen – grundsätzlich und in der Form, wie es in der Aussage deutlich wird. Zum anderen ist es wichtig, dies auf eine Art und Weise zu tun, die es ermöglicht, mit der Kollegin im Gespräch zu bleiben. Hilfreich wäre unmittelbar nachzufragen, warum sie diese Aussage trifft und welche Erfahrungen damit konkret verbunden sind. Hier geht es darum, Dialogbereitschaft zu signalisieren, das Thema aber auf eine sachliche Ebene zu bringen. Gleichzeitig wird kenntlich gemacht, dass problematische Aussagen nicht hingenommen, stehengelassen oder gar geteilt werden. Je nachdem, wie die Kollegin sich äußert, kann es verschiedene weitere Schritte erfordern. Handelt es sich um eine spontane, möglicherweise eine auf Überforderung zurückzuführende Aussage, die nicht ideologisch gefestigt ist, so ist es wichtig, sachliche Informationen zum Thema Flucht und der Situation geflüchteter Kinder sowie über pädagogische Konzepte zu geben. Auch weiterhin ist es nötig, mit der Kollegin in Kontakt und kontinuierlich über das Thema im Dialog zu bleiben. Die Informationen können zum Beispiel über (interne) Fortbildungen, fachliche Weiterbildungen und pädagogische Strategien in der Arbeit mit geflüchteten Kindern vermittelt werden. Grundsätzlich kann es sinnvoll sein, auf diskriminierende Aussagen so zu reagieren, dass man nach konkreten Erfahrungen mit realen Menschen fragt. In den allermeisten Fällen lässt sich hinsichtlich der Antwort herausstellen, dass es sich um Gerüchte und Mythen handelt oder um Aussagen, die in unzulässiger Weise verallgemeinern. Der Bezug auf gemachte Erfahrungen ermöglicht insofern eine Entmystifizierung und verpflichtet auf die konkrete Praxis.

In der konkreten Reaktion ist es sinnvoll, den Praktikanten inhaltlich zu bestärken und auf seine kritische Haltung positiv zu verweisen. Es kann sinnvoll sein, seine Aussage berufsethisch und menschenrechtlich weiter auszuformulieren. Das kann beinhalten, darauf zu verweisen, dass alle Menschen und damit auch alle Kinder gleichwertig und gleichberechtigt sein sollten und ein Recht auf gleiche Chancen, auf Bildung und Partizipation in der Gesellschaft haben sollten.

Sollte im Verlauf dieser Diskussion (oder auch darauf folgenden) deutlich werden, dass die betreffende Fachkraft von Hass geprägt ist und ihre Aussagen auf eine rassistische Ideologie

bzw. entsprechende Weltanschauung deuten, bedarf es weiterer Schritte. Hierzu ist es sinnvoll, den Träger um Unterstützung zu bitten. Eine Vorbereitung hierfür besteht darin, im Protokoll der Sitzung oder des gedanklichen Austausches mit der Kollegin die Kontroverse mit konkreten Aussagen (Wortlaut) festzuhalten. Dies sollte für alle Teilnehmenden transparent sein. Perspektivisch sollte ein Gespräch zwischen Trägerleitung und der Fachkraft anberaumt werden, in dessen Verlauf deutlich wird, dass die geäußerte Meinung konträr zu den fachlichen Standards und dem demokratischen Leitbild der Kita (vgl. Ebene IV) steht. Für das weitere Vorgehen sollten für diesen Fall u.U. arbeitsrechtliche Schritte in Betracht gezogen werden (siehe dazu die folgenden Fälle).

Die Fallbeschreibung zeigt, dass eine weitere Kollegin der Aussage zustimmt. Was sich hier andeutet, ist eine Situation, die uns in unserer Beratungstätigkeit seit 2016 häufiger begegnet: Kita-Leitungen oder Kolleg*innen erleben Situationen, in denen sie nicht mehr selbstverständlich von einem menschenrechtlichen Konsens im Team (oder auch in Elternversammlungen) ausgehen können. Dies ist eine Herausforderung und es gibt hierfür keine einfachen Lösungen.

Es empfiehlt sich, sich im Team über das Selbstverständnis auszutauschen und Raum für Bedenken und Ängste zu geben. Als Einrichtungsleitung sollte man sich darüber bewusst sein, dass mediale Diskurse auch auf die Mitarbeiter*innen in der Einrichtung einwirken. Nur wenn Vorurteile und Ressentiments geäußert werden, können sie bearbeitet werden. Es ist daher sinnvoll, durch Schulungen mehr Wissen zu vermitteln über die Situation von Geflüchteten in Deutschland und den Herkunftsländern, die Asylpolitik und Regelungen sowie Alltag von Unterbringungen. Durch Wissen und Empathie lassen sich Vorurteile abbauen. Leider gehört dazu auch, sich auf Angriffe flüchtlingsfeindlicher Akteur*innen im Sozialraum vorzubereiten oder darauf zu reagieren, ebenso auf Vorurteile und Äußerungen von Eltern. Nicht selten werden soziale Anliegen, z.B. die Ausstattung in Kindertagesstätten, durch rechtspopulistische Akteur*innen instrumentalisiert – unter dem Motto »zuerst an unsere Kinder denken«. Eine Kita, die sich offen zu ihrer Willkommenskultur bekennt, kann feindlichen Angriffen und Vorwürfen ausgesetzt sein. In solchen zugespitzten Situationen ist es notwendig, Expert*innen aus der Rechtsextremismusprävention hinzuzuziehen und ggf. über Schutzkonzepte zu sprechen.



Fall III.2: »Wahrnehmung von Rassismus«

Sie arbeiten in einer größeren Einrichtung als Leiter*in mit Kolleg*innen mit verschiedenen ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten. Ihnen fällt eine Kollegin auf, die gegenüber anderen Kolleg*innen ohne Migrationsgeschichte wertschätzend und freundlich ist, gegenüber migrantischen Kolleg*innen sehr stark distanziert, manchmal unfreundlich. In einem Nebengespräch unter Kolleg*innen, das sie als Leiterin mithören, äußert sich diese Kollegin abwertend gegenüber einem Jungen, der in einer Familie aufwächst, in der die Großeltern aus der Türkei nach Deutschland eingewandert sind. Sie sagt: »Kein Wunder, dass der so häufig andere Kinder schlägt, dem werden zu Hause als Junge eh keine Grenzen gesetzt, der darf eh alles und viel mehr als seine Schwestern«.

In der Fallbeschreibung wird als Erstes eine Situation geschildert, in der die Möglichkeit einer Ungleichbehandlung von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen durch eine Kollegin angedeutet wird. Auch wenn es sich hierbei erst einmal um eine Wahrnehmung handelt, die in einem Gespräch nicht immer und unmittelbar nachvollziehbar vermittelt werden kann, ist es wichtig, diese ernst zu nehmen. Im Sinne der Parteilichkeit mit von Ausgrenzung und Diskriminierung Betroffenen gilt es, hier genauer hinzusehen und die Bedarfe und Bedürfnisse von rassismuserfahrenen Personen zu erfragen und diese ggf. zu unterstützen.

In der folgenden Situation hören Sie eine Aussage mit, in der die Kollegin sich **kulturalisierend** und damit rassistisch abwertend äußert. Nicht mehr der einzelne Junge und dessen Familie werden betrachtet, sondern diese als Vertreter*innen einer »Kultur«. Damit geraten individuelle pädagogische Handlungsmöglichkeiten aus dem Blick. Das Verhalten wird rein »aus deren Kultur« »erklärt«. Kinder mit türkischem Familienhintergrund werden damit als »andere« markiert und generalisierend abgewertet. Je nach Situation und Konflikttyp ist es hier möglich, entweder unmittelbar in die Unterhaltung einzugreifen und auf die problematisch-rassistischen Aussagen hinzuweisen, nachzufragen, sich zu positionieren und das Gespräch zu suchen. Möglich ist auch, dies im Nachgang in einem persönlichen Gespräch weiter auszuführen und zu erklären. Perspektivisch kann es hilfreich sein, für das Team rassismuskritische Fortbildungen anzubieten und über das Thema im Gespräch zu bleiben.

Ebene IV: Umgang mit rechtsextrem engagierten Kolleg*innen und arbeitsrechtliche Fragen

Im folgenden Kapitel beschreiben wir Fälle, die arbeitsrechtliche Fragen aufwerfen. Es handelt sich um medial diskutierte Situationen, die veröffentlicht und durch Quellen belegt wurden.²⁵

Fall IV. 1 und 2: »Aktivistinnen in der Kita«

Birkhild T. ist seit vielen Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv, z.B. bei Festen der NPD. Die fünffache Mutter organisierte jahrelang eine kleine »nationale Frauengruppe« und unterstützte diese u.a. in Erziehungsfragen. Bis zum Verbot schickte Birkhild T. die eigenen Kinder zur ‚Heimattreuen Deutschen Jugend‘. Als Erzieherin war sie langjährig in einer kommunalen Einrichtung in Niedersachsen angestellt. Nach dem Ende einer langjährigen Erziehungszeit kehrt sie in ihren Beruf zurück. Die Recherchen einer Journalistin machen ihre Tätigkeit in der rechtsextremen Szene öffentlich. Einige Kolleg*innen sehen keinen Bedarf, die Zusammenarbeit zu beenden: Birkhild T. habe gut mit den Kindern gearbeitet und die Ideologie außen vor gelassen. Eine Elterngruppe engagiert sich für eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Dies erweist sich für den kommunalen Träger als äußerst schwierig. Erst nach drei Jahren und verschiedenen Verfahrensschritten gelingt es, den Vertrag zu beenden.

Eine christliche Kita beendet das Arbeitsverhältnis mit der Erzieherin Nicola B. Unerkannt war sie mehrere Jahre als Moderatorin für das rechtsextreme Internetportal Thiazi tätig. Dort hetzte sie antisemitisch und gegen Sinti und Roma. Noch vor ihrer Entlassung aus der Kita

distanzierte sich Nicola B. von »rechtsradikalem und nationalsozialistischem Gedankengut«. Dies passe nicht »zu meinen streng katholischen Grundwerten«, sagte sie. Nicola B. hatte sich jedoch bereits früher offen rassistisch geäußert. Als Erzieherin in Rheinland-Pfalz schrieb sie, dass es in ihrem Ort »keinen einzigen Schwarzen (gibt). Wenn ich in die nächste größere Stadt fahre, ist das Bild aber schon wieder ein völlig anderes, und dort würde ich mein Kind auch um keinen Preis in die Kita schicken wollen.« Nach der Veröffentlichung der rechtsextremen Tätigkeit von Nicola B. durch die Antifa Freiburg zeigt sich die Vereinsvorsitzende der Kindertagesstätte in einer ersten Äußerung sehr erstaunt. Auch nach Rücksprache mit Eltern und Kolleg*innen vermittelt sie, dass sie keinen Anlass für eine Beendigung der Zusammenarbeit sehe, solange Frau B. sich weiter an die Grundsätze des Vereins halte: »Solange sich alle Mitarbeiter dienstlich wie privat an unsere Grundsätze zur Nächstenliebe halten, sehen wir keinen Anlass, etwas zu unternehmen«. Wenige Tage später beendet der Verein die Zusammenarbeit mit Nicola B.

Kulturalisierung

Kulturalisierung bedeutet eine einseitige Wahrnehmung der Kinder allein entlang ihrer »scheinbaren« Kultur (oder natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeit). Damit werden zum Beispiel (soziale) Konflikte als kulturelle Differenzen dargestellt. Mit dem Rückgriff auf diese Differenz ist häufig die Vorstellung von einer »natürlichen«, wesenhaften, unveränderbaren Zugehörigkeit von Einzelnen zu kulturellen Gruppen verbunden. Kultur erscheint hierbei nicht als individuell oder familiär angeeignet und variabel, sondern als unveränderlich. Die mit einer bestimmten Kultur in Verbindung gebrachten Menschen »sind dann eben so«. Eine alleinige Fokussierung auf die »Kultur«-Dimension in der pädagogischen Arbeit blendet rechtliche und sozialstrukturelle Ungleichheiten aus. Von Kulturrassismus ist zu sprechen, wenn ein Hinweis auf die »gegebene kulturelle Andersheit« direkt oder indirekt der Legitimation der Herabsetzung und Ausgrenzung der »Anderen« dient. Kulturalisierungen gehen oft mit bestimmten Geschlechterstereotypen und Vorstellungen von »fremden« Frauen und Männern einher. Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen sprechen heute meist von »Kultur«, wenn sie sich rassistisch abgrenzen (siehe dazu Mecheril, Paul 2004: Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Verlag).

In der Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten oder organisierten weiblichen Fachkräften sind wir mit dem Prinzip der ‚doppelten Unsichtbarkeit‘ konfrontiert: Den Kolleg*innen fällt es oft schwer, sich mit der Tatsache, dass die ‚nette Kollegin‘ über ein rechtsextremes Weltbild verfügt, auseinanderzusetzen oder sich von dieser inhaltlich abzugrenzen. Konzentriert wird sich – und dies entspricht auch unseren Beratungserfahrungen – auf den ‚liebvollen‘ und auf den ersten Blick unideologischen Umgang der Fachkraft mit den Kindern. Ein netter, liebevoller, als ‚mütterlich‘ wahrgenommener Umgang mit Kindern reicht aus, damit die mögliche rechtsextreme Weltanschauung in den Hintergrund tritt oder gar nicht als Problem wahrgenommen wird. So scheinen in den von uns gegebenen Beispielen eine oder mehrere Kolleg*innen, im zweiten Beispiel auch die Leitung, davon auszugehen, dass es möglich ist, die rechtsextreme politische Weltanschauung ‚draußen zu lassen‘. Indessen wird bei dieser Annahme unterschätzt und verkannt: Das Auftreten und pädagogische Handeln der rechtsextremen Kollegin kann einen wichtigen Teil ihrer Strategie darstellen. Zusätzlich wird die Gefährlichkeit der Ideologie der Ungleichwertigkeit unterschätzt. Nett und ‚mütterlich‘ zu sein, bedeutet mitnichten, allen Kindern ungeachtet ihrer jeweiligen Hintergründe gleichermaßen gerecht zu werden oder sie gleichwertig zu behandeln. Eine rechtsextreme Weltanschauung kann nicht wie ein Kleidungsstück für die Dauer eines Arbeitstages an der Garderobe abgegeben werden. Freundlich und fürsorglich aufzutreten und die menschenverachtende rechtsextreme Ideologie zu leben, muss nicht im Widerspruch zueinander stehen.

In der Auseinandersetzung mit einer rechtsextrem orientierten oder organisierten Fachkraft



ist die gesamte Einrichtung gefordert. Erhärtet sich ein möglicher Verdacht oder stellt sich als richtig heraus und wird die Entscheidung getroffen, sich von der jeweiligen Kollegin zu trennen, müssen vier Ebenen systematisch in den Blick genommen werden: **Erstens** muss gezielt auf Team-Ebene gearbeitet werden – das illustrieren auch unsere Beispiele. Es gilt dabei, für rechtsextreme Erscheinungsformen und rechtsextreme Ideologien zu sensibilisieren und deutlich zu machen, warum diese mit einer demokratischen Weltanschauung und einer an den Menschenrechten orientierten Pädagogik nicht zu vereinbaren sind. Ebenso unumgänglich ist es **zweitens**, dass die Leitung und der Träger sich ihrer Vorbildfunktion bewusst werden, sich klar und bestimmt gegen rechtsextremes und rassistisches Gedankengut in der Einrichtung und damit auch bei den Kolleg*innen positionieren und in der Lage sind, die Trennung von der jeweiligen Fachkraft auch inhaltlich begründen zu können. Zudem ist es **drittens** ihre Aufgabe, die Eltern über den Schritt zu informieren. So kann ein Infoabend zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus unter Einbeziehung von (lokalen) Expert*innen ein geeignetes Mittel sein, sowohl auf die gesamte Problematik hinzuweisen als auch das Handeln von Leitung und Team zu erklären. Mit den Expert*innen können konkrete Fragen und Unsicherheiten der Eltern besprochen werden. Außerdem sind diese in der Lage, eine Einschätzung der regionalen rechtsextremen Strukturen und Strategien zu geben. Auf die meisten Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Es ist notwendig, dass Fachkräfte und demokratisch orientierte Eltern hierzu eine Position erarbeiten. Ebenso unerlässlich ist eine vertrauensvolle Kommunikation, aber auch das Wissen darum, wie rechtsextreme Erziehung zu erkennen ist und was sie ausmacht. Nicht zuletzt ist es **viertens** wichtig, die Trennung von der Kolleg*in auch gegenüber den Kindern zu erklären. Altersgerecht ist aufzubereiten, warum in der Einrichtung kein Platz für eine derartige Weltanschauung ist. Den Kindern muss ausreichend Raum dafür gegeben werden, Fragen zu stellen und Gefühle wie Traurigkeit und Verlust äußern zu können.

Maßgebend förderlich ist die Entwicklung eines demokratischen Leitbildes, das dem Alltag in der Einrichtung zugrunde liegt. Es handelt sich hierbei um einen längerfristigen Prozess, in dessen Verlauf Kolleg*innen miteinander aushandeln und möglichst konkret formulieren, was ein demokratisches Miteinander in der Kita für sie heißt. Dabei wird geklärt, was unter Diskriminierung, z.B. unter rassistischen Äußerungen, zu verstehen ist. Wichtig ist hierbei, bereits im Leitbild konkret zu klären und zu beschreiben, in welcher Form diskriminierende Aussagen sprachlich beginnen (»Wir« vs. »die Anderen«, verbunden mit Auf- und Abwertung und damit

einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen). Diese konkrete Klärung ermöglicht eine erhöhte Sensibilität gegenüber diskriminierenden Aussagen und Herrschaftsverhältnissen unter den Kolleg*innen generell; Leitbilder sollten nicht abstrakt formuliert sein oder als Kopiervorlage vorgegeben werden, sondern gemeinsam formuliert und diskutiert werden. Wenn im Leitbild geklärt ist, wann eine Ideologie der Ungleichwertigkeit sprachlich beginnt und was diese inhaltlich ausmacht, kann dies die Basis sein, um arbeitsrechtliche Schritte zu begründen. Dazu müssen Sie in einem persönlichen Gespräch dem Gegenüber nachweisen, dass die betreffende Person von einer Ungleichwertigkeit von Menschen ausgeht bzw. eine entsprechende Aussage vertreten hat. Wenn im Arbeitsvertrag auf das demokratische Leitbild verwiesen wird, kann dieser Verstoß arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.²⁶

Fall IV.3: »Flüchtlingsfeindliche Postings«

Sie sind Erzieherin in einer Kita. Auf Facebook sehen Sie ein Posting einer Kollegin, das ihre Arbeit betrifft: »Wenn wir tatsächlich demnächst mit Flüchtlingskindern arbeiten müssen, werden die schon sehen was sie davon haben. Ich werde ihnen das Leben zur Hölle machen.«

Ein solches Posting ist grundsätzlich schockierend, unabhängig davon, ob ihnen die schreibende Person bekannt ist. Schockierend ist es, weil es eine offene rassistische Herabwürdigung von Kindern beinhaltet sowie die Drohung, die ablehnende Haltung an geflüchteten Kindern und/oder ihren Eltern auszuleben. Handelt es sich um eine Kollegin, kommt eine persönliche Ebene hinzu und damit eine Verantwortlichkeit.

Diese persönliche Ebene bringt manche Menschen dazu, zu schweigen. Das ist kontraproduktiv und widerspricht fachlichen Standards. Die persönliche Ebene kann durchaus eine Chance beinhalten. Wenn ein persönlicher Kontakt vorhanden ist, besteht die Möglichkeit, über das Posting zu sprechen. Diese Diskussion sollte – bei persönlicher Bekanntschaft – nicht in der Facebook-Öffentlichkeit geschehen, also nicht durch einen öffentlichen Kommentar oder gar Streit unter dem Posting, sondern per Privatnachricht und/oder als persönliches Gespräch. Hierbei empfiehlt es sich, nach den Beweggründen zu fragen und verständlich zu begründen, warum der Post rassistisch und problematisch ist. Weiterhin gilt es, eine kritische Reflexion anzuregen und Hilfe anzubieten. Sie können darauf hinweisen, dass es dem persönlichen und beruflichen Ansehen der Erzieherin selbst schadet, gegen Geflüchtete zu hetzen – und auch dem Arbeitgeber, soweit er in ihrem Profil benannt wird. Sollte sich die Erzieherin einsichtig zeigen und den Post löschen, müssen keine weiteren arbeitsrechtlichen Schritte bedacht werden. Gleichzeitig sollten sie jedoch das Thema Anti-Rassismus als Querschnittsthema in ihr Team im Sinne von Fortbildungen und Auseinandersetzungen einbringen. Außerdem sollten Sie im Weiteren die Online-Aktivitäten und Offline-Positionierungen der Kollegin im Auge behalten.

Sollte die Erzieherin ihren Post verteidigen oder sogar weitere rassistische Aussagen machen oder ist das Posting nur ein rassistischer Vorfall in einer ganzen Reihe von Vorfällen (online oder offline), ist ein Gespräch mit der Kitaleitung angebracht. Wir verweisen an dieser Stelle auf die weiter oben genannten Schritte. Die Leitung sollte ein Gespräch mit der Erzieherin suchen, die Tragweite ihrer Handlung sowie den Konflikt mit dem berufsethischen Selbstverständnis von Pädagog*innen und dem Leitbild der Einrichtung verdeutlichen.

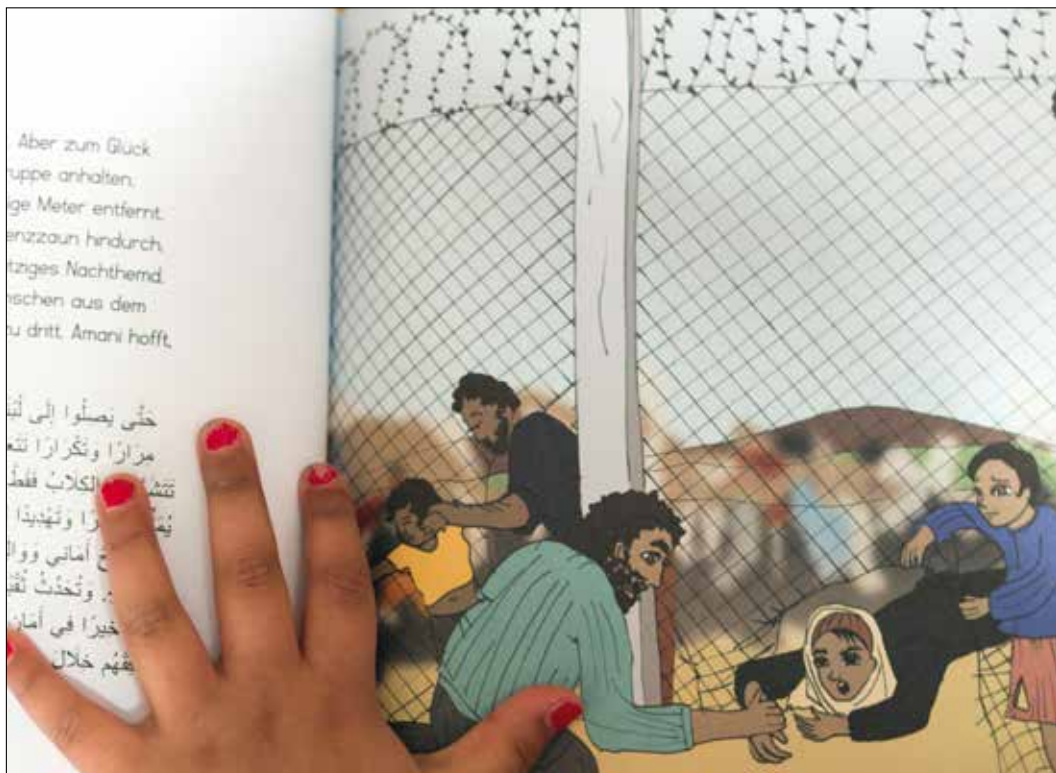
Für Leitungskräfte ist es hilfreich, über mögliche arbeitsrechtliche Schritte bezogen auf den Online-Bereich und die damit verbundene aktuelle Rechtsprechung informiert zu sein. Die Leitung der Einrichtung sollte sich ggf. mit ihrem Träger oder Dachverband absprechen, um juristische Expertise im Zuge einer angestrebten Kündigung hinzuzuziehen. Seit einiger Zeit ist es unter bestimmten Bedingungen möglich geworden, Arbeitsverträge zu kündigen, wenn die Arbeitnehmer*in sich in sozialen Netzwerken rassistisch, antisemitisch oder menschenfeindlich hetzend äußert – allerdings muss bei einem Posting in sozialen Netzwerken der Bezug zur Einrichtung klar vorhanden sein, etwa durch Nennung des Arbeitgebers.

Sie sollten allerdings auch über einen Umgang nachdenken, wenn eine Trennung nicht möglich

ist. In diesem konkreten Fall spricht die hetzende Person eine Bedrohung gegenüber geflüchteten Kindern aus, mit denen sie möglicherweise zeitnah arbeiten wird. Sie verlässt damit jede fachliche und menschenrechtliche Ebene. Offensichtlich ist es nicht empfehlenswert, sie mit geflüchteten Kindern arbeiten zu lassen. Auch ihr Umgang mit anderen Kindern in Bezug auf Ausgrenzung und Diskriminierung sollte betrachtet werden. Bei größeren Trägern kann vielleicht eine andere Aufgabe im Bereich der Verwaltung gefunden werden.

Das Posting ist zwar rassistisch, aber nicht strafrechtlich relevant. Es nützt also nichts, das Posting beim sozialen Netzwerk zu melden oder bei der Polizei anzuzeigen. Dies gilt auch für Postings die rassistisch argumentieren, aber noch keine Drohung beinhalten, wie »unsere Einrichtung zerfällt aber für Die ist Geld da« oder ähnliche. Wenn es in einem sozialen Netzwerk in einer Gruppe geschieht, besteht die Möglichkeit, es den Administrator*innen der Gruppe als unangemessen zu melden, um ein solches Posting zu löschen. Sie sollten allerdings einen Screenshot anfertigen, falls Sie einen Beleg für das Posting brauchen, etwa für ein späteres Gespräch mit der Kitaleitung. Bei Unsicherheiten, ob ein Posting strafrechtlich relevant ist, gibt es Adressen im Internet²⁷, die helfen können. Hier sitzen Expert*innen und Jurist*innen, die versuchen, strafbare oder jugendgefährdende Inhalte aus dem Netz zu bekommen.

Des Weiteren verfügen Sie auch über Handlungsmöglichkeiten, wenn eine Ihnen nicht bekannte Erzieherin diesen Inhalt posten würde. Natürlich könnten Sie diese mit einer persönlichen Nachricht anschreiben oder unter ihrem Posting kommentieren – allerdings ist die Bereitschaft, sich mit Kommentaren von Fremden auseinanderzusetzen, in der Regel eher gering. Sollte die Erzieherin ihren Arbeitgeber im Profil angegeben haben, können Sie ihn über das Verhalten der Mitarbeiterin informieren. Denn wenn Sie, als außenstehende Person, diese Verbindung herstellen können, dann ist es auch für den Arbeitgeber relevant, da auch Eltern sich an dieser öffentlichen Äußerung stören können. Zu beachten ist allerdings, dass Menschen im Internet manchmal falsche Arbeitgeber angeben. Daher ist es wichtig, nicht zum Shitstorm auf eine Einrichtung oder einen Träger aufzurufen (»XY beschäftigt Rassistinnen!«), sondern das Gespräch zu suchen.²⁸



Handlungsempfehlungen aus unserer Arbeit

Enrico Glaser und Judith Rahner (Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus)

Die in dieser Handreichung vorgestellten Fälle aus der Praxis sowie die nachfolgenden unterschiedlichen Perspektiven von Kooperationspartner*innen geben eine Fülle an Handlungsempfehlungen und Tipps in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hier werden diese zusammengefasst – und um Hinweise für Materialien und nützliche Quellen ergänzt. Die Handlungsempfehlungen nehmen auf unterschiedliche Ebenen in Kitas und Kindertagesbetreuungen Bezug: auf die pädagogische Arbeit mit Kindern, die Arbeit und Erziehungspartnerschaften mit Eltern und Erziehungsberechtigten, das Zusammenwirken im Team, Verantwortlichkeiten von Leitungen und Einrichtungs- bzw. Angebotsträgern, Fragen der Materialauswahl und -verwendung sowie der Einrichtungsgestaltung. Alle diese unterschiedlichen Ebenen sind relevant, um effektiv gegen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung vorzugehen.

Pädagogische Arbeit mit Kindern

Grundlegend ist eine pädagogische Arbeit, die sich an Demokratie und Diversität orientiert. Dabei geht es zum einen darum, Unterschiedlichkeit und Diversität in der Kita abzubilden und erfahrbar zu machen – z.B. dadurch, dass Kinder oder Erzieher*innen unterschiedlicher Herkunft oder mit vielfältigen religiösen Bezügen oder Befähigungen selbstverständlicher Teil der Einrichtung sind. Zum anderen ist es wichtig, mit Vielfalt fachlich professionell umzugehen. Das bedeutet, die Kinder als Individuen in den Fokus zu stellen, sie als solche anzusprechen und sie nicht auf vermeintliche Zugehörigkeiten zu einer Gruppe zu reduzieren oder als »die Türken« oder »muslimischen Kinder« zu adressieren oder anzusprechen. Damit können starre Zuschreibungen und stereotype Rollen- oder Gruppeneigenschaften mit festen Eigenschaften vermieden werden. Die sozialen Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten von Kindern sollten jedoch nicht tabuisiert werden, stellen diese doch eine mögliche Grundlage für Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen von Kindern und deren Familien dar. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit Fluchtgeschichte oder mit homosexuellen Eltern diskriminierende Erfahrungen gemacht haben, ist sehr hoch. Entsprechend sensibel und fachlich professionell ist mit diesen Erfahrungen umzugehen. Kinder mit solchen (potenziellen oder vermuteten) Erfahrungen gilt es zu empowern – also zu stärken –, ohne sie als »andere« zu stigmatisieren. Hier helfen zum Beispiel Kinderbücher und Spielmaterialien, die nicht nur eine Norm wiedergeben oder Mehrheiten darstellen, sondern vielfältige Identifikationsangebote zur Verfügung stellen (s. unten). So kann die Heldin in einem Kinderbuch ein muslimisches Mädchen sein oder der Junge im Rollstuhl. Eine Repräsentationsvielfalt in der Kita wirkt sich auch positiv auf das Denken von Kindern ohne Diskriminierungserfahrungen aus. Es baut Stereotype ab und verhilft zu einer positiven Haltung gegenüber Vielfalt.

Darüber hinaus sind ein aktives Eintreten und eine Positionierung vonseiten der Fachkräfte im Falle von Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung notwendig. Für den Umgang mit Kindern bedeutet das, ein »Verständnis für faires und unfaires Verhalten [...] zu fördern« und von Diskriminierung betroffene Kinder darin »zu bestärken sich zu wehren und bei anderen Kindern ein helfendes Verhalten zu befördern«, wie es in der Broschüre »Fair in der KITA« des Antidiskriminierungsbüros Sachsen heißt.

- Die Broschüre »**Fair in der KITA**« des Antidiskriminierungsbüros Sachsen (2010) vermittelt Grundlagen einer Pädagogik der Antidiskriminierung und versammelt praktische Tipps: <https://bit.ly/2M3qfWp>.
- Weitere »**Grundlagen für eine diskriminierungsfreie Pädagogik im Kindergarten**« enthält eine Broschüre von Reachout Berlin (2017): <https://bit.ly/2ObJwCm>.

Diskriminierung im Kitaalltag

Kinder erfahren täglich – auch in der Kita –, was als »normal« gilt. Sie lernen, welche Herkunft besser angesehen ist und welche kulturellen und sozialen Lebensweisen oder Identitäten als Abweichung wahrgenommen werden. Auch wenn der Umgang von Kindern mit Differenz meist spielerisch geschieht, kann er doch für einige Kinder ausschließend sein und sie als *andere* markieren. Unreflektierte, aber dennoch rassistische, sexistische oder homofeindliche Alltagshandlungen sind weit verbreitet. Diese Handlungen haben einen Einfluss auf die Unvoreingenommenheit von Kindern.

Sensible und bewusste Sprache

Um dem entgegenzuwirken, ist zunächst auf die Sprache zu achten. Sprache drückt Wirklichkeit aus. Äußerungen haben immer auch eine Wirkung, die verletzend oder wertschätzend sein kann. Über Sprache werden Werte, Vorstellungen und Normen vermittelt. Sprache und nonverbale Kommunikation spiegeln gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse wider. Diese gilt es, sich bewusst zu machen. Wird eine Sprache in den Kategorien *wir* und *die anderen* verwendet? Werden bestimmte Kinder aufgefordert, *uns* doch mal von den Bräuchen und Traditionen ihrer oder seiner *Kultur* zu erzählen? Damit wird dem Kind das Gefühl gegeben, anders zu sein als die anderen Kinder. Den anderen Kindern wird wiederum signalisiert, dass dieses Kind *anders* sei.

Es gibt nicht die **eine** nichtdiskriminierende Sprachform oder Bezeichnung, aber eben auch keine neutrale Bezeichnung für »alle«. Deshalb sollten Personen und Gruppen möglichst genau und differenziert bezeichnet werden. Es sollte danach gefragt werden, ob eine Kategorisierung und Zuordnung zu einer Gruppe, z.B. mit Migrationsbezügen oder mit bestimmter religiöser Sozialisation, überhaupt nötig ist. Eigenbezeichnungen von Gruppen oder Personen gilt es immer zu respektieren. Ein sensibler Sprachgebrauch trägt zur Gleichberechtigung aktiv bei.

Abbild von Vielfalt in der pädagogischen Ausstattung

Für eine primärpräventive Arbeit bzw. eine Arbeit für Vielfalt und Demokratie ist es wichtig, dass sich Repräsentationen von Vielfalt in pädagogischen Materialien und in der Einrichtungsgestaltung widerspiegeln. Gibt es zum Beispiel eine Barbie als Naturwissenschaftlerin und ist sie Schwarz? Ist die Figur im Rennauto von Lego schwul? Gibt es Hautfarbstifte und Bücher über außergewöhnliche Frauen? Das betrifft also verwendetes Spielmaterial, Bilder oder Aushänge sowie Ansprachen von Kindern und Eltern. Ein zugewandter und wertschätzender Umgang mit Vielfalt sollte unterschiedliche kulturelle, soziale oder religiöse Hintergründe und vielfältige Lebensweisen auf Augenhöhe einbeziehen.

Kinderbücher

Was für Kinderbücher liegen in der Kita aus? Gibt es nur *weiße* Protagonist*innen darin? Wer wird als *normal* beziehungsweise *von der Norm abweichend* dargestellt? Welche Figuren, Mädchen oder Jungen, sind handlungsfähig, welche sind passiv? Haben Schwarze Kinder in Büchern eine Sonderrolle oder haben sie Rollen, die *weiße* Kinder auch haben könnten?

- Die Fachstelle Kinderwelten empfiehlt **Bücher für eine vorurteilsbewusste, inklusive Praxis**: <https://bit.ly/2Oio163>.
- Die **intersektionale Kinderbuchliste** der Initiative I-Päd aus Berlin enthält Bücher, die gegen Ausschlüsse, Diskriminierung, Unter- oder Fehlrepräsentationen wirken oder Themen ansprechen, die Kindern gegenüber oft verschwiegen oder zu wenig besprochen werden: <https://bit.ly/2MoGKZY>.

Spielen und Spielzeug

Gibt es nur *weiße* Puppen in der Kita? Das verstärkt die Wahrnehmung, dass Weißsein die Norm ist und Schwarzsein bzw. »of color« die Abweichung davon. Das prägt nicht nur ein rassistisches Selbstverständnis der *weißen* Kinder, die sich aufgewertet fühlen können, sondern beeinflusst

auch die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder of color, welche keine Vorbilder oder Orientierungspersonen im Kita-Alltag haben.

- Die Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung hat mit »**Persona Dolls**« Puppen entwickelt, die für Kinder unterschiedlichster Herkunft und Familienkultur stehen. Die Puppen werden von der Fachstelle im Zusammenhang mit Fortbildungen angeboten, bei denen in Grundlagen und Methodik einer vorurteilsbewussten Arbeit mit Kindern eingeführt wird: <https://bit.ly/2LWRRNx>.
- Werden Spiele wie »Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?« oder »Schwarzer Peter« gespielt? Das ist problematisch, da damit das Verständnis von schwarz als schlecht, böse und bedrohlich vermittelt wird. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften hat eine **Spielzeug-Positivliste mit vorurteilsbewusstem Spielzeug** veröffentlicht: <https://bit.ly/2MaQABM>.

Demokratiepädagogik und Pädagogik der geschlechtlichen Vielfalt

Vor allem in Zeiten, in denen rechtspopulistische und -extremistische Strömungen erstarken, muss Demokratiepädagogik aufgewertet werden. Demokratie soll dabei nicht Lerngegenstand sein, sondern für Kinder erlebbar werden. Demokratiepädagogik meint, ein demokratisches Miteinander im Alltag und in der Lebenswelt der Kinder zu fördern. Ansatzpunkte können Kinderrechte, Mitgestaltung und Aushandlungsprozesse unter und mit den Kindern sein.

Demokratieförderung bedeutet grundlegend eine Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. In der pädagogischen Praxis heißt das, Kinder unabhängig von ihrer Zuordnung als Mädchen oder Junge ernst zu nehmen und ihnen keine Rollenerwartungen von Mädchen-/Jungesein aufzustülpen. Das Nichtregulieren von Kinderinteressen ist ein erster Schritt: Kinder können darin ermutigt werden, sich jenseits starrer Geschlechterkonzepte zu bewegen. Eine geschlechtersensible Pädagogik ermöglicht die Förderung der individuellen Persönlichkeiten und Potenziale der Kinder. Die fachliche Auseinandersetzung darum, dass Geschlecht sozial konstruiert und erlernt wird und Geschlechterrollen veränderbar und je nach Zeit und Kontext anders verstanden werden, beugt vor, Kinder nach Geschlechtern zu sortieren und danach zu bewerten. Das befreit die Kinder von Einschränkungen (»Lisa, lass das, das ist nichts für Mädchen«) und baut zugleich Vorurteile ab, z.B. gegenüber Homosexualität (»der Junge spielt wie ein Mädchen, der ist bestimmt schwul«). Es ermöglicht allen Kindern eine freie Entwicklung ihres Selbst, öffnet den Blick auf transsexuelle und intergeschlechtliche Kinder und signalisiert »Regenbogenfamilien«, dass sie in der Kita willkommen sind.

- Empfehlungen für ein inklusives pädagogisches Handeln im Kita-Alltag im Umgang mit Geschlechtervielfalt und Familienvielfalt gibt die Broschüre »**Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben**« von Queerformat (2018): <https://bit.ly/2IQcZz7>.
- Wichtige Anregungen zu geschlechterreflektierender Arbeit im Kontext Rechtsextremismus gibt die Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung »**Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag**«: <https://bit.ly/2MmA0vg>.

Arbeit mit Eltern

Grundlegend für die Arbeit mit Eltern ist der transparente und beteiligungsorientierte Umgang mit Einrichtungsausrichtung, Leitbild und pädagogischem Konzept. In Vorbereitung und Ausgestaltung der Erziehungspartnerschaft können Themen mit Eltern besprochen werden, um deren Sichtweise und Wünsche zu erfahren, aber auch um die Haltung des Teams sowie die Einrichtungskultur deutlich zu machen.

Arbeit mit extrem rechten Eltern

In der Arbeit mit extrem rechten Eltern stehen Fachkräfte vor einer schwierigen Situation. Sie müssen rechtsextreme Orientierungen, die durch Äußerungen, Handlungen oder Symbole der Eltern und der Kinder auffällig werden, deutlich zurückweisen. Zugleich ist ihre Elternrolle anzuerkennen. Das heißt: die Eltern wertzuschätzen, ihre Verantwortung für das Kind anzuerkennen



und sie für eine Kooperation bei Betreuung, Erziehung und Bildung des Kindes zu gewinnen. Die Wahrnehmung eines rechtsextremen Hintergrundes bedarf einer aufmerksamen Beobachtung und eines spezifischen Wissens um Praktiken und Symbole der rechtsextremen Szene. In Hausordnungen kann festgelegt werden, welche Symbole und Bekleidung in der Kita unerwünscht sind. Diese Regelungen können über »verbotene« Symbole hinausgehen. Für Gespräche und Interventionen empfiehlt sich ein abgesprochener und professioneller Umgang als Team, einzelne Kolleg*innen dürfen hierbei nicht allein gelassen werden. Häufig machen andere Eltern auf rechtsextreme Probleme in Einrichtung und Elternschaft oder im Gemeinwesen aufmerksam. Ihre Anregungen sind wertvoll und unbedingt in die Einrichtungsausgestaltung einzubeziehen. Für Elternabende zu den hier behandelten Themen empfiehlt sich die Hinzuziehung externer Expert*innen, z.B. von Beratungsnetzwerken.

- Tipps zum Umgang mit rechtsextremen Eltern gibt **»Eine Broschüre über Rechtsextremismus als Thema in der Kita«** von Eva Prausner und Kerstin Palloks, herausgegeben vom Projekt ElternStärken/ pad gGmbH (2017): <https://bit.ly/2N23Gir>.
- Empfehlungen zur Erziehungspartnerschaft und deren Ausgestaltung gibt eine Broschüre der Deutschen Liga für das Kind (2017) **»KindgereCHT von Anfang an: Empfehlungen für pädagogische Fachkräfte, Kindertagespflegepersonen, Einrichtungsleitungen, Träger, Jugendämter, Fachverbände und Verantwortliche in Verwaltung und Politik«**: <https://bit.ly/2AKGX8n>.

Team, Leitung und Einrichtung

Grundsätzlich ist es sinnvoll, sich im Team den hier behandelten Themen zu widmen und ihnen Zeit und Raum zu geben. Im Team sollte für eine Haltung bezüglich Demokratie, Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sensibilisiert werden. Es besteht die Möglichkeit, die Haltung von Kolleg*innen kennenzulernen, sich darüber und über Unsicherheiten auszutauschen und gemeinsam an Fällen zu arbeiten, z.B. in einer kollegialen Fallberatung. Es gilt, einen gemeinsamen Umgang zu finden und sich dazu abzustimmen, wie die Haltung in der Arbeit und in der Einrichtung sichtbar und erlebbar gemacht werden kann. Dies bedarf einer Offenheit gegenüber Reflexionen, Fortbildungen und ggf. externer Beratung. Hilfreich ist es, »vorbeugend« Kontakt zu einer Beratungsstelle aufzunehmen, die in Krisen oder schwierigen Situationen Begleitung anbietet.

Leitbild und Hausordnung

In einer gemeinsamen Entwicklung eines Leitbildes im Team sowie abgestimmt mit den Eltern sollten themenrelevante Punkte aufgenommen werden – etwa: »Wofür stehen wir?« oder »Wovon grenzen wir uns ab?«. Auch eine Hausordnung kann vereinbart werden: mit klaren Regeln, die in der Einrichtung gelten, und Handlungsweisen oder Äußerungen, die ausgeschlossen werden, z.B. rechtsextreme oder gewaltverherrlichende Symbole, Bekleidung und feindselige Äußerungen. Es empfiehlt sich eine Abstimmung und Diskussion im gesamten Team sowie mit den Eltern. Wenn sich Leitbild, Hausordnung und Konzept der Einrichtung klar zu demokratischen Grundwerten, Menschen- und Kinderrechten positionieren, wird ein deutliches Signal gesetzt – auf welches sich im Konfliktfall auch berufen werden kann.

Team und Träger sollten geschlossen auftreten, sich klar positionieren und den demokratischen Standpunkt der Einrichtung sowie ihr ethisches Mandat präsentieren. Um möglichen Ängsten und Unsicherheiten von Mitarbeiter*innen begegnen zu können, bieten sich Supervisionen, kollegiale Fallberatungen sowie Fortbildungen und Argumentationstrainings zu Rechtsextremismus, Rassismus oder Sexismus an. Die Verantwortung von Trägern und Leitung bezieht sich vor allem darauf, Ressourcen dafür bereitzustellen, Zeiten einzuräumen und die Bereitschaft zur Professionalisierung zu bestärken.

- Beispiele für Formulierungen von Leitbildern finden sich in der Broschüre **»Wer kommt denn da sein Kind abholen? Eine Orientierung im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindertagesstätten«**, herausgegeben vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (2014): <https://bit.ly/2ALhJa4>.
- Die Broschüre **»Miteinander. Eine Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus«**, herausgegeben vom AWO Bundesverband e.V., Deutscher Caritasverband e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (2017), verweist auf Handlungsmöglichkeiten in Team, Einrichtung und Elternschaft: <https://bit.ly/2ALe6kz>.

Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen

Rechtliche Regelungen, Bildungspläne oder Bildungsrahmenpläne, aber auch Verbandskonzeptionen und Richtlinien stellen wichtige Grundlagen für Fachkräfte und Einrichtungen dar. Sie strukturieren und legitimieren die Arbeit.

- Wichtige Rechtsnormen für die Arbeit hat die Deutsche Liga für das Kind (2017) veröffentlicht **»KindgeRECHT von Anfang an: Übersicht über relevante Rechtsnormen für die frühe Kindertagesbetreuung«**: <https://bit.ly/2newTLp>.

Bildungspläne sind bundesweit auf Länderebene unterschiedlich gestaltet. Die hier behandelten Themen haben ebenso unterschiedlich Eingang gefunden. Ein gutes Beispiel stellt das Berliner Bildungsprogramm für Kitas dar, sowohl bezüglich des Bildungsverständnisses als auch der formulierten Ziele. So heißt es unter dem Stichwort Inklusive Bildung: »Demokratisch verfasste Gesellschaften sind verpflichtet, jedem Menschen das gleiche Recht auf die Entwicklung seiner Persönlichkeit und auf die Teilhabe an der Gemeinschaft zu sichern. Bildungsprozesse sind deshalb so zu gestalten, dass alle Kinder bei unterschiedlichen Voraussetzungen gleiche Bildungschancen und ein Recht auf aktive Beteiligung an allen Entscheidungen haben, die sie betreffen« (S. 18). In den Zielen pädagogischen Handelns wird angeführt: »Die Ziele im Berliner Bildungsprogramm gründen auf Grundwerten und Grundrechten einer demokratisch verfassten Gesellschaft«.

- Grundsätzliche Überlegungen zur ethischen Fundierung und Ausgestaltung pädagogischer Beziehungen finden sich in den **»Reckahner Reflexionen – ein Manifest für Pädagog_innen«**. Das Angebot von Leitlinien für eine freiwillige Selbstverpflichtung zur ethischen Orientierung eignet sich auch zur Diskussion im Team sowie für die Ausgestaltung von Leitbildern und Konzeptionen: <https://bit.ly/2M2AoTi>.

»Kindern Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen – jenseits von Klischees«

Interview mit Prof. Dr. phil. Stephan Höyng. Er leitet die Koordinationsstelle Chance Quereinstieg/Männer in Kitas und hat eine Professur für Jungen- und Männerarbeit an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.

Gender bzw. geschlechterreflektierendes Arbeiten ist eine wesentliche Querschnittsaufgabe. Leider zeigt unsere Erfahrung, dass das im Alltag häufig vergessen wird und ein bewusstes Einnehmen dieser Perspektive und gezielte entsprechende Ansätze notwendig sind. Was würde aus Ihrer Sicht geschlechterreflektierendes Arbeiten in der Kita bedeuten? Worauf sollte in den Einrichtungen und im pädagogischen Alltag geachtet werden?

Das hat viele Aspekte. Zum einen ist das eine pädagogische Aufgabe. Hier muss geschaut werden, wo Kinder unnötigerweise Geschlecht polarisieren. Wenn beispielsweise ein Kind sagt »Du darfst nicht mitspielen, weil du ein Mädchen bist«, ist es an den Erzieher*innen, den Kindern Entwicklungsmöglichkeiten jenseits von Klischees zu eröffnen.

Dann muss geschaut werden, wie das Angebot einer Einrichtung ist: Wird auch damit eine Geschlechterpolarisierung hergestellt? Es gibt Einrichtungen, die etwa eine sehr klare Trennung in eine Bau- und eine Mal- oder Puppenecke haben, was eine Trennung nach Geschlecht befördert. Das lässt sich öffnen. Es kann beispielsweise probiert werden, Angebote zu verbinden – wenn also an der gleichen Stelle gebaut wie gemalt werden kann.

Hier müssen sich Erzieher*innen auch selbst fragen, was sie implizit für Botschaften senden. Hinsichtlich der Erziehungsarbeit der Fachkräfte hat die Studie von Holger Brandes u.a.²⁹ zumindest ergeben, dass in fachlichen Dimensionen, wie Einfühlung, Herausforderungen, Dialog und Kommunikation, kaum geschlechterspezifische Unterschiede zwischen Erzieherinnen und Erziehern bestehen. Nur in spontanen Äußerungen wurden geschlechtertypische Unterschiede festgestellt.

Es betrifft auch die Elternarbeit: Immer wieder berichten Erzieher*innen, dass Jungen einen Rock tragen möchten und das in der Kita dürfen, aber zuhause nicht. Hier sollte der Kontakt zu den Eltern gesucht werden, um das zu thematisieren. Viele Eltern lassen ihren Kindern ja viel Raum und es gibt auch an dieser Stelle keinen Grund, einschränkend tätig zu werden. Dadurch werden Entwicklungsmöglichkeiten verhindert. Dabei sollte es die Aufgabe von Erzieher*innen und Eltern sein, Kinder zu fördern. Ich vermute, dass bei den Eltern da latente Ängste dahinter stecken, das Tragen von »geschlechtsuntypischer« Kleidung mache ihre Kinder homosexuell. Diese Ängste sind heute gegenüber Jungen viel stärker ausgeprägt als gegenüber Mädchen. Dabei entwickeln auch Jungen ihre Sexualität unabhängig davon, ob sie mal Röcke getragen haben oder nicht.

Nicht zuletzt ist die Kita grundsätzlich ja ein sehr vergeschlechtlichter Bereich: 95% der Erzieher*innen sind weiblich, 5% männlich. In den Krippen liegt der Anteil männlicher Erzieher unter 2%. Das hat Auswirkungen: Der Bereich wird als weiblich wahrgenommen, von den Eltern und den Kindern. Notwendig wäre, in der Personalentwicklung auf eine Öffnung hinzuwirken. Das gilt nicht nur im Hinblick auf Männer, das sollte auch für Menschen mit Migrationshintergrund geschehen und hinsichtlich der Milieus, aus dem Erzieher*innen kommen. Denn auch das ist bei den allermeisten Erzieherinnen sehr ähnlich, das zeigt die Studie »Kitas im Aufbruch« von Carsten Wippermann, die das BMFSFJ demnächst veröffentlichen wird. Nur durch vielfältiges Personal kann die Kita den Eltern und Kindern entgegenkommen als eine Einrichtung, die die Gesellschaft repräsentiert und nicht nur einen Ausschnitt davon.

Kindererziehung und Kinderbetreuung gelten immer noch als »Frauendomänen«, weil sie den »natürlichen« mütterlichen Eigenschaften entsprechen würden. Was passiert, wenn dieses Bild aufgebrochen wird, indem Männer in Kitas kommen? Was wird von ihnen erwartet, welche Ängs-

te sind damit verbunden? Sollen sie vor allem »klassische« männliche Rollenbilder erfüllen, wie bauen, Fußball spielen oder raufen?

Auf unser Engagement für eine Öffnung des erzieherischen Berufsfelds für Männer gab es eine lange Phase fast ausschließlich positiver Rückmeldung. Ich glaube, der Hintergrund ist, dass sich das Vaterbild gewandelt hat. Dass Väter fürsorglich sein sollen, wird heute eigentlich erwartet und honoriert. Deshalb ist die Argumentation, Männer könnten nicht mit kleinen Kindern umgehen, kaum noch haltbar. Niemand glaubt mehr, dass es in Deutschland 500.000 talentierte Frauen gibt, die Erzieher*in sein können, aber nur 20.000 talentierte Männer. Und damit sind wir bereit, anzuerkennen, dass es nicht die mangelnden Fähigkeiten von Männern sind, sondern dass entsprechende Fähigkeiten nicht gefördert und entwickelt werden. Aber junge Männer in ihrer ersten Berufsfindungsphase orientieren sich noch sehr stark an Klischees. Es gibt jedoch viele etwas ältere männliche Quereinsteiger in den Beruf Erzieher, die bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und sich erst dann entscheiden, beruflich mit Kindern arbeiten zu wollen.

Die meisten Ängste, mit denen Erzieher – sowohl vonseiten der Erzieherinnen als auch der Eltern – immer wieder konfrontiert sind, resultieren aus ihrer Stellung als »Besondere«, als »Fremde« und damit verbundenen Verallgemeinerungen, Klischees und Zuschreibungen. Ich nenne diese Vorstellungen »Mythen«. Man kann sie einteilen in Tätermythen, Opfermythen und Rettermythen. Rettermythen gibt es, wo der Erzieher gedacht wird als Autoritätsperson, als starker Mann, der mit den Jungen toben und raufen kann. In dem Fall sind die Männer die strahlenden Helden, »endlich ein Mann in der Kita«. Genauso gibt es aber die Tätermythen, die damit verbunden sind, dass Männer gewaltvoll seien und sexuell zügellos, dass sie höhere Einkommen bräuchten und Frauen aus Leitungspositionen drängen wollten. Hier gelten Männer auf einmal als schwierig und als diejenigen, die die Struktur gefährden. Eine sehr große Rolle spielt der pauschale Verdacht, dass Männer grundsätzlich sexuell übergriffig seien, Frauen jedoch nie. Der pauschale Verdacht trifft alle erziehenden Männer, auch wenn es sich nur um ganz wenige Täter handelt. Mit solchen Vorbehalten haben alle Erzieher in irgendeiner Form zu tun. Zum Beispiel gibt es häufig für Erzieher und Erzieherinnen unterschiedliche Regelungen, die das Wickeln oder die Begleitung der Kinder zur Toilette betreffen. Die Opfermythen bedeuten eher, dass Männern zugeschrieben wird, sie könnten pädagogisch gar nicht aktiv sein, weil sie dazu nicht fähig seien. Ansonsten werden vor allem die Jungen als Opfer weiblicher Dominanz betrachtet.

Meine Vermutung ist, dass diese Mythen verschwinden werden, wenn 30% der Erzieher*innen Männer sind. Die **Token-Theorie** von Rosabeth Moss Kanter besagt Ähnliches in Bezug auf den Anteil Schwarzer Mitarbeiter*innen in US-amerikanischen Unternehmen: Die Verbesonderung hört dann auf, weil dann nicht mehr Einzelne als Repräsentanten für eine ganze Gruppe wahrgenommen werden.

Token-Theorie

Die Soziologin Rosabeth Moss Kanter untersuchte Minderheiten (Tokens) – z.B. Frauen in männerdominierten Organisationen. Bis zu einem Anteil von 15 Prozent werden sie nicht individuell, sondern als Repräsentant*innen ihrer Gruppe wahrgenommen. Sie sind durch die erhöhte Sichtbarkeit einem besonderen Druck ausgesetzt, außergewöhnliche Leistungen zu zeigen. Wenn sie scheitern, scheitern sie in den Augen der Mehrheit nicht als einzelne Person, sondern als Vertreter*in der Gruppe. Häufig betont die dominante Gruppe auch Unterschiede, was zu einer Vereinzlung der »Abweichler*innen« führen kann. (vgl. Kanter, Rosabeth Moss 1977: Men and women of the corporation. New York: Basic Books)

Unter Verweis auf die Dominanz von Frauen im Erziehungsbereich beklagen rechte Gruppen eine Verweichlichung »unserer Männer«. Björn Höcke (AfD) fordert gar »Mannhaftigkeit«. Was heißt »Männer in Kitas« in solchen Zeiten?

Es hat Unterstützer unserer Kampagne gegeben, die so argumentiert haben: Jungen bräuchten richtige Kerle, um zu einem richtigen Mann heranzuwachsen. Solche Unterstützung haben wir

nie gewollt. Und wir wissen bisher aus der Männerstudie von Volz und Zulehner³⁰, dass Jungen und Mädchen sich in relativ ähnlicher Form auf sowohl weibliche als auch männliche Vorbilder beziehen. Wir betrachten das Thema vor allem aus der Perspektive der Berufswahl: Wir wollen, dass auch Jungen Erzieher werden können und glauben, dass pädagogisch ausgebildete Männer genau so gut wie Frauen sind. Die Auswirkungen auf die Kinder können wir noch gar nicht so genau absehen, dazu gibt es kaum Forschung, aber wir vermuten, dass sie positiv sein werden.

Rechtspopulistische und reaktionäre Gruppen agitieren gegen Gender Mainstreaming und »Frühsexualisierung«. Mit Rundbriefen und Flyern werden auch Kindergärten Agitationsfeld, z.B. durch die christlich-fundamentalistische »Initiative Familien-Schutz« des Zivilen Koalition e.V. von Beatrix von Storch (AfD). Was würden Sie Fachkräften im Umgang mit solchen Vorwürfen und Aktionen raten? Welche Argumente sind hilfreich in der Auseinandersetzung?

Ich bin nicht so nahe an der Praxis, aber es gibt Berichte, dass von Erzieherinnen oder Müttergruppen versucht wird, rechte Themen in die Kitas zu tragen. Wir erleben den Widerstand vor allem im Kampf gegen »Genderismus«. Der ist aber noch nicht so organisiert wie in Polen zum Beispiel, wo wir inzwischen über 160 erklärte »Anti-Gender-Kitas« haben. Um uns herum ist die Stimmung also viel polarisierter als vor 10 Jahren.



Dass sich die staatliche Familienpolitik seit etwa 2007 endlich darauf eingelassen hat, dass wir nicht nur Vater-Mutter-Kind-Familien, sondern vielfältige Familienformen haben, führt zu heftigen Reaktionen. Es scheint viele Menschen zu geben, die sich am klassischen Familienbild orientieren, weil es ihnen Sicherheit und Halt gibt – auch wenn das nicht ihre Lebensrealität ist. Denn längst sind die in traditionellen Familien lebenden Menschen in der Minderheit und getrennte Eltern, unverheiratete Eltern, alleinerziehende Eltern, lesbisch-schwule Eltern sind schon lange Alltag. Weiterhin wird die traditionelle Ehe-Familie bevorzugt, daran ändern einzelne Maßnahmen wenig. Aber Maßnahmen wie das Elterngeld und Elterngeldplus, die die obere Mittelschicht bevorzugen, leisten Gegenbewegungen Vorschub.

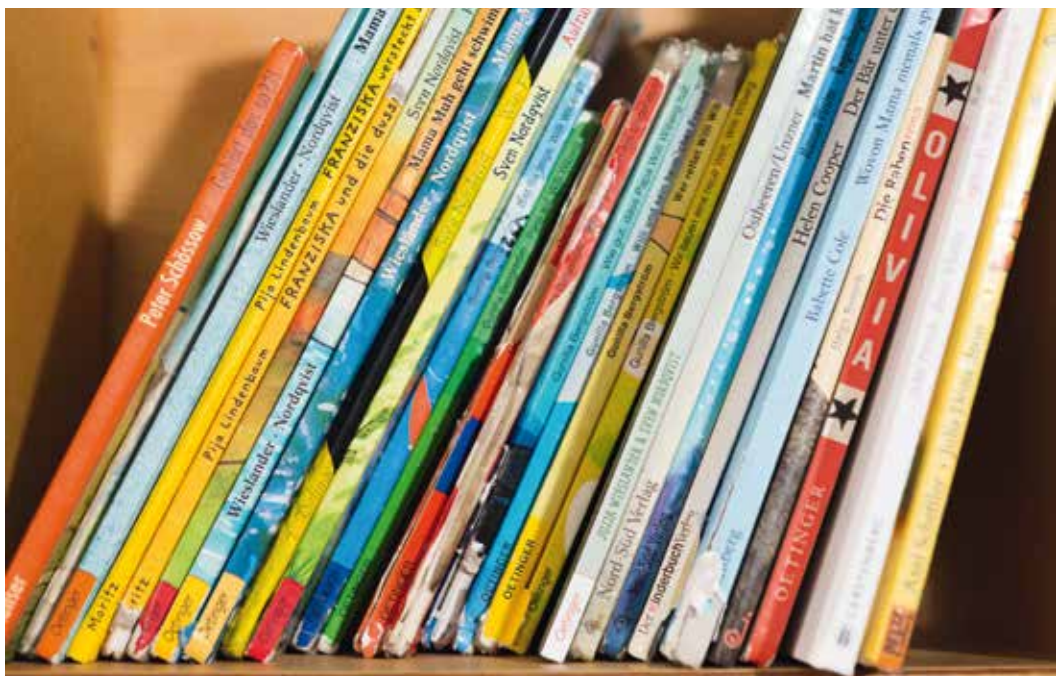
Im Zeitraum seit 2007 sind die »Initiative Familien-Schutz«, die Gruppen der sog. »Demo für

alle« (siehe Kasten zu »Frühsexualisierung« in Kapitel 4) bis hin zur AfD entstanden, die alle sehr stark Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse thematisieren. Auch der Begriff »Frühsexualisierung« entstand in dem Zusammenhang. Solche Gruppen reagieren auf jede Veränderungsbestrebung in den Kitas mit Widerstand – allein wenn angemerkt wird, dass Kinderbücher, in denen meist ‚heile Familien‘ zu sehen sind, vielleicht auch mal eine Single-Mutter zeigen sollten; oder dass ein Buch im Regal stehen könnte, in dem der Prinz nicht die Prinzessin heiraten möchte, sondern einen anderen Prinzen, weil das eine Identifikationsmöglichkeit für später schwul lebende Jungen darstellt. Es wird gefordert, dieses Thema nicht so früh an Kinder heranzutragen. Das Thema wird mit Sexualität verbunden, obwohl die Kinderbücher keine Sexualität zeigen – genauso wenig wie sie Heterosexualität in einem erotischen Sinne zeigen. Hier soll die Darstellung der Vielfalt der uns umgebenden Realität unterdrückt werden.

Wenn wir jetzt schon über Sexualität sprechen: Kinder im Kindergartenalter machen Doktorspiele und eine Kita muss sich überlegen, wie sie damit umgeht und was sie zulässt. Auch in diesem Alter kann man Kinder im Umgang mit ihrem Körper stärken. Bislang gilt es unter Sexualpädagog*innen als Konsens, dass Information hilft, sich selbstbewusst mit Zumutungen auseinanderzusetzen. Wenn ein Kind weiß, wie es Stopp sagen kann, dann kann das ein Schutz vor sexuellen Übergriffen sein.

[Rechtlich bewegt sich die Auseinandersetzung sicherlich häufig im Spannungsverhältnis zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und der Zuständigkeit der Kitas.](#)

Ja. Meines Erachtens haben öffentliche Einrichtungen aber auch den Auftrag, Menschen in diese demokratische Gesellschaft hinein zu erziehen und zu sozialisieren. Da müssen Kindern und Eltern auch die Prinzipien, Regeln und Realitäten dieser Gesellschaft nahegebracht werden. Das kann natürlich in unterschiedlicher Weise geschehen. Es gibt eine Vielfalt von Trägern und Ausrichtungen. Die Einrichtungen müssen transparent machen, wie ihre Arbeitsweisen und Leitlinien sind. Wir haben Montessori-Kitas, katholische Kitas oder Kneipp-Kitas. Ähnlich kann offengelegt werden, welches inhaltlich-fachliche Konzept verfolgt wird. Es kann zum Beispiel dargestellt werden, dass Männer in dieser Einrichtung gleichberechtigt mitarbeiten. Dann können Eltern entscheiden, ob sie diese Kita wählen oder nicht.



Antirassistisches Handeln in der frühkindlichen Bildung als Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit und Partizipation

Melike Çınar (Diplom-Politikwissenschaftlerin) ist Bildungsreferentin für Eltern- und Familienbildung im Paritätischen Bildungswerk Bundesverband e.V. sowie Sprecherin des Trägerkonsortiums Elternchance und Mitglied des Bundesforums Familie.³¹

Die Bedeutung der Bildung in der frühen Kindheit ist unumstritten: Sie entscheidet maßgeblich über den weiteren Bildungsverlauf der Kinder.³² Für Babys und Kleinkinder ist der erste Lern- und Erfahrungsort die Familie. Familien in Deutschland sind so verschieden wie die Menschen, die in ihnen leben. Familien können einen oder viele Elternteile haben, sie verfügen über hohe Einkommen oder geringe, sie haben Migrationshintergrund, erfahren Behinderungen, leben in Regenbogen- und Co-Eltern- Konstellationen oder polyamourösen Konstellationen und vieles weitere. Entlang all dieser Differenzlinien, die einander zum Teil bedingen und sich verschränken, erleben Kinder unterschiedliche Bedingungen sowie unterschiedliche Akzeptanz und Wertschätzung ihrer Familie und ihrer Person in unserer Gesellschaft. Die absolute Mehrheit aller Kinder besucht nach einer unterschiedlichen langen Zeit der Betreuung innerhalb der Familie eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung³³ (i.d.R. Kita).

Kern der frühkindlichen Bildung ist, Kinder (die Erwachsenen von morgen) zu stärken, zu ermutigen und demokratisch zu bilden. Die Teilhabe aller Kinder setzt voraus: Fachkräfte erkennen, welche Ausschlussmechanismen wirken und begegnen ihnen aktiv. Sowohl die Familienbildung als auch die Institutionen der Kindertagesbetreuung befinden sich im Spannungsfeld zwischen gesamtgesellschaftlichen Ausschlussmechanismen und ihrem Bestreben, allen Kindern gerecht zu werden und Bildungsgerechtigkeit zu befördern.

Zum Wesen von Ausschlüssen gehört, dass wir sie in aller Regel nur bemerken, wenn wir selbst davon betroffen sind. Das bedeutet, wir müssen Menschen, die von Diskriminierung und Ausschluss betroffen sind, gut und aktiv zuhören, um etwas zu verändern. Wir müssen lernen, unsere Annahmen in der Schwebelage bzw. »veränderlich« zu halten. Wir müssen jeden Menschen als Experten für sich selbst sehen, für die eigene Lage, die eigene Familie, die eigenen Wünsche, die eigenen Bedürfnisse. Das setzt eine stetige Reflexion voraus.

Im Fokus dieses Beitrags steht Rassismus. Rassismus tritt im Bereich der frühkindlichen Bildung ebenso vielfältig auf wie in allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft: ganz offen formuliert, in verdeckten Äußerungen, in Strukturen, in Büchern, in Abbildungen usw. Wie bei anderen Diskriminierungsmerkmalen auch ist es unerheblich, ob bewusst oder unbewusst rassistisch herabgesetzt wird.

In der Kita findet ein vielschichtiges Miteinander statt. Die Aufgabe von Fachkräften ist es, dieses diskriminierungssensibel, ressourcenorientiert und vorurteilsbewusst zu gestalten. Das ist nicht als zusätzliche Aufgabe zu all den anderen Aufgaben zu verstehen, sondern als Kern ihrer Verantwortung, Kinder zu befähigen, für sich und andere eintreten zu können und die freiheitliche, demokratische Gesellschaft zu stützen und weiterzuentwickeln. Nachfolgend soll auf große Themenfelder in der Kindertagesbetreuung geschaut werden³⁴, die beim Thema Rassismus dabei eine Rolle spielen:

Repräsentanz

Jedes Kind hat das Recht, in der Kita repräsentiert zu werden. Abbildungen, die nur die ohnehin bestehende Norm reproduzieren, bedeuten Leerstellen in der Lernwelt von Kindern. Was ist der Effekt von Leerstellen? Einerseits verletzt es Kinder, das Gefühl zu haben, sie und ihre Familien seien nicht normal, fremd, gehörten nicht dazu. Andererseits ist es für die Kinder, die von den



Leerstellen nicht unmittelbar betroffen sind, unfair, ihnen die Vielfalt des Lebens vorzuenthalten. Dies kann darüber hinaus dazu führen, dass sie selbst diskriminierend handeln, weil sie durch Leerstellen lernen, dass es Menschen gibt, die nicht dazugehören, die anders sind, die nicht Teil unserer Gesellschaft sind. Wir bringen Kindern durch das, worüber wir schweigen, genauso viel bei wie durch das, was wir sagen.

Wertschätzung

Gibt es stereotype Abbildungen Schwarzer Menschen oder von »Afrika« in den Einrichtungen? Das muss und darf nicht sein. Durch stereotype Abbildungen werden Menschen herabgewürdigt und zu Fremden gemacht.³⁵ Es ist von großer Wichtigkeit, allen Kindern zu vermitteln, dass alle Menschen gleich an Wert und Würde sind. Es ist daher auch wichtig, Vielfalt nicht stets zu besondern: Regenbogenfamilien sind nicht »das Besondere«, sie sind Familien. Wenn wir also mit Kindern über Familie sprechen, sollte ganz selbstverständlich eine Familie mit zwei Vätern, mit nur einem Elternteil, mit mehr als zwei Elternteilen vorkommen.

Sprache

Sprache gestaltet die Welt, in der wir leben. Deswegen müssen wir gut auf unseren Sprachgebrauch achten. Sagen wir immer »Polizist« und »Krankenschwester«? Das zementiert eine benachteiligende Vorstellung im Kopf der Kinder: Männer sind Ordnungshüter, Frauen pflegen Kranke. Oder wechseln wir ab und achten darauf, auch mal »Polizistin« zu sagen?

Namen, die uns fremd erscheinen, dürfen beispielsweise nicht herabgewürdigt werden. »Das ist aber ein schwieriger Name« ist ein herabwürdigender Kommentar. Fachkräfte sollten versuchen, Namen so genau wie möglich von den Eltern zu lernen, ohne Signale der Fremdheit auszusenden. Wenn wir darauf achten, stellen wir fest, dass es deutliche Unterschiede gibt: Spanische oder französische Namen werden unter großen Anstrengungen korrekt ausgesprochen, arabische oder tigrinische eher nicht. So verdeutlichen wir, dass es Migration gibt, die uns nicht fremd erscheint und solche, die wir nicht wertschätzen. Verwenden wir gewaltvolle Metaphern wie »den schwarzen Mann«? Meinen wir, wenn wir »Hautfarbe« sagen, den lachsfarbenen Stift?³⁶

Mehrsprachigkeit ist ein Schatz der vielfältigen Gesellschaft und muss wertgeschätzt werden,

egal welche Sprachen neben der deutschen Sprache gesprochen werden. Familiensprachen bereichern den Alltag in der Kita, wenn sie positiv und aktiv eingebracht werden können. Kinder und mehrsprachige Fachkräfte dürfen nicht für Übersetzungszwecke missbraucht werden.

Menschen, denen wir zuschreiben fremd zu sein, dürfen nicht Projektionsfläche unserer Neugier sein. Eine Faustregel kann sein: Fragen, die wir anderen Menschen nicht stellen würden, sollten auch jenen nicht gestellt werden, die uns anders erscheinen. Denn durch ständige Fragen nach im Grunde selbstverständlichen Dingen postulieren wir nicht so sehr Interesse, sondern vor allem eins: Du gehörst nicht dazu und musst dich erst mal erklären. Dazu gehören Fragen wie: Wie hat denn das Frauenpaar das Kind gemacht? Wo kommt der Schwarze Vater her? Isst die Familie mit asiatischem Aussehen auch mit Messer und Gabel? Diese Lage kann sich verändern, wenn wir Menschen nahe sind, sie kennen, ein gegenseitiges Vertrauen aufgebaut haben. Das gelingt am besten, wenn wir nicht von Anfang an ein Gefühl der Fremdheit kreieren.

Partizipation

Echte Partizipation braucht alle, nicht wenige. Wie aber geht das? Das Feld der Beteiligung im Bereich der frühen Kindheit hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt und soll nicht Gegenstand dieser Betrachtung sein. Wohl aber der Rahmen für Beteiligung: Schauen wir auf Minderheitenvoten? Überprüfen wir stetig, wieso bestimmte Menschen sich weniger beteiligen? Fragen wir sie und hören ihnen zu? Haben wir im Blick, dass Kinder und Familien, die regelmäßig Ausschluss erleben, möglicherweise andere Ermutigung und Bestätigung brauchen als jene, die ohnehin gewöhnt sind, gehört und beachtet zu werden?

Positionierung

Kinder lernen durch Vorbilder, wie wir miteinander leben, reden, lernen und die Gesellschaft gestalten. Dementsprechend ist es wesentlich, wie auf Abwertung, Ausgrenzung, Ausschluss oder Beleidigungen reagiert wird. Ein verletzender Vorfall ist eine Sache, die andere ist die Reaktion der Umwelt. Ein Kind kann aus einer diskriminierenden Situation beispielsweise unbeschädigt und gar gestärkt herausgehen, wenn die Umwelt sich klar positioniert. Wird aber relativiert – »Der hat das sicher nicht so gemeint!« oder »Ach, das war doch nicht so schlimm!« – kann das die Kinder erheblich beschädigen und langfristig schwächen. Es kann uns auch einfacher erscheinen, die Sache auf sich beruhen zu lassen und zu hoffen, dass es keine weiteren Vorkommnisse geben wird. Aber wenn wir uns so verhalten, machen wir uns zu Kompliz*innen der Diskriminierung.

Haltung

Die Arbeit an der eigenen Haltung ist von besonderer Bedeutung für die Fachkräfte und Kern vieler Angebote der Fortbildung im Feld der Frühen Bildung. Es fällt leicht, schnell zu urteilen oder sowieso zu wissen, was die Menschen um uns herum zu ihren Handlungen bewegt und auch zu wissen, wie es besser und anders ginge. Wir müssen aber aufmerksam bleiben, immer wieder individuell handeln und uns mit jedem Menschen bzw. mit jeder Situation »neu« auseinandersetzen und immer wieder Beziehungsarbeit leisten, um Menschen zu erreichen. Nur so kann es gelingen, ein lernender Mensch zu bleiben und das eigene Handeln immer wieder zu überprüfen.

Gedemütigte, entmutigte Menschen mit geringem Selbstwertgefühl sind anfälliger für antidemokratische Agitationen und keine starken Partner*innen für eine demokratische Gesellschaft. Wir müssen Vielfalt aktiv gestalten. Dafür ist es notwendig, immer weiter an der eigenen Haltung zu arbeiten, die eigenen Annahmen in der Schwebe zu halten, sich Vorurteile bewusst zu machen und Empathie für die Lebenslagen der Familien zu entwickeln. Dies erfordert ein Sich-Einlassen auf andere, die Bereitschaft dazuzulernen und eine nicht-essenzialisierende Wahrnehmung von anderen. Unsere Angebote der Fort- und Weiterbildung sollten diese Anliegen als Querschnittsthemen stets mit umfassen. Dann können wir eine Grundlage für ein solidarisches, vielfältiges und von Anerkennung und Wertschätzung geprägtes Miteinander legen – für eine Gesellschaft, in der alle ihren Platz finden und sie gemeinsam stärken können.

Kindeswohl und Kinderrechte

Interview mit Prof. Dr. Jörg Maywald. Er ist Geschäftsführer der »Deutschen Liga für das Kind«, eines bundesweit tätigen interdisziplinären Netzwerkes zahlreicher Verbände und Organisationen aus dem Bereich der frühen Kindheit³⁷

Als Kinderrechtsorganisation setzen Sie sich für die Interessen und Rechte von Kindern ein, u.a. mit dem Ziel, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Wie ist der Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland?

Die Kinderrechtskonvention ist geltendes Recht in Deutschland – allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Nach unserem Grundgesetz hat sie den Rang eines einfachen Bundesgesetzes und steht damit unterhalb der Verfassung. Wenn es also Konflikte zwischen der Kinderrechtskonvention und dem Grundgesetz gibt, ist das Grundgesetz höherrangig. In der Praxis führt das dazu, dass die Kinderrechtskonvention bisher wenig bekannt ist, in der Rechtsprechung eine geringe Rolle spielt und tatsächlich gravierende Umsetzungsdefizite bestehen.

Das Kindeswohl ist die zentrale Kategorie bei den Kinderrechten. Können Sie sagen, was das Kindeswohl beinhaltet und wie dieses bestimmt werden sollte?

Kindeswohl ist ein sogenannter unbestimmter Rechtsbegriff, also juristisch nicht definiert, weder in Deutschland noch international. Das ist nichts Ungewöhnliches, es gibt viele zentrale Rechtsbegriffe, die unbestimmt sind. Die Menschenwürde ist ebenfalls ein unbestimmter Rechtsbegriff und Jurist_innen sind es gewohnt, mit diesem Begriff zu arbeiten. In Deutschland gibt es leider eine sehr paternalistische Tradition hinsichtlich des Verständnisses von Kindeswohl, nämlich als das, was die Erwachsenen als gut für ein Kind empfinden. Das halte ich für problematisch. Im Englischen wird der Begriff Kindeswohl hingegen mit »best interests« wiedergegeben – also mit den besten Interessen des Kindes. Das sagt aus, dass ein Kind Interessen hat und diese auch altersgemäß zum Ausdruck bringen kann. Entscheidend ist: Bei dieser Formulierung kommt der Respekt vor den Interessen und der Meinung des Kindes viel klarer zum Ausdruck. Aber auch hierzulande wird immer deutlicher, dass das Kindeswohl ohne die Berücksichtigung der Sichtweise des Kindes nicht korrekt bestimmt werden kann. Ein zweites Problem ist: Kindeswohl wird in Deutschland stark mit Kindeswohlgefährdung assoziiert. Ich würde den Begriff Kindeswohl dagegen positiv verstehen, als die Summe sämtlicher Förder-, Beteiligungs- und Schutzrechte.

Wenn es um Rechte und Interessen des Kindes geht, gehört dann das Aufwachsen in möglichst diskriminierungsarmen Räumen mit dazu? Wie kann von den Bedürfnissen von Kindern ausgehend argumentiert werden?

Wie erwähnt, kommen im Begriff des Kindeswohls alle Förderungs-, Schutz- und Beteiligungsrechte zum Ausdruck. Der Schutz vor Diskriminierung ist nicht nur ein Kinderrecht, sondern ein sogenanntes allgemeines Prinzip, das bei jeder Entscheidung, die Kinder betrifft, berücksichtigt werden muss. Eine Nichtdiskriminierungshaltung in der Pädagogik fördert den Respekt vor den Rechten anderer Kinder und von Erwachsenen.

Welche Rolle kommt dabei den Kitas zu?

In Deutschland sind etwa 95 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege. Das zeigt die große Bedeutung dieses Feldes. Studien belegen, dass der Einfluss der Eltern drei bis viermal so groß ist wie der der Kitas. Aber 25% Einfluss sind nicht wenig und in der Kita verbringen Kinder bereits sehr früh viele Stunden am Tag, oft sogar mehr Lebenszeit als in der Grundschule. Gerade benachteiligte Kinder können hier kompensatorische Erfahrungen machen.



Ganz praktisch: Wie können Erzieher*innen in Kitas dafür sorgen, dass es einen diskriminierungsarmen und vielfaltspädagogischen Ansatz gibt? Wie kann man das umsetzen und was muss dafür gewährleistet sein?

Die Form der Diskriminierung, die wohl am häufigsten auftritt, ist eine auf Grund der sozialen Herkunft. Kinder kommen nicht selten zu kurz, weil sie sich nicht ausreichend zu Wort melden können, weil sie nicht das Selbstbewusstsein haben, weil sie von zu Hause viele Fähigkeiten nicht mitbekommen. Oder weil sie anecken, auffällig sind, wie das dann heißt, oder sich nicht so verhalten, wie es gewünscht ist, oder weil sie nicht so »pflegeleicht« sind, sondern mehr Aufwand machen. Hier sehe ich das größte Benachteiligungspotenzial und die größten Probleme in Kitas. Das hat etwas mit Strukturen zu tun, das hat etwas mit Ausbildung zu tun und das hat mit Haltung zu tun.

Die klassischen Diskriminierungsmerkmale, z.B. Geschlecht, gibt es natürlich auch. Hier bescheinigen Studien³⁸, dass die fast ausschließlich weiblichen Fachkräfte dazu tendieren, Mädchen zu bevorzugen. Zum Beispiel kann dem hohen Bewegungsbedürfnis von Jungen zu wenig Rechnung getragen werden – auch wenn es im Übrigen sehr bewegungsaffine Mädchen gibt. Das hat viel mit Arbeitsverhältnissen, engen Räumlichkeiten und vielen Kindern zu tun. Das heißt aber nicht, dass es nicht auch eine Diskriminierung von Mädchen geben kann, z.B. durch eine geringere Wertschätzung.

Zu den Merkmalen kultureller und religiöser Hintergrund wären aus meiner Sicht unbedingt mehr Studien notwendig. Meine Vermutung ist: Hier gibt es unterschiedliche Wertigkeiten hinsichtlich Sprache, Hautfarbe, Herkunft und kulturellen oder religiösen Vorstellungen. Zum Beispiel, dass ein Kind, welches mit zwei Jahren auch Englisch spricht, eher wertgeschätzt wird als ein Kind, das in diesem Alter neben Deutsch auch Arabisch spricht. Ich vermute, solche Benachteiligungen sind relativ stark verbreitet. Es gibt schließlich, wahrscheinlich in einem etwas geringeren Umfang, klaren Rassismus. Ich höre davon interessanterweise häufig von Praktikantinnen, denen es auffällt, vielleicht auch, weil sie nicht Teil des Systems der Kita sind. Hier muss das Selbstbild im Sinne von »wir sind die Guten« innerhalb einer Einrichtung hinterfragt werden. Denn es gibt Probleme, nicht nur mit Blick auf Diskriminierungen.

Dazu gehören auch physische Gewalt, ausgeübt durch Erzieher_innen, z.B. Drängeln zum Essen oder zum Schlafen, Aufsichtspflichtverletzungen und am meisten sicherlich die Beschämung von Kindern.³⁹ Ich rate, diese verschiedenen kinderrechtlich problematischen Aspekte integrativ zu betrachten. Das heißt: Kitas richten ihr Konzept, die Aus- und Fortbildung ihrer Fachkräfte und vor allem ihr Alltagshandeln kinderrechtsbasiert aus. Auch in der Entwicklung von Kinderschutzkonzepten sollten die Themen nicht zu eng nur auf den Schutz vor sexualisierter Gewalt gesehen werden, sondern alle Schutzrechte von Kindern einbeziehen. Ich denke, die Akzeptanz von Antidiskriminierungsregeln ist dann größer, wenn verstanden wird, dass diese zum Kinderschutz gehören und wenn sie eingebettet sind in ein kinderrechtsbasiertes Handeln.

Ideal wäre ein Kinderrechtesschutzsystem bzw. -konzept, das Schutzrechte, Förderungsrechte und Beteiligungsrechte im Blick hat. Aus der Gewaltforschung⁴⁰ wissen wir, dass Kinder, die ihre Rechte kennen und die gewohnt sind, sich zu Wort zu melden, wenn ihnen etwas nicht passt, die gehört, wertgeschätzt und beachtet werden, allein dadurch besser vor Gewalt geschützt sind. Ein Förder- und Beteiligungsrecht zu verwirklichen, ist auch Kinderschutz – eben über diese Querverbindung. Und umgekehrt ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen: Beteiligung kommt nicht ohne Schutz aus. Auch hier ein Beispiel: Zu einer guten Beteiligung gehört, gerade von jungen Kindern, dass ein Kind nicht seine Meinung sagen muss. Es ist ein Schutzrecht, nicht verpflichtet zu sein, die Meinung zu sagen. Um Beteiligung wirklich kindgerecht zu machen, muss außerdem dafür gesorgt werden, dass Kinder davor geschützt werden, dass ihre Äußerungen negative Konsequenzen für sie haben. Meine langfristige Vorstellung wäre die eines Kinderrechtesschutzkonzepts, also eines kinderrechtsbasierten Arbeitens mit allen Aspekten, darunter auch der Diskriminierungsschutz.

[Wie gehen Sie mit dem Spannungsverhältnis zwischen den von Ihnen stark gemachten Kinderrechten und den Elternrechten um? Was resultiert aus diesem Spannungsfeld für die Rolle der Erzieher*innen?](#)

Damit ist das Thema Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Kita und Familie angesprochen. Eine gelingende Partnerschaft zwischen diesen ungleichen Partnern heißt nicht, dass zu Hause und in der Kita alles gleichläuft. Zuerst bedeutet es Respekt vor den Unterschieden. Das ist der erste Schritt, um mit Konflikten gut umgehen zu können. Um Akzeptanz dafür zu bekommen, dass in der Kita manches anders ist als zu Hause, ist es wichtig, die Eltern darauf zu verweisen, dass sie in ihrem häuslichen Milieu weitgehende Freiheit haben bzgl. der Erziehungsziele und -methoden. Eine Grenze bildet die Kindeswohlgefährdung. Das ist rechtlich korrekt und hilft auch bei Frustrationen, dass wir nämlich die Eltern nur sehr schwer ändern können. Alles andere wäre eine Form der Staatserziehung und das wäre aus meiner Sicht für die Kinder noch problematischer. Andererseits: Wenn Eltern ihre Kinder in die Kita geben, sind sie auch damit einverstanden, in der Kita eben auf andere Einflüsse zu treffen. Manche Regeln sind anders als zu Hause und manche müssen sogar anders sein – aufgrund des anderen Settings und der anderen Verantwortlichkeiten. Ich würde es so formulieren: Das Kind profitiert davon, an zwei ungleichen sozialen Orten aufzuwachsen. Es ist eine geteilte Verantwortung zwischen diesen Orten vorhanden, da es sehr viel davon lernt, u.a. Respekt vor den Unterschieden. Allerdings – wenn es zu einem wirklichen Konflikt kommt, sind die Eltern in der Vorhand, auch rechtlich. Sie haben sogar ein gewisses Vetorecht und können sagen: Morgen bringe ich mein Kind nicht in die Kita bzw. an diesem Projekt nimmt mein Kind nicht teil.

[Wie gehe ich mit eindeutig rechten Eltern um, die Kindern Werte vermitteln, die Kinderrechten entgegenstehen?](#)

Zunächst einmal können die Kinder nichts für ihre Eltern und sie müssen auch diesbezüglich vor Diskriminierung geschützt werden. Die Kinderrechtskonvention beinhaltet, dass ein Kind das Recht hat, vor Diskriminierungen aufgrund der politischen Einstellung seiner Eltern geschützt zu werden. Auch dieses Kind muss genauso alle Chancen haben und darf nicht benachteiligt werden. Das ist der eine Punkt, der wirklich ernst zu nehmen und nicht immer einfach ist. Andererseits

erhoffe ich mir durch die anderen Erfahrungen, die das Kind in der Kita macht, dass ein Stück Korrektur möglich ist. Allerdings spielen hier Loyalitätskonflikte eine Rolle: Kinder haben eine starke Neigung, zu ihren Eltern zu halten. Das ist auch sofort nachvollziehbar. Sogar bei Gewalterfahrungen nehmen sie in der Regel die Schuld auf sich und verraten ihre Eltern nicht. Den Einfluss den eine Kita hat, sollte sie natürlich nutzen. Wenn sich Eltern in anderen Kontexten, bspw. auf einem Elternabend, rechtsextrem äußern, muss die Kita klar Position beziehen. Hier ist eine klare kinder- oder menschenrechtsbasierte Haltung einzunehmen. Das erscheint mir unabdingbar – auch bei sexistischen Äußerungen zum Beispiel.

Vor kurzer Zeit wurde in Berlin eine Broschüre⁴¹ zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Kita kontrovers verhandelt. Ein Vorwurf war, dass die Themen »von außen« an die Kinder herangetragen würden – Stichwort »Umerziehung«. Wie beurteilen Sie das unter der Perspektive kindlicher Bedürfnisse und Rechte?

Es gibt in vielen Einrichtungen und vor allem bei vielen Eltern gravierende Missverständnisse, wenn es um das Thema Kinder und Sexualität geht. Erwachsene denken an Erwachsenensexualität, sie denken an Dinge, die sie selbst beschäftigen. Die meisten Erwachsenen haben nicht das Wissen, Kinder und Sexualität professionell zusammenzudenken. Sexualität beginnt spätestens mit der Geburt. Das ist gesichertes Wissen seit mindestens hundert Jahren und auch der offiziellen Definition der Weltgesundheitsorganisation, Sexualität betreffend, zu entnehmen. Wissenschaftlich und fachlich ist ganz klar: Eine psychosexuelle Entwicklung begleitet die Kinder von Anfang an. Die Formen, in denen Sexualität erfahren, gelebt und verarbeitet wird, unterscheiden sich je nach Alter fundamental. Aus meiner Erfahrung fangen in pädagogischen Kontexten die Probleme dann an, wenn das Thema Sexualität auf einen Aspekt reduziert wird. Neben geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, Geschlechteridentitäten, sexueller Orientierung und Geschlechtergerechtigkeit ist Kinderschutz ein wichtiges Thema. Das betrifft den Schutz vor sexuellen Übergriffen und vor Missbrauch, aber auch beispielsweise, dass masturbierende Kinder nicht beschämt werden dürfen. Der dritte Aspekt wäre eine körper- und sinnesfreundliche Erziehung – neben Geschlechtersensibilität, Geschlechtergerechtigkeit und Kinderschutz mit all seinen Facetten. All diese Aspekte gehören zusammen. Um verständlich den Eltern und der Öffentlichkeit gegenüber zu sein, empfehle ich ein ganzheitliches Herangehen.

Was heißt das für den Umgang mit empörten Eltern?

Der Vorwurf »Frühsexualisierung« thematisiert, dass Kinder manchmal überfordert sein können. Tatsächlich gibt es Fragen der Kinder, die zu einer Überforderung führen können, wenn sie aus einer Erwachsenenperspektive beantwortet werden. Oder dass Fragen der Kinder beantwortet werden, die sie gar nicht gestellt haben bzw. die sie überhaupt nicht interessieren. Das betrifft nicht nur Sexualerziehung, sondern das betrifft im Prinzip alle Themen. Aber hier ist es vielleicht besonders gravierend, weil viele Erwachsene große Unsicherheiten haben. Die Psychologin Bettina Schuhrke, die zur kindlichen Schamentwicklung forscht⁴², hat es so formuliert: Sexualerziehung und psychosexuelle Entwicklung von Kindern sind ganz normale Themen und gleichzeitig sind sie ganz besondere. Hier zeigt sich die Herausforderung. Auf der einen Seite müssen wir diese Themen behandeln wie alle anderen. Wenn sich ein Kind für Erdbeeren genauso wie fürs Kinderkriegen interessiert, dann zeigt dies ein bestimmtes Interesse des Kindes. Aber zugleich ist es auch ein besonderes Thema, was sich am Herzklopfen bei vielen Menschen zeigt. Dann angemessen zu antworten, ist die große pädagogische Herausforderung. Streit entzündet sich bereits daran, ob Bücher über Schwangerschaft, Sexualität, Liebe und Geburt frei in der Kita verfügbar sein sollen oder nur begleitet durch eine Erzieherin bzw. einen Erzieher. Einerseits ist zum Beispiel Geburt ein ganz normales Thema. Andererseits kann es für Kinder zu Problemen führen, wenn zum Beispiel Eltern empört darüber sind, dass sie nicht vorher informiert wurden. Das kann sich dann auf dem Rücken des Kindes ausdrücken. Manche Eltern möchten auch zunächst selbst diese Aufklärung leisten und dies nicht der Kita überlassen. Damit behaupte ich nicht, solche

Bücher sollten nur im Giftschränk liegen und lediglich bei Bedarf heraus geholt werden. Ich rate vielmehr, die Eltern einzubeziehen und sie darüber zu informieren, dass solche Bücher in der Kita vorhanden sind, dass damit sensibel umgegangen wird und sie über Themen, Fragen und das Verhalten ihres Kindes informiert werden. Damit kann der Besonderheit des Themas Rechnung getragen werden.

Kinderrechte

Die Orientierung an Kinderrechten ist eine wesentliche Grundlage der Arbeit. Kinderrechte gehen zurück auf eine entsprechende Konvention, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 verabschiedet hat. Anschauliche Erklärungen der Kinderrechte für Kinder finden sich bei der UNICEF (<https://www.unicef.org/rightsite/files/krkfurkindererklartdt.pdf>). Im Folgenden werden wichtige Kinderrechte kurz aufgeführt:

- das Recht auf Gleichheit (Artikel 2)
- das Recht auf Überleben und Entwicklung des Kindes (Artikel 6)
- das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause (Artikel 7, 8 und 9)
- Schutz vor rechtswidriger Verschleppung und Nichtrückführung (Artikel 11)
- das Recht, sich mitzuteilen und gehört zu werden (Artikel 12 und 13)
- das Recht auf Schutz des Privatlebens (Artikel 16)
- das Recht auf gewaltfreie Erziehung (Artikel 19)
- das Recht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht (Artikel 22)
- das Recht auf Betreuung bei körperlicher und/oder geistiger Beeinträchtigung (Artikel 23)
- das Recht auf Gesundheit und den Schutz vor Suchtstoffen (Artikel 24 und 33)
- das Recht auf angemessene Lebensbedingungen (Artikel 27)
- das Recht auf Bildung (Artikel 28)
- das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung (Artikel 31)
- das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung (Artikel 32 und 34)
- das Recht auf Schutz bei bewaffneten Konflikten und das Recht auf Genesung und Wiedereingliederung geschädigter Kinder (Artikel 37-39)
- das Recht auf Maßnahmen des Staates gegen Entführung und Kindeshandel (Artikel 35)

Die Artikel-Angaben beziehen sich auf die UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989, Quelle: <https://bit.ly/2MmExxU>. Weitere Informationen und methodische Anregungen: <https://www.kinderrechte.de/>. Siehe auch: Portmann, Rosemarie (2001): Kinder haben ihre Rechte. Denkanstöße, Übungen und Spielideen zu den Kinderrechten. Don Bosco Verlag: München. S. 9.

Vorurteilsbewusste Erziehung – ein notwendiger Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit

Interview mit der Diplompädagogin Petra Wagner, Mitgründerin und Leiterin der Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung sowie Direktorin des Instituts für den Situationsansatz (ISTA)⁴³

Wie ist die Idee zur Fachstelle Kinderwelten entstanden?

Die Fachstelle ist vor 18 Jahren aus einer Initiative engagierter Pädagoginnen in Berlin-Kreuzberg hervorgegangen. Wir haben damals festgestellt, dass es viele frühpädagogische Projekte und Konzepte gab, die sich ausschließlich einem bestimmten Aspekt, z.B. der Inklusion von Kindern mit Behinderungen, gewidmet haben. Uns war aber bewusst: Es gibt verschiedene Diskriminierungsformen, die zusammenwirken können und im Kitaalltag präsent und verankert sind. Hier brauchte es neue Ideen, wie unterschiedliche Formen der Abwertung und Ausgrenzung, aber auch Vielfalt in der Kita berücksichtigt und bearbeitet werden können. Außerdem gab es damals noch kein Wissen darum, wie sich Diskriminierung auf die Identitätsentwicklung von jungen Kindern auswirkt. Wir vermissten zudem eine klare Positionierung gegen Abwertung und Ausgrenzung in der pädagogischen Praxis. Wir waren deshalb auf der Suche nach Konzepten, die einerseits den Blick schärfen für die Vielfalt der Kinder und andererseits den Schutz von Kindern vor Diskriminierung als Voraussetzung für eine gesunde Lernumgebung mitdenken.

Die Fachstelle hat den Ansatz der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung entwickelt. Dieser basiert auf dem Situationsansatz und dem Anti-Bias-Ansatz. Wofür stehen diese Zugänge?

Der Situationsansatz entstand als frühpädagogisches Konzept in den 70er Jahren. Neu daran war, dass die Bedürfnisse und die Lebenswelt der Kinder in den Vordergrund gerückt wurden. Daran richtet sich die pädagogische Praxis im Situationsansatz aus, mit dem Ziel, Kinder als eigenständig und selbstbestimmt wahrzunehmen und ihnen ein Mitbestimmungsrecht zuzugestehen. Sie sollen in der Lage sein, sich eine eigene Meinung zu bilden, Entscheidungen selbst treffen zu können



und dabei auch andere zu respektieren und Rücksicht zu nehmen. Erzieher*innen haben hierbei die Aufgabe, Kindern eine stabile Beziehung und eine abwechslungsreiche Umgebung zu ermöglichen. Planung nach dem Situationsansatz lässt zunächst einmal erkunden, was in der Kita los ist, welche Kinder dort hinkommen, in welchem Umfeld sie leben, welche Bedürfnisse, Interessen und Fähigkeiten sie haben.

Die Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ist eine Weiterentwicklung, die uns auf Einseitigkeiten in Krippe und Kita hinweist. Der Impuls hierzu kam aus den USA, der Anti-Bias-Approach als Ansatz gegen Einseitigkeiten und Diskriminierung hat uns inspiriert. Ziel des Anti-Bias-Ansatzes ist es, für Diskriminierung und Vorurteile zu sensibilisieren und aufzuzeigen, wie sie funktionieren und welche Konsequenzen daraus folgen. Es geht darum, eigene Vorurteile und Verhaltensweisen wahrzunehmen und kritisch zu hinterfragen, aber auch zu verstehen, wie sie gesellschaftlich wirken und verankert sind. In der Arbeit gilt das sowohl für die Erzieher*innen selbst als auch für die Kinder. Wir finden diesen Ansatz überzeugend, weil er uns ermöglicht, den unterschiedlichen Identitätsaspekten eines Kindes gerecht zu werden. Die Identität jedes Kindes setzt sich aus mehreren unterschiedlichen Merkmalen zusammen, z.B. Migrationsgeschichte, Geschlecht, Behinderung oder Familienstruktur. Wir wollten mit einem Ansatz arbeiten, der ganz bewusst diese unterschiedlichen Bezugsgruppen – so nennen wir das – in den Blick nimmt und was das für die Lebenswelt eines jeden Kindes bedeutet. Dies wahrzunehmen heißt gleichzeitig, sich bewusst zu machen, dass sowohl Kinder als auch Erzieher*innen unterschiedlich von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind bzw. sein können.

Wie wird das Konzept der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung in der Praxis umgesetzt?

Wenn eine Kita entscheidet, sich nach diesem Konzept auszurichten, begleiten wir diese und das gesamte Team über zwei Jahre. In einem ersten Schritt stellen wir den Ansatz vor und gehen mit verschiedenen Übungen der Frage nach, was jede Person aus dem Team selbst mit Diskriminierung zu tun hat und welche eigenen Erfahrungen sie mitbringt. Danach arbeiten wir gemeinsam an den vier Zielen der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung. In dem **ersten** Ziel geht es darum, jedes Kind in seiner oder ihrer Identität zu bestärken. Wir beschäftigen uns dabei zum Beispiel mit der Frage: Kann man eurer Kita ansehen, welche Kinder hier sind? Die Identitäten von Kindern können gestärkt werden, indem sie selbst und ihre Familien in der Kita sichtbar gemacht werden. Sie sollen merken, dass sie willkommen sind, Teil dieser Kita sind und gehört und gesehen werden. Dafür schauen wir uns an, ob sich die Kinder in den Büchern, Puppen oder Spielecken wiederfinden können. Wir haben zum Beispiel einen Spielzeugkoffer mit unterschiedlichen Materialien, den wir bei Fortbildungen einsetzen. Im Koffer sind zum Beispiel Puppen mit unterschiedlichen Hautfarben, jeglichen Alters und Geschlechts, aber auch mit Behinderungen. Unsere Erfahrung ist: Kinder reagieren auf diese Art von Repräsentation mit großer Aktivität, Neugier und Interesse – also mit all den Voraussetzungen, um gut lernen zu können. Wir regen Fachkräfte an, die Lernumgebung in ihren Kitas so zu verändern, dass Kinder sich in den Materialien wiederfinden können.

Im **zweiten** Ziel geht es darum, Unterschiede zu benennen. Dieser Prozess ist bei Fachkräften häufig mit der Angst verbunden, dass dadurch Unterschiede großgemacht und weiter verankert würden. Wir sind überzeugt, dass das Benennen von Unterschieden wichtig ist, um Gemeinsames und Unterschiedliches zu erkennen, wozu es wichtig ist, sich in andere hineinzuversetzen, um darüber zu sprechen, wie Ausgrenzung und Diskriminierung funktionieren und was das mit Sprache zu tun hat. Niemand ist frei von Vorurteilen, aber es ist wichtig, sich darüber bewusst zu werden, welche man hat, wie man sie gelernt hat, welche Funktion sie haben und insbesondere, welche Wirkungen sie im Kontakt mit Menschen haben. Deshalb sprechen wir auch von »vorurteilsbewusster« Erziehung und Bildung. Das **dritte** Ziel beschäftigt sich mit der Frage, wie Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit im Kitaalltag aussehen und wie eigenes Verhalten dazu beitragen kann. In einem **vierten** Schritt werden Möglichkeiten besprochen und erarbeitet, wie Erzieher*innen und Kinder aktiv gegen Ungerechtigkeiten, also Diskriminierung und Ausgrenzung, vorgehen können.

Welche Rolle spielt Geschlecht in dem Ansatz der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung?

Natürlich können Kinder auch Abwertung und Ausgrenzung über ihre Geschlechtszugehörigkeit erfahren. Aus unserer Perspektive wird im Kitaalltag unterschätzt, wo überall dies eine Rolle spielt. Gerade dieses Thema ist ein gutes Beispiel dafür, dass das Lernen um Vielfältigkeit und Diskriminierung nie endet. Wir hatten anfangs keine Sensibilität dafür, dass sich manche Kinder keinem Geschlecht zuordnen wollen oder dass es Kinder gibt, die schon in jungen Lebensjahren Operationen über sich ergehen lassen mussten, damit ihre Körper der erwarteten Norm von männlich oder weiblich entsprachen. Auch wir lernen immer wieder neu dazu. Das zeigt sich zum Beispiel daran, wie wir Kinder ansprechen und wie sie sich in der Sprache wiederfinden können. Zu Beginn unseres Projektes sprachen wir in unseren Standards von Kindern, dann haben wir stattdessen Jungen und Mädchen verwendet, heute sprechen und schreiben wir von Jungen* und Mädchen*, um geschlechtliche Vielfalt außerhalb der Zweierkategorie von »Mann« und »Frau« sichtbar zu machen und ernst zu nehmen. Diese Sichtweise ist in der Umsetzung unseres Konzeptes nicht immer leicht zu vermitteln. Da gibt's dann häufig so eine »Och nö, an was sollen wir noch alles denken« oder »Jetzt übertreibt ihr aber«-Stimmung. Wir erleben auch, dass es viele Fehlinformationen seitens der Erzieher*innen und Eltern zu diesen Themen gibt. Der Vorwurf ist immer der gleiche: Bestimmte Auseinandersetzungen wirken angeblich sexualisierend. Durch die Thematisierung von geschlechtlicher Vielfalt und Sexualität rede man Probleme herbei und behandle Aspekte, die Kinder noch gar nicht beschäftigen. Diese Annahmen sind schlichtweg falsch. Kinder haben durchaus ein Interesse an geschlechtlicher Vielfalt und Sexualität und wollen dazu etwas wissen. Dazu haben sie auch das Recht.

Wie wirken weitere Diskriminierungsformen mit Geschlecht zusammen?

Wir machen häufig die Erfahrung, dass rassistische Vorurteile mit Geschlechteraspekten verknüpft werden – z.B. wenn die Distanzierung von Sexismus insbesondere vorgenommen wird, indem pauschal muslimischen Jungs und Vätern unterdrückendes Verhalten gegenüber Mädchen und Frauen zugeschrieben wird.

Wie können diese Zuschreibungen bearbeitet werden?

Ein Schritt kann sein, mit den größtenteils weiblichen Erzieher*innen über eigene Erfahrungen und Momente zu sprechen, in denen sie als Mädchen und Frau Abwertung erfahren haben. Dabei stellen wir fest, dass viele Erzieher*innen eigene Unterdrückungsmechanismen verinnerlicht haben. Das kann dazu führen, dass sie diese für sich ausgleichen, indem sie andere wiederum abwerten. Es hilft häufig, sich dieser Mechanismen bewusst zu werden, um das eigene Verhalten prüfen und verändern zu können.

Wie kann geschlechterreflektierte Arbeit im Kitaalltag aussehen?

Geschlecht wird meist dann zum Thema, wenn angenommen wird, dass es für ein bestimmtes Verhalten ausschlaggebend ist. Wenn Kinder beispielsweise darüber sprechen, dass bestimmte Farben Mädchenfarben sind, Mädchen nicht toben oder Jungs keine langen Haare haben dürfen, ist es wichtig, mit ihnen diese Annahmen gemeinsam zu hinterfragen. Es ist wichtig, die Botschaft zu vermitteln: Ich kann ein Junge oder ein Mädchen sein oder mich auch nicht zuordnen und ich kann bestimmte Vorlieben haben und bestimmte Sachen nicht mögen. Aber dabei bestimmt mein Geschlecht nicht, was ich zu mögen und zu machen habe. Und unsere Erfahrung hat gezeigt, dass diese vermittelten Botschaften für Kinder total erleichternd sein können. Auch Erzieher*innen müssen ihre Annahmen und Verhaltensweisen hinterfragen. Wir hatten den Fall einer Erzieherin in einem ausschließlich weiblichen Team, die von den Jungs aus ihrer Gruppe genervt war. Gemeinsam hat das Team untersucht, warum das so ist. Ein Schritt war, die Kinder zu fragen, auf welche Aktivitäten sie Lust haben. In einer anschließenden Teamreflexion stellten die Erzieherinnen fest: Sie hatten auf die Aktivitäten, die die Jungs nannten, keine Lust. Sie stellten fest, dass ihre Angebote in der Kita einseitig waren und waren darüber regelrecht erschrocken. Sie mussten

erkennen, dass sie selbst dazu beigetragen hatten, bestimmte Geschlechterstereotype aufrechtzuerhalten. Die Erzieherin hat sich dann vorgenommen, mehr in den Dialog und in die Beziehung zu den Jungen zu gehen. Das war ein wichtiger und mutiger Prozess.

Wie werden Kinder an der Umsetzung des Konzepts beteiligt?

Kinder müssen sich als einen wichtigen Teil der Kita und ihres Umfeldes erfahren können. Partizipation gelingt vor allem, wenn den Kindern deutlich wird, dass ihre Stimme gehört und berücksichtigt wird. In der Praxis bedeutet das, Kindern ihre Bedürfnisse an vielen Punkten zuzugestehen und sie mitbestimmen zu lassen. Eine spannende Frage ist zum Beispiel, ob alle Kinder gemeinsam essen sollen oder wie berücksichtigt werden kann, dass sie zu unterschiedlichen Zeiten das Bedürfnis haben. Das ist in einem eng getakteten Kitaalltag natürlich nicht immer einfach. Es ist jedoch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Kinder Aushandlungsprozesse kennenlernen und Selbstwirksamkeitserfahrungen machen. Erzieher*innen haben die Aufgabe, wachsam zu sein für Mechanismen, die dazu führen können, dass Kinder sich wenig beteiligen, eher am Rande stehen. Dies kann damit zu tun haben, dass Kinder sich mit dem, was es in der Kita gibt, wenig verbinden können, weil es anders ist als das, was sie kennen. Es kann auch damit zu tun haben, dass sie die Ablehnung und Abwertung dessen erleben, was sie mitbringen: ihrer äußeren Merkmale, ihrer Familienkonstellation, ihrer Familiensprache und weiterer Aspekte ihrer Familienkultur. In solchen Fällen brauchen Kinder Unterstützung, denn das können sie nicht alleine regeln. Die Bestärkung in ihren Identitätsaspekten hilft ihnen, sich zugehörig zu fühlen. Regeln, wonach Ausgrenzung und Hänseleien nicht erlaubt sind, weil sie Kindern wehtun, bieten Schutz und Sicherheit – ihnen und allen anderen Kindern auch.

Was braucht es, damit das Konzept in die alltägliche Arbeit integriert werden kann?

Wir erleben bundesweit sehr große Unterschiede in den Ressourcen und Möglichkeiten zur Vorbereitung und Umsetzung eines solchen Begleitungsprozesses. Es braucht die Bereitschaft, diese Zeit aufzubringen und sich mit den einzelnen Zielen und Schritten auseinanderzusetzen. Es erfordert eine grundlegende Entscheidung der Erzieher*innen und der Leitung, sich diesen Prozessen zu stellen und die Abläufe und Vorgänge in der Kita genauer anzuschauen. Dann braucht es den Mut zur Positionierung und zur Auseinandersetzung im Team. Die Kolleg*innen müssen dazu in der Lage sein, sich kritische Rückmeldungen zu geben. Das ist häufig immer noch ein Tabu. Dahinter steht die Befürchtung, von den Kolleg*innen gemieden oder ausgeschlossen zu werden. Deshalb ist eine fachliche Begleitung so wichtig. Strukturell ist die Umsetzung eine Herausforderung, da Kitapersonal über wenig Zeit verfügt, insbesondere für einen inhaltlichen Austausch im Team. Die Leitung hat die Aufgabe, den Überblick zu behalten und zu schauen, ob sich alle am Prozess beteiligen. Auch ist sie für die Verstetigung des Konzeptes verantwortlich, insbesondere dann, wenn die intensive Begleitung zu Ende geht.

Wo sehen Sie aktuelle Herausforderungen für den Kitaalltag?

Ich sehe mit Sorge: Das Erstarken der Rechten findet sich auch in den Kitas. Einerseits gibt es mittlerweile Eltern, die mit rechten und menschenverachtenden Positionen viel stärker auftreten, die sich abwertend gegenüber geflüchteten Kindern oder gleichgeschlechtlich lebenden Eltern äußern. Das fordert Erzieher*innen noch mehr heraus, sich ihrer Positionierung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung bewusst und klar zu sein und solchen Äußerungen Paroli zu bieten. Andererseits erleben wir: Rechte Positionen werden auch in Teams selbst lauter und häufiger geäußert. Wir fragen uns, wie wir noch besser dazu beitragen können, dass Erzieher*innen, die Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung vertreten, menschenverachtenden Positionen gegenüber standfest und klar bleiben. Vorurteilsbewusste Erziehung und Bildung ist kein Sahnehäubchen. Es ist ein notwendiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, denn jedes Kind hat das Recht auf Bildung und jedes Kind hat das Recht auf Schutz vor Diskriminierung. Es kommt darauf an, dies zu gewährleisten und durchzusetzen.

Elternarbeit zwischen Wertschätzung und Positionierung

Interview mit Eva Prausner, Projekt ElternStärken – Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie & Rechtsextremismus, pad gGmbH, Berlin

Die Arbeit mit Eltern ist ein wesentlicher Teil der pädagogischen Arbeit für Fachkräfte. Wie kann eine Erziehungspartnerschaft, also eine enge Beziehung zwischen Familie und Kindertagesstätten, gestaltet werden und welche Rolle spielt sie im Handeln gegen Diskriminierungen und Abwertungen?

Eltern und Familien sind als primäre Bezugspersonen ihrer Kinder und als wichtige Kooperationspartner von Kita-Fachkräften anzuerkennen und wertzuschätzen – auch wenn sie (fundamental) andere Meinungen vertreten. Wenn wir es also mit Eltern zu tun haben, die ihre Ressentiments offen zum Ausdruck bringen, zu Hause und auch in den Kitas, und ihrem Kind Vorurteile vermitteln, geht es darum, mit Eltern darüber in den Dialog oder Konflikt zu gehen – ohne den Blick für das zu verlieren, was sie Positives für ihr Kind tun. Eltern werden gleichzeitig an ihre Erziehungsverantwortung und an die gemeinsame Aufgabe erinnert, die Rechte ihres Kindes und aller Kinder zu wahren und die demokratischen Grundwerte der Einrichtung zu unterstützen. Iris Nentwig-Gesemann empfiehlt: Die Beziehung zu den Eltern muss umso ernster genommen und reflektierter gestaltet werden, je herausfordernder sie ist.

Welche Möglichkeit habe ich als Erzieher*in, wenn ich problematisches Verhalten der Kinder gegenüber anderen Kindern wahrnehme, dies in der Partnerschaft mit Eltern zu thematisieren?

Wenn ein Kind ein anderes Kind aufgrund eines Merkmals seiner Persönlichkeit bewertet oder abwertet, sind Fachkräfte verpflichtet, zu intervenieren und die unumstößliche Regel zu vertreten, dass kein Kind ausgegrenzt oder diskriminiert werden darf. Im Gespräch mit den Eltern wird ihre Einschätzung zum Verhalten des Kindes erfragt. Wenn sich dabei herausstellt, dass die Eltern das diskriminierende Verhalten ihres Kindes billigen oder gutheißen, sie also die Ursache für das Verhalten ihres Kindes sind, gilt es, sich deutlich zu positionieren. Hier besteht, glaube ich, die größte Herausforderung. Sie besteht darin, Eltern plausibel zu machen, warum ich als Fachkraft abwertende menschenverachtende Botschaften ablehne oder unterbinde. Eltern haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Werte bzw. pädagogischen Grundsätze dem zugrunde liegen. Ethik und Moral erklären sich nicht von alleine. Es bedarf einer Begründung, um das Handeln als Fachkraft auszuweisen. Fachkräfte können mit wichtigen Ressourcen und Inhalten argumentieren, nicht nur in Bezug auf die **Kernorientierungen** und das pädagogische Konzept, sondern mit ihrer alltäglichen vorurteilsbewussten und inklusiven Praxis.

In Eurer Broschüre »Rechtsextremismus als Thema in der Kita«⁴⁴ habt Ihr sehr gute Beispiele für wertschätzende Ansprache ausformuliert. In der Praxis tritt es doch aber auf, dass es unterschiedliche Meinungen, Werthaltungen oder Einstellungen zu Erziehung bzw. zum beobachteten Verhalten des Kindes gibt. Wie wird damit umgegangen?

Werthaltungen können sehr unterschiedlich sein, Eltern können unterschiedliche Moralvorstellungen vertreten und Familienkulturen leben. Diese Unterschiede haben durchaus ihre demokratische Berechtigung. Eltern haben das Recht, ihr Kind weltanschaulich frei zu erziehen. In diesem differenzbezogenen Arbeitsbereich ist es deswegen besonders wichtig, dass demokratische Werte und Normen deutlich werden. Dem Freiheitsrecht der Eltern stehen Kinderrechte gegenüber. Bekanntlich passen diese nicht immer zusammen. Kinder brauchen hier Fachkräfte, die als verlässliche Bezugspersonen die Anwaltschaft übernehmen. Kinderrechte werden bereits an der Stelle berührt, wo Eltern, ihrem Kind nicht mehr die Wahlfreiheit lassen, mit welchem Kind es spielen darf oder nicht. Hier können sogar Momente der Kindeswohlgefährdung entstehen, wenn Eltern

ihr Kind ihren Ansichten unterwerfen und dabei Angst erzeugen. Fachkräfte nehmen Entwicklungsbedürfnisse und Selbstbestimmungsrechte von Kindern wahr und versuchen, Eltern dafür zu gewinnen, diese nicht zu verletzen.

In einem Beispiel unserer Broschüre werden mit einer rechtsextrem orientierten Mutter regelmäßige Gespräche vereinbart. Ein entsprechendes Interventionskonzept kann den Eltern vermitteln: »Wir bleiben dran, uns ist das Wohl Ihres Kindes sehr wichtig und wir wollen eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und fordern diese ein.«

Der Zeitraum beim Bringen und Abholen der Kinder ist begrenzt und u.U. habe ich immer nur mit einem Elternteil zu tun. Wenn wir in Kita oder in Familienzentren ein Bildungsangebot auch für Eltern stark machen, wo und wie kann das stattfinden?

Um nachhaltigere Bildungserfolge zu erzielen, empfehlen sich enge Kooperationen mit Familienzentren mit ihren Angeboten der Familienbildung. Dort besteht die Chance, eine Auseinandersetzung auf »Augenhöhe« zu gestalten und mit Eltern über Wertehaltungen in der Erziehung ins Gespräch zu kommen. Dazu gehört auch die Reflexion eigener Vorurteile oder Feindbilder und was es bedeutet, wenn ich diese meinem Kind vermittele. Fachkräfte in Familienzentren sind dafür qualifiziert oder können sich qualifizieren, im Rahmen von Familienbildung zu diesen Themen zu arbeiten. Sie haben Erfahrung im Umgang mit anderen Normkonflikten.

Häufig geben Eltern einen Anlass, sich mit etwas auseinanderzusetzen, z.B. wenn ihr Kind diskriminiert oder schlecht behandelt wird. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es?

Wenn Eltern erleben, dass ihr Kind oder sie selbst diskriminiert werden, brauchen sie von der Kita ein deutliches Signal, dass sie ernst genommen und unterstützt werden. In der Einrichtung sollte es bekannt sein, dass das Team sich sehr klar verortet: Keiner wird ausgegrenzt, alle haben die gleichen Bildungs- und Erziehungschancen und niemand darf aufgrund eines Identitätsmerkmals abgewertet werden. Wenn dies bekannt und alltägliche Praxis ist, wissen Eltern: Mit ihrem Anliegen können sie sich an die Fachkräfte wenden und sich möglicherweise auf ein Dokument oder Leitbild beziehen. Dort könnten zum Beispiel Regeln des respektvollen Umgangs festgelegt



werden. Das gilt natürlich für alle Kinder. Das bedeutet darüber hinaus, immer wieder institutionelle Möglichkeiten zu schaffen, wo sich Eltern beteiligen können und einen Rahmen finden, ihre Rechte selbstbewusst und selbstverständlich einzufordern. Es geht darum, ihre Perspektive in der Kita sichtbar zu machen. Sie haben ein Recht darauf, dass ihr Kind die gleichen Bildungschancen hat. Das hat es nicht, wenn es ausgegrenzt wird.

Wie umgehen mit übergeordneten Themen, Diskussionen im Gemeinwesen, die viele Eltern beschäftigen? Ich meine damit zum Beispiel die Unterbringung von Geflüchteten in der Nähe der Kita. Welche Erfahrungen hast Du da?

In unsere Fortbildungen kommen engagierte Fachkräfte, die sich präventiv informieren möchten oder die sich Hilfe holen, weil sie bemerken, wie sich die Stimmung in der Elternschaft verändert und ablehnende Einstellungen gegenüber geflüchteten Menschen offenbar werden. Ich denke, dass das ganze Team oder auch der Träger angesichts aktueller Herausforderungen diesen Prozess der Verortung durchgehen müsste. Hier geht es nicht nur um die Bewältigung einer »Krise«, sondern um eine intensive Teamverständigung und um die Festigung eines demokratischen Standpunktes. Wie stehe ich, wie stehen wir zu Ausgrenzungen? Nehme ich, nehmen wir Vorurteile und diskriminierende Botschaften wahr? Fachkräfte dürfen sich nicht an Verharmlosung, Bagatellisierung oder Normalisierung rassistischer oder anderen Formen von Ausgrenzung beteiligen. Sie sind Modell für ein respektvolles Miteinander.

Kindheitspädagogische Kernorientierungen

Im aktuellen Bildungsverständnis sind Kinder ernst zu nehmende, in ihren Rechten auf Achtung, Selbstbestimmung und freie Meinungsäußerung sowie in ihrer Würde anzuerkennende, an Diskursen zu beteiligende, mitbestimmende und partizipierende Gestalter ihrer Entwicklung und ihrer Lebenswelt. Sie benötigen ein Umfeld, das ihren Autonomiebestrebungen Raum gibt, ihnen aber auch genügend Sicherheit, Schutz und Unterstützung bietet, um ihre persönlichen Themen und Entwicklungsaufgaben bearbeiten zu können. Dafür brauchen Kinder verlässliche und ihnen zugewandte Bezugspersonen – diese Anwaltschaft zu übernehmen, ist die Kernaufgabe frühpädagogischer Fachkräfte.

Eltern und Familien sind als primäre Bezugspersonen ihrer Kinder und als wichtige Kooperationspartner von KiTa-Fachkräften anzuerkennen. Sie haben ein Recht auf Mitbestimmung und Transparenz hinsichtlich institutioneller Regeln und des Leitbildes einer Einrichtung und sind so in die pädagogische Arbeit einzubeziehen, dass es der gesunden körperlichen und psychischen Entwicklung ihres Kindes dienlich ist, dass dessen Rechte gewahrt werden und es sich wohl und glücklich fühlen kann.

Kindertageseinrichtungen haben den Auftrag, einen Rahmen dafür zu bieten, dass demokratische Grundwerte gelebt und verteidigt und die ihnen anvertrauten Kinder in diesem Sinne erzogen werden. Das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf lebenslange und inklusive Bildung stellt einen der höchsten Grundsätze dar und bedeutet konkret, dass jedes Kind – ungeachtet seines Geschlechts, seiner Herkunft, Religion, Lebensweise, seines Alters und Entwicklungsstandes – das Recht hat, in seiner Individualität wertgeschätzt und in der Entfaltung seiner Potenziale gefördert zu werden. Die Zuerkennung dieses Rechts ist mit einer Pflicht verbunden: Alle in KiTas involvierten Personengruppen haben dafür Sorge zu tragen, dass Menschen- und Kinderrechte nicht in Frage gestellt oder verletzt werden.

Auszug aus Nentwig-Gesemann, Iris/Krähnert, Isabell/Hellbach, Felix (2015): Der Umgang mit rechtsextremen Orientierungen aus der frühpädagogischen Perspektive. In: Projekt Eltern-Stärken (Hg.): Eine Broschüre über Rechtsextremismus als Thema in der Kita. S. 23 f. Online: <https://bit.ly/2N23Gir>. Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber*innen.

Für Empowerment und Diversität – die jüdische Kita Tamar in Hannover

Dr. Rebecca Seidler ist pädagogische Leiterin der Kita Tamar und stellvertretende Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R.

Vor 11 Jahren öffneten sich die Pforten der ersten jüdischen Kindertagesstätte in Hannover nach der Schoa. Zudem ist die Kita Tamar die erste frühkindliche Bildungseinrichtung bundesweit, die es sich konzeptionell zur Aufgabe macht, Erziehung und Bildung im Sinne des Reformjudentums in Deutschland wieder aufzubauen, zu etablieren und zu fördern. Das Anfang des 19. Jahrhunderts gegründete Reformjudentum hat in Deutschland seinen Ursprung und stellt heute die weltweit größte innerjüdische Strömung dar. Nach der Schoa war das traditionelle deutsche Judentum unwiederbringlich vernichtet.

Aufgrund der Zuwanderung von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion Anfang der 90er Jahre erhielt die jüdische Community die Möglichkeit, jüdische Gemeinden unter vermehrter Berücksichtigung jüdischer Vielfalt wiederaufzubauen. Im Zuge dessen entstanden erstmals wieder progressiv ausgerichtete jüdische Gemeinden in Deutschland, so auch in Hannover. Die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover K.d.ö.R. ist bis heute die größte Reformgemeinde im deutschsprachigen Raum. Ihr vielfältiges Angebot jüdischer Sozialer Arbeit im Kinder- und Jugendbereich reicht von frühkindlicher Erziehung und Bildung im Rahmen der jüdischen Kita Tamar über die Kinder- und Jugendgruppe Nitzanim bis hin zum Jugendzentrum Rimon.

Das pädagogische Konzept der Kita Tamar

Das Profil der Kita Tamar ist eindeutig jüdisch. Die jüdischen Kinder erfahren das Judentum als selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens. Sie haben die Möglichkeit, das Judentum für sich zu entdecken, auszuleben und einen eigenen Zugang zu finden, um in ihrer religiösen und kulturellen Identität gestärkt zu werden. Für nichtjüdische Kinder ist es ein Ort, wo sie persönliche Erfahrungen mit einer für sie anderen Religion und Kultur erfahren können, um ihre interreligiösen und interkulturellen Kompetenzen weiter ausbauen und sich für Vielfalt sensibilisieren zu können.

Empowerment-Arbeit in der Kita Tamar

Die »Hilfe zur Selbsthilfe« ist die höchste Stufe der Wohltätigkeit nach jüdisch-ethischem Verständnis. Für die pädagogische Praxis bedeutet es, dass die Kinder darin gestärkt werden, eigene Erfahrungen zu machen, auch Irrwege zu gehen und ihnen wird das Recht auf »Teschuwa« (Umkehr) zugesprochen. Den Kindern wird vermittelt: Jeder Mensch hat ein Recht auf Achtung und Selbstbestimmung. Dieser Ansatz wird auch durch die jüdische Diskussionstradition nähergebracht. Die Kita Tamar hat einen »Debattierclub« eingeführt, in dem einmal wöchentlich die Kinder diskutieren, lernen Argumente auszutauschen, Kompromisse einzugehen, sich zu positionieren und sich zu behaupten. Ihnen wird der jüdische Grundgedanke nähergebracht: Jeder Mensch ist für sein Handeln selbst verantwortlich – nicht Gott ist für das Leben verantwortlich. Wenn der einzelne Mensch Unrecht getan hat, hilft kein Sühnegebet, sondern nur die konkrete Tat kann eine Wiedergutmachung bringen. Im Judentum heißt es: Der einzige Beweis für das Können ist das Tun. Die Kinder erfahren von klein auf, dass Worte in Verbindung mit Taten stehen, um nicht zu leeren Worthülsen zu verkommen. Hier erfolgt eine klassische Empowerment-Arbeit: die Stärkung des Selbst, die Förderung des Sich-Behaupten-Könnens, die Entwicklung eines selbstsicheren jüdischen Selbstverständnisses, aber auch die Förderung des Umgangs mit Konflikten durch das Lernen einer Diskussionskultur.

Diversität als Bereicherung

Die jüdische Kita Tamar setzt sich für die Stärkung der interreligiösen und interkulturellen Kompetenzen und für die Förderung des Respekts und der Anerkennung von religiöser Vielfalt aktiv ein. Es ist erforderlich, dass Kinder bewusst lernen, dass es religiöse und kulturelle Unterschiede gibt, die nicht als Bedrohung für die eigene Identität zu verstehen sind, sondern als Bereicherung. Demnach geht es nicht darum, den Kindern zu vermitteln, dass alle Menschen gleich sind, denn dann würde die Vielfalt der Menschheit verloren gehen. Vielmehr sind Anerkennung und Wertschätzung der Unterschiede von Menschen zu fördern. Durch das Lehren der jüdischen Werte der Wohltätigkeit und Gerechtigkeit kann dies umgesetzt werden. Hierbei entwickelt das jüdische Kind einen Bezug zur eigenen jüdischen Identität und öffnet sich zudem für das Umfeld und fühlt sich verantwortlich für das Miteinander.

Die Sensibilisierung der Kinder für religiöse Unterschiede erfolgt durch bestimmte Riten. Bevor zum Beispiel ein jüdisches Ritual erfolgt, setzt auch ein nichtjüdisches Kind eine Kippa auf, aus Respekt vor der jüdischen Religion und Kultur. Hierdurch spürt das nichtjüdische Kind den Unterschied zur eigenen Religion. Die Kippa ist somit zum einen ein Symbol der Unterscheidung und ein Zeichen der Grenze zwischen den Religionen. Zum anderen stellt sie eine Brücke dar, denn das nichtjüdische Kind erfährt durch das Tragen der Kippa ein Stück vom Judentum und ist als Gast Teil des jüdischen Rituals. Die Existenz von Diversität ist aus jüdischer Perspektive positiv zu bewerten, da die Auserwählung des jüdischen Volkes als die Schaffung des Raumes für Verschiedenheit bewertet werden kann.

Die **Kita Tamar** in Hannover bietet Platz für 40 Kinder im Alter von eins bis sechs Jahren. Die Krippengruppe verfügt über 15 Plätze für Ein- bis Dreijährige und die Kindergartengruppe hält 25 Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder vor. Sie ist offen für jedes Kind, unabhängig von Religion und Herkunft. Mehrheitlich besuchen jüdische Kinder die Kita, zudem haben auch Kinder mit einem anderen religiösen und kulturellen Hintergrund ihren festen Platz dort. Die Zusammensetzung des Teams ist multireligiös – jüdische und christliche Erzieher*innen gestalten gemeinsam den Alltag in der Kita. Die Kita versteht sich als »jüdischer Ort«, an dem das Reformjudentum authentisch und allgegenwärtig gelebt wird und erfahrbar ist. So werden ausschließlich jüdische Feiertage begangen, die Räumlichkeiten werden entsprechend geschmückt und das tägliche Essen wird begleitet durch hebräische Segenssprüche. Die ausgewählten Spiele und pädagogischen Materialien verbinden die säkulare und jüdische Welt miteinander. Online: <http://www.kitatamar.de/>

Antisemitismus als Herausforderung

Eine der großen Herausforderungen in der jüdischen Pädagogik besteht darin, dass jüdische Kinder sehr früh mit antijüdischen Ressentiments in Berührung kommen – meist sogar bevor sie eine Chance haben, diese überhaupt zu verstehen. Dies und die Zwangsläufigkeit, dass sie über kurz oder lang (spätestens in der Schule) von der Schoa und ihrem persönlichen Bezug zu ihr erfahren, sind eine enorme Belastung für die Entwicklung jüdischer Kinder. Für jüdische Eltern sind angesichts dieser Tatsache etwa die Debatten rund um einen zu ziehenden »Schlussstrich« eine Missachtung der Lebensrealität ihrer Kinder. Um die jüdischen Eltern zu unterstützen, bietet die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover im Rahmen eines Familienprogramms regelmäßig eine Dialoggruppe an zum Thema »Shoa Education«. Hier besprechen Eltern mit Expert*innen vom Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle in Berlin, wie zum einen jüdischen Kindern der Holocaust erklärt werden kann, ohne diese zu retraumatisieren, und zum anderen wie mit heutigen Antisemitismuserfahrungen umgegangen werden kann.

Auch für die Mitarbeiter*innen der Kita Tamar spielt der heutige Antisemitismus eine zentrale Rolle in ihrem Berufsalltag, da bestimmte Sicherheitsvorkehrungen erforderlich sind, die einzuhalten und zu berücksichtigen sind.

Für die jüdischen Kinder ist zu hoffen, dass sie durch die positiven Erfahrungen in der jüdi-

schen Kita und die damit einhergehende Empowerment-Arbeit – trotz (erfolgreicher oder drohender) Antisemitismuserfahrungen – keine tief greifenden Verunsicherungen oder gar Ängste bezüglich der eigenen jüdischen Identität entwickeln, sondern sie sich ihrer selbst sicher sind. Es bleibt zu wünschen, dass die nichtjüdischen Kinder der Einrichtung durch den gelebten interreligiösen und interkulturellen Ansatz der Kita Tamar dafür gerüstet sind und den Mut entwickeln, sich im weiteren Verlauf ihres Lebens gegen Vorurteile, Rassismus und Antisemitismus und für Demokratie und Gleichberechtigung aktiv einzusetzen.



Weitere Informationen, Hilfe und Beratung

Demokratiepädagogik

Kooperationsprojekt der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
Koordinierungsstelle »Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung«
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
<https://www.duvk.de>

Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung
Muskauer Straße 53, 10997 Berlin
www.kinderwelten.net

Rechtsextremismus im Kontext Kita und Familie

Fachstelle Rechtsextremismus und Familie, LidiceHaus gGmbH
Weg zum Krähenberg 33a, 28201 Bremen
<https://rechtsextremismus-und-familie.de/>

Projekt ElternStärken, Sewanstraße 43, 10319 Berlin
<http://www.licht-blicke.org/elternstaerken2/>

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.
Beusselstr. 35 (HH), 10553 Berlin
www.verband-brg.de/

Willkommenskultur

Programm WillkommensKITAs, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin
<https://www.dkjs.de/themen/alle-programme/willkommenskitas/>

Anmerkungen und Quellen

- 1 Siehe u.a. Krappmann, Lothar/ Petry, Christian (2017, Hrsg.): Worauf Kinder und Jugendliche ein Recht haben. Kinderrechte, Demokratie und Schule. Ein Manifest. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- 2 Siehe u.a. Höhme-Serke, Evelyne/ Priebe, Michael/ Wenzel, Sascha (2012, Hrsg.): Mit Kindern Demokratie leben. Handbuch zur Projektentwicklung und Evaluation. Aachen: Shaker Verlag.
- 3 Amadeu Antonio Stiftung (2011): Demokratie ist kein Kindergeburtstag. <https://bit.ly/2dsfD0b>.
- 4 Rechtspopulismus fassen wir mit Alexander Häusler (2008: 43) als »volkstümmlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation«, die sich »mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als ‚Anwälte des Volkes‘ inszeniert«. Häusler, Alexander (2008): Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Wiesbaden: Springer VS.
- 5 Der gesamte Artikel ist bei Spiegel Online zu finden: Jüttner, Julia: Ralf Wohllebens Ehefrau. Das Erbe des NSU, in: Spiegel Online vom 23.01.2012, <https://bit.ly/2b2WiDe>.
- 6 Kindergarten stellt Syrer nach Protesten nicht ein, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.01.2016, <https://bit.ly/2OV17O8>.
- 7 Vgl. dazu Amadeu Antonio Stiftung: »Das Bild des ‚übergreifigen Fremden‘. Warum ist es ein Mythos?«, <https://bit.ly/2MAbVSS>.
- 8 Siehe hierzu: Pilarczyk, Hannah: Vorlesetag 2017. AfD-Politiker sollen in Kitas auftreten, in: Spiegel Online am 04.08.2017, <https://bit.ly/2hJi04B>.
- 9 Vgl. dazu Häusler, Alexander (2018): Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei. <https://bit.ly/2vVyTfp>, die Chronik rechtsextremer Vorfälle in der AfD des NDR <https://bit.ly/2OXziXz> sowie <https://bit.ly/2MiEdUv>. Nachfolgende Beispiele erlangten überregionale Aufmerksamkeit: <https://bit.ly/2MeujmN>, <https://bit.ly/2JZ9K9c>, <https://bit.ly/2OZvSDG>, <https://bit.ly/2MbyHni>, <https://bit.ly/2MbyYqk>, <https://bit.ly/2vXaN4d>, <https://bit.ly/2AZnSj9>, <https://bit.ly/2DGPJRB>, <https://bit.ly/2Mfi6hB>.

-
- 10 Im AfD-Wahlprogramm fehlen Aussagen zu Kitas fast völlig - im Gegenteil will sie die familiennahe Betreuung stärken. Bundestagswahlprogramm der Alternative für Deutschland 2017, S. 39, <https://bit.ly/2OXj11A>.
 - 11 Siehe hierzu: Neuköllner Ali-Baba-Spielplatz. Kritiker regen sich über Halbmond auf Kletterturm auf, in: Tagesspiegel vom 3.11.2017, <https://bit.ly/2nnTHbD>.
 - 12 Siehe: Schmidt, Anne-Sophie: Broschüre des Berliner Senats. Kita-Ratgeber zu sexueller Vielfalt polarisiert, in: Tagesspiegel vom 27.02.2018, <https://bit.ly/2nplmZC>.
 - 13 Siehe: Rudoloh, Kriss: Wie im Kindergarten! Der Streit um die Senats-Broschüre ist albern, in: BZ vom 17.02.2018, <https://bit.ly/2nplHfa>.
 - 14 Stellungnahme der Bildungsinitiative Queerformat: <https://bit.ly/2OqRpUP>.
 - 15 Siehe dazu beispielhaft einen aktuellen Fall aus Niedersachsen, Merkur vom 18.07.2018: »Rassist bedroht Kindergarten-Kinder mit menschenverachtenden Briefen«: <https://bit.ly/2mL1aSO>.
 - 16 Haarer, Johanna (1936): Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind. München: Lehmanns Verlag, S. 173.
 - 17 Autoritäre Erziehungstile sind nicht nur in rechtsextrem orientierten und organisierten Elternhäusern vorzufinden, vielmehr ist davon auszugehen, dass diese nach wie vor weit verbreitet sind.
 - 18 Der Begriff Person »of color« bezeichnet Menschen, die gegenüber der Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß gelten und wegen ethnischer Zuschreibungen (»Sichtbarkeit«) Formen von Rassismus ausgesetzt sind.
 - 19 Vgl. Lehnert, Esther/ Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen - Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 61ff.
 - 20 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung/Lola für Lulu (2011): Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag. Handreichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus, S. 31. Online: <https://bit.ly/2MmA0vg>.
 - 21 Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (2014): Wer kommt denn da sein Kind abholen? Eine Orientierung im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindertagesstätten, S. 18. <https://bit.ly/2N111ps>.
 - 22 Vgl. u.a. Mecheril, Paul u.a. (2010): Migrationspädagogik, Weinheim und Basel: Beltz.
 - 23 Vgl. Nohl, Arnd-Michael (2006): Konzepte interkultureller Pädagogik. Eine systematische Einführung, Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.
 - 24 Vgl. Hartmann, Jutta (2002): Vielfältige Lebensweisen. Wiesbaden: Springer VS.
 - 25 Vgl. Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen - Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 68ff.
 - 26 Zur Formulierung eines demokratischen Leitbildes für Kitas vgl. Leidinger, Christiane/Radvan, Heike (2017): Diskriminierende, antidemokratische und rechtsextreme Positionen als Herausforderung in Kindertagesstätten - Demokratische Leitbilder als Prävention in der Sozialen Arbeit. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2/2017, Wochenschauverlag, S. 73-86.
 - 27 Vgl. z.B. www.internet-beschwerdestelle.de der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia (FSM) oder <http://www.jugendschutz.net/>.
 - 28 Weitere Informationen zu Handlungsmöglichkeiten im Internet und in sozialen Medien siehe Amadeu Antonio Stiftung (2017): Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure, <https://bit.ly/2Kc07bR> bzw. Amadeu Antonio Stiftung (2016): Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien. Handlungsempfehlungen, <https://bit.ly/29j1nGy>
 - 29 Siehe Brandes, H./Andrä, M./Rösler, W./Schneider-Andrich, P. (2015): Spielt das Geschlecht eine Rolle? Erziehungsverhalten männlicher und weiblicher Fachkräfte in Kindertagesstätten. Kurzfassung der Ergebnisse der »Tandem-Studie«. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), <http://bit.ly/2D9XdMj> sowie Brandes, Holger/Andrä; Markus/Rösler, Wenke/Schneider-Andrich, Petra (2016): Macht das Geschlecht einen Unterschied? Ergebnisse der Tandem-Studie zu professionellem Erziehungsverhalten von Frauen und Männern. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
 - 30 Volz, Rainer/Zulehner, Paul. M. (2009): Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlag, <http://bit.ly/2FCGypZ>.
 - 31 Online: <https://pb-paritaet.de/index.htm>.
 - 32 siehe u.a. BMFSFJ (2016): Gleiche Chancen durch frühe Bildung, <https://bit.ly/2M2RWif>.
 - 33 Siehe dazu Pressemitteilung Nr. 444 des Statistischen Bundesamtes vom 12.12.2016, <https://bit.ly/2ng3noG>.
 - 34 Das wird hier am Beispiel Rassismus ausgeführt, natürlich gilt das für andere Differenzlinien genauso. Eine intersektionale Betrachtung ist sinnvoll.
 - 35 Sehr eindrücklich zu sehen im »Doll Experiment«, abrufbar auf Youtube: <https://bit.ly/1owucae>.
 - 36 Siehe das Angebot von Hautfarben-Buntstiften (»Unsere Kinder wollen sich und ihre Freunde so malen, wie sie wirklich aussehen: Bunt - Verschieden - Hautfarben! 12 Stifte und das Geschrei hat ein Ende.«), <https://bit.ly/2vMi5rh>.
 - 37 Online: <http://liga-kind.de>
 - 38 Vgl. zum Beispiel Ahnert, Lieselotte (2010): Wie viel Mutter braucht ein Kind? Bindung - Bildung - Betreuung: öffentlich und privat. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag, S. 132.
 - 39 Siehe dazu beispielsweise die Recherchen von ZEIT ONLINE, Geisler, Astrid (2016): Abgrund unterm Regenbogen, <https://bit.ly/1NiQ4Oc> sowie Biermann, Kai et al. (2016): Was macht ihr da mit unseren Kindern?, <https://bit.ly/2tDO7Vj>.
 - 40 Siehe u.a. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Gewaltfreie Erziehung. Eine Bilanz nach Einführung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung, <https://bit.ly/2tCtoRV>.
 - 41 Vgl. Queerformat (2018): Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik, <https://bit.ly/2vX2u8n>.
 - 42 Vgl. Schuhrke, Bettina (2015): Die psychosexuelle Entwicklung des Kindes. In: frühe Kindheit 6/2015, S. 50-55 bzw. Schuhrke, Bettina (2005): Kindliche Körperscham und familiäre Schamregeln, <https://bit.ly/21BEAdW>.
 - 43 Online: <https://www.situationsansatz.de>.
 - 44 Prausner, Eva/Pallos, Kerstin/Projekt ElternStärken/pad gGmbH (Hrsg.): Eine Broschüre über Rechtsextremismus als Thema in der Kita, <https://bit.ly/2N23Gir>.
-

Unterstützen Sie Projekte gegen Abwertung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür unterstützt die Stiftung Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Bereichen engagieren. Zu den bereits über 1.200 geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- **Ein Quadratkilometer Bildung** in Neubrandenburg, M-V, und Bernsdorf, Sachsen, die unter dem Leitziel »Kein Kind, kein Jugendlicher geht verloren« die Kooperation von Bildungsakteuren vor Ort und Partizipation junger Menschen über soziale Grenzen hinweg fördern
- der **Afrikanische Kulturverein Palanca**, der mit vielfachen Aktivitäten – von der Kita und Schule bis hin zu Kulturveranstaltungen insbesondere für Kinder und Jugendliche – das Zusammenleben von Menschen in Eberswalde und der Region Barnim stärkt
- das Fachgespräch »**Menschen- und Kinderrechte solidarisch verteidigen** – Zum Umgang mit politischem Populismus und Menschenfeindlichkeit« des Netzwerks zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von bis heute fast 200 Todesopfern rechter Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

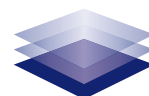
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
Telefon: + 49 (0)30. 240 886 10
Fax: + 49 (0)30. 240 886 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.facebook/AmadeuAntonioStiftung
www.twitter.com/AmadeuAntonio

Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover
Telefon: +49(0)511. 89 73 43 33
Fax: +49(0)511. 89 73 43 34

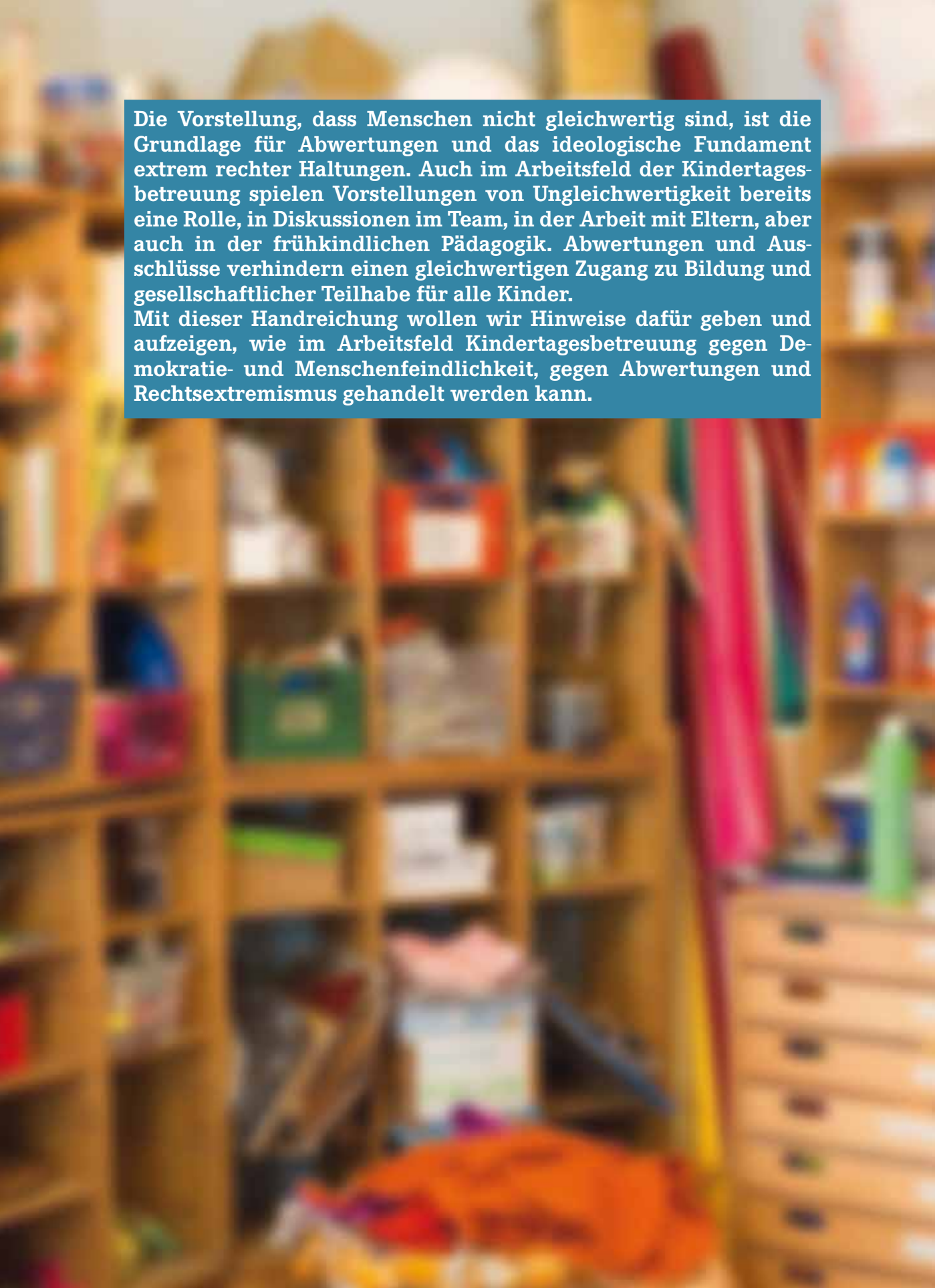
Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS
Bitte geben Sie bei der Überweisung
eine Adresse an, damit wir Ihnen
eine Spendenbescheinigung zuschicken können.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Die Vorstellung, dass Menschen nicht gleichwertig sind, ist die Grundlage für Abwertungen und das ideologische Fundament extrem rechter Haltungen. Auch im Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung spielen Vorstellungen von Ungleichwertigkeit bereits eine Rolle, in Diskussionen im Team, in der Arbeit mit Eltern, aber auch in der frühkindlichen Pädagogik. Abwertungen und Ausschlüsse verhindern einen gleichwertigen Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Kinder.

Mit dieser Handreichung wollen wir Hinweise dafür geben und aufzeigen, wie im Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, gegen Abwertungen und Rechtsextremismus gehandelt werden kann.